PROTOKOLL

über die 40. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 22. Jänner 2009, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:
Friederike Mach
Gerhard Bremm
Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer
Walter Oppl
Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:
DI Christian Altmann
Kurt Apfelthaler
Karl Baumgartner
Rudolf Blasi
Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Helga Feller-Höller
Mag. Martin Fiala
MMag. Michaela Frech
Monika Freimund
Ing. Wolfgang Hack
Gerald Hackl
Ing. Franz-Michael Hingerl
Rosa Hieß
Mag. Stephan Keiler LL.M.
Mag. Gerhard Klausberger
Ernst Kronberger
Andreas Kupfer
Hans Payrleithner
Dr. Michael Schodermayr
Rudolf Schröder
Mag. Erwin Schuster
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Eva-Maria Wührleitner
Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:
MD OSR Dr. Kurt Schmidl
MD-Stv. Präs. Dir. Hofrat SR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Mag. Helmut Lemmerer
OMR Mag. Helmut Golda
Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:
GR Ute Fanta

PROTOKOLLFÜHRER:
Thomas Schwingshackl
Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) Fin-243/08	Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2009 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.	41
2) Fin-244/08	Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.	42
3) Fin-9/09	Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2009 – Gesellschafterbeschluss.	43
4) Präs-951/08	Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2009.	43
5) Fin-229/03	Gewährung von Förderbeiträgen des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ.-Studienbetriebs GmbH/FA-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr	44
6) Fin-100/07	Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2008.	47
7) Fin-100/08	APT; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2009.	48
8) Fin-12/09	APM; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2009.	48
9) Fin-216/08	Verein „Musikfestival Steyr“; Projektförderung 2009.	49
10) Fin-239/08	Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2009.	60
11) Fin-242/08	Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2009. Akontozahlungen.	62
12) STW-165/08	Bescheid der E-Control Kommission vom 12.11.2008 über die Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr für den Zeitraum 2007 und 2008; Beschwerde bei Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchstermins bis 19.12.2008.	63

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
13) STW-166/08	Städt. Gaswerk – Gashandel; Anschaffung Prognosetool für die Ermittlung der voraussichtlichen Gasmengen des nächsten Tages, pro h., für den Arbeitsplatz Gaseinkauf, für den Gashandel Steyr.	65
14) STW-168/08	Friedhofsordnung für Urnenfriedhof der Stadt Steyr 2009.	65
15) Fin-234/07	Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2009.	65
16) BauGru-55/04	Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Verordnung; 2. Verlängerung.	66
17) Fin-229/08	Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subventionsansuchen für 2009.	67

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

Keine vorhanden

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Fin-243/08	Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2009 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.
2) Fin-244/08	Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
3) Fin-9/09	Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2009 – Gesellschaf-terbeschluss.
4) Präs-951/08	Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2009.
5) Fin-229/03	Gewährung von Förderbeiträgen des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ.-Studienbetriebs GmbH/FA-Stu-diengänge Steyr und der Stadt Steyr.
6) Fin-100/07	Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2008.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

7) Fin-100/08	APT; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2009.
8) Fin-12/09	APM; Maßnahmen zur Verlustbedeckung 2009.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

9) Fin-216/08	Verein „Musikfestival Steyr“; Projektförderung 2009.
10) Fin-239/08	Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2009.
11) Fin-242/08	Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2009: Akontozahlungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

12) STW-165/08	Bescheid der E-Control Kommission vom 12.11.2008 über die Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr für den Zeitraum 2007 und 2008; Beschwerde bei Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchstermines bis 19.12.2008.
13) STW-166/08	Städt. Gaswerk – Gashandel; Anschaffung Prognosetool für die Ermittlung der voraussichtlichen Gasmengen des nächsten Ta-

ges, pro h., für den Arbeitsplatz Gaseinkauf, für den Gashandel Steyr.

14) STW-168/08 Friedhofsordnung für Urnenfriedhof der Stadt Steyr 2009.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

15) Fin-234/07 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2009.

16) BauGru-55/04 Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Verordnung; 2. Verlängerung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

17) Fin-229/08 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subventionsansuchen für 2009.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung begrüßen. Ich begrüße natürlich auch die vielen Gäste die heute in unserem Gemeinderatssaal anwesend sind. Ich darf feststellen, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer ist heute die Frau GR Voglsam und der GR Dr. Michael Schodermayr. Entschuldigt ist die Frau GR Ute Fanta.

GEMEINDERÄTIN
URSULA VOGLSAM:
Ich habe die Protokollprüfung bei der Gemeinderatssitzung im Dezember gehabt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aha, ich habe Sie als Ersatz für die Frau Michaela Frech genommen. Ist es gestattet, dass Sie das machen Frau Wührleitner? Gut.
Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**. Da ist heute nichts vorhanden. Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**.

Hochzeits-Messe:

Sehr erfolgreich ist die Steyrer Hochzeits-Ausstellung 2009 verlaufen. Etwa tausend Besucher sind am vergangenen Wochenende in die Schlossgalerie gekommen, davon sehr viele aus auswärtigen Gemeinden, speziell aus dem Raum Kirchdorf, Wels, Linz und Amstetten. Die Resonanz der Besucher war durchwegs äußerst positiv.

Tag des offenen Standesamtes:

Sehr groß war das Publikums-Interesse an den beiden Tagen des offenen Standesamtes. Die Aktion ist parallel zur Hochzeits-Ausstellung gelaufen. Am Samstag sind 180 Besucher gekommen, am Sonntag waren es immerhin 150. Immer mehr Paare aus anderen Gemeinden lassen sich in Steyr trauen. Einer der Hauptgründe ist der wunderschöne barocke Trauungssaal.

Zur Resolution gegen die Einsparungen bei der Post AG die wir in unserem Gemeinderat ja beschlossen haben, habe ich eine Antwort vom Bundeskanzleramt vom Dr. Matzka bekommen. Er hat mir mit Schreiben vom 14. 1. 2009 Folgendes mitgeteilt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Zu Ihrem Schreiben vom 20. November 2008, mit dem Sie eine Resolution des Gemeinderates vom 13. 11. 2008 gegen die Einsparungen bei der Post AG vorlegen, kann ich Ihnen auf Grundlage der bei den zuständigen Bundesministerien eingeholten Stellungnahmen nachfolgende Antwort übermitteln:

Das Postgesetz und die darauf basierende Post-Universaldienstordnung verpflichten die Österreichische Post AG, einen flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Universaldienst zu allgemein erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Das Netz an Post-Geschäftsstellen ist ein wesentlicher Teil dieser Verordnung, wobei dies nicht nur Postämter im klassischen Sinn sind, sondern dazu auch Postagenturen (Post.Partner, Post.Servicestelle bzw. Post.Abholstelle) sowie das mobile Postamt (Post-Mobil) zählen.

Das Gesetz und die Verordnungen legen genau fest, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um ein Postamt schließen zu können. Im Falle einer Veränderung im Filialnetz muss jedenfalls der Universaldienst sichergestellt bleiben. *Also das soll auch jedem klar sein, wenn irgendwo etwas geschlossen wird, muss der Universaldienst, dass wirklich jeder bis zum letzten Winkel seinen Brief bekommt, das muss sichergestellt sein.*

Im Hinblick auf die vollständige Liberalisierung des Postmarktes mit 1. 1. 2011 - *und das ist dann die Freigabe des Briefverkehrs* - wird das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie im nächsten halben Jahr einen Entwurf für ein neues Postmarktgesetz erarbeiten und insbesondere auch die Vorgaben betref-

fend den Unversaldienst festlegen. Dabei wird auf die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen besonderes Augenmerk gelegt werden. Zukünftige Strategien der Post AG hängen wesentlich mit der Erarbeitung dieser Rahmenbedingungen zusammen.

Darüber hinaus wird es eine rechtzeitige Information und Gespräche der Post AG mit den Gemeinden und Bundesländern geben. Ein konstruktiver und zukunftsorientierter Dialog zwischen Vorstand und Personalvertretung über Fragen und Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens ist ebenfalls unerlässlich.

Das Post-Management wird auch weiterhin Gespräche mit allen Beteiligten führen, um den schon bisher erfolgreichen Weg als wirtschaftliches Unternehmen fortsetzen zu können."

Das war das Schreiben vom Dr. Matzka vom Bundeskanzleramt, das ich am 14. 1. bekommen habe.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Hier spiegelt sich schon die Finanzkrise etwas wider.
Die Arbeitslosenquote im Dezember 2008 betrug 8 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 2,6 % höher. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres erhöhte sie sich um 1,9 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2008 3.246 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 50,6 % (d.s. 1.091 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 35,1 % (d.s. 844 Personen).

Im Dezember 2008 sind 179 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 100 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 239 Stellen weniger.

Wir kommen zum Punkt 4), **„Aktuelle Stunde"**.

Die ÖVP-Fraktion Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde" zum Thema „Personalentwicklung im Magistrat".

Ich darf einen Vertreter der ÖVP bitten, hier nähere Erläuterungen zu bringen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste. Personalentwicklung am Magistrat. Personalentwicklung hängt ursprünglich zusammen auch mit einer Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungsentwicklung in Steyr ist entgegen der Entwicklung in OÖ, die ein Plus hat, die nicht nur ein Plus in den letzten Jahren gehabt hat, sondern auch die Prognose bis 2020 eine positive Prognose ist, mit ungefähr 3 Prozent Zunahme, bescheinigt Steyr eine Abnahme der Bevölkerung auf 36.000 Personen. In der letzten Volkszählung haben wir noch einen Stand gehabt von 39.339. D. h., eine weitere Reduktion in den nächsten Jahren um fast 3.000 Personen. Wenn man sich jetzt das Personal anschaut was wir am Magistrat haben, dann ist es losgelöst. Wenn man nur die Zahl anschaut, wir haben 1.092 Personen im Magistrat und in ausgelagerten Betrieben, dann ist das eine abstrakte Zahl. Das kann viel sein, das kann wenig sein. D. h., nur der Vergleich mit anderen Städten bringt einen Überblick, was leistet sich die Stadt, was benötigt die Stadt, um ihre Bürger zu betreuen. Da darf ich anführen, Steyr, bei einer Bevölkerung von 39.339 – 1.092. Wels, mit fast 50 % mehr Bevölkerung, nämlich mit 56.481 – 1.363. Traun, mit 23.466 – 397. Leonding, mit 22.195 Bürgern – 421. Ansfelden, mit 14.798 – 221. Wenn wir jetzt vergleichen, und der Vergleich ist von der Statistik Austria erhoben worden, und schauen wir uns an, wie viele Bürger werden pro Bediensteten betreut, so sind das in Steyr 36, in Wels 41, in Traun 59, in Leonding 53 und in Ansfelden 67. So, wenn man jetzt weiter in die Tiefe geht, d. h., wir liegen hier absolut an der Spitze, und schaut sich an wie schaut das aus mit pragmatisierten Beamten, dann hat Steyr 103 Pragmatisierte, Wels 119, Traun 35, Leonding 38, Ansfelden 26. Wenn man hier wieder ein bisschen in die Tiefe geht und schaut sich an wo sind diese pragmatisierten Beam-

ten, welche Tätigkeiten üben sie aus, dann sieht man, dass in Steyr im Wirtschaftshof und in den Stadtwerken 12 pragmatisierte Beamte sitzen, in Wels 6, in Traun gar keiner, in Leonding 4 und in Ansfelden 4. In der Abteilung für Gesundheit in Steyr 8, in Wels 2, in Traun gar keiner, in Leonding keiner, in Ansfelden 1. Kunst und Kultur, Steyr 4, Wels 2, Traun keiner, Leonding 0, Ansfelden 2. In der Abteilung für Dienstleistungen, Steyr 12, Wels 6, Traun 0, usw.

Was versteht man überhaupt unter Pragmatisierung? Pragmatisierung ist in der wissenschaftlichen Erklärung ein Begriff aus dem österreichischen Beamtendienstrecht und bezeichnet die Begründung eines öffentlich rechtlichen Dienstverhältnisses zu einer Gebietskörperschaft, nämlich Bund, Land oder Gemeinde. Die Pragmatisierung ist ein in Österreich sehr geläufiger Begriff, der in der öffentlich-politischen Diskussion häufig Verwendung findet. In den letzten Jahren wird von der Möglichkeit zur Pragmatisierung öffentlicher Bediensteten, vor allem vonseiten des Bundes, deutlich weniger Gebrauch gemacht. Das Bundesland Vorarlberg hat die Möglichkeit der Pragmatisierung für neueintretende Bedienstete überhaupt abgeschafft. Dr. Klaus Hartmann aus dem Bundeskanzleramt schreibt unter Aspekte zur Pragmatisierung: Staatspolitisches Schutzgut der Pragmatisierung ist insbesondere die Unparteilichkeit und Gesetzestreue der Verwaltung. Durch den dienstrechtlichen Schutz sollen die Organwalter in die Lage versetzt werden, ungerechtfertigte, politische Einflussversuche abzuwehren, ohne dadurch in ihrer beruflichen Stellung existentiell bedroht zu werden. Die Pragmatisierung bedeutet für Beamte, gewissermaßen als Reflexwirkung, ein Bündel an Vorteilen. Generelle Unkündbarkeit, damit auch sozialrechtliche Besserstellung als ASVG-Versicherte, insbesondere bei Dienstunfähigkeit, ein eigenes Pensionsrecht im unterschiedlichen Ausmaß, allerdings bereits harmonisiert. Die Pragmatisierung wird in der breiten Öffentlichkeit als ungerecht empfunden.

Eine Frau Mag. Brigitte Göttinger hat bei der Darstellung von Beschäftigungsverhältnissen unter anderem geschrieben: Die Pragmatisierung ist ein Reizthema in Österreich. Österreicherinnen und Österreicher stehen dieser Beschäftigungsform kritisch gegenüber. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM wünschen sich 63 % deren Abschaffung, nur 28 % der Bevölkerung, also etwas mehr als ein Viertel, halten sie für zeitgemäß. Jetzt darf ich Ihnen auch noch eine Aussage der Frau Ministerin Schmidt näher bringen, die, als sie gefragt wurde was sie von der Pragmatisierung hält, gesagt hatte: „Ich brauche die Pragmatisierung nicht." Die Aussage ist getroffen worden im Zusammenhang mit der Personalverantwortung an den Schulen und sie sagt hier wortwörtlich: Personalverantwortung gehört zu der Entscheidung wer an der Schule unterrichten solle. Wenn es dann aber trotz genauer Auswahl der Lehrer mit einzelnen Personen nicht gehe, dann muss es natürlich Möglichkeiten einer Trennung geben. Auf die Frage, ob sie die Pragmatisierung noch für notwendig hält sagt Schmidt kurz und bündig: Ich brauche sie nicht. Als man sie gefragt hat, dass es da wahrscheinlich Proteste geben wird, sagt sie: Bildungspolitik muss man im Zentrum der Gesellschaftspolitik sehen. Es ist einfach unerträglich, wenn sie von Partei oder Standespolitik beherrscht wird. Es muss gelingen, dass sie aus dieser Umklammerung herauskommt.

Sie werden sich jetzt fragen, warum beschäftige ich mich so ausführlich mit diesem Thema, mit der Anzahl der Beschäftigten, mit der Pragmatisierung. Weil sie natürlich einen direkten Ausfluss hat. Wenn man sich das anschaut, dass wir die höchste Anzahl an öffentlichen Bediensteten im Verhältnis zur Bevölkerung haben. Wenn wir Pragmatisierungen in Bereichen haben die überhaupt nicht schutzwürdig sind. Weil jetzt erklären Sie mir einmal, warum ich im Wasserwerk oder im Wirtschaftshof geschützt werden muss vor politischen Repressalien. Dasselbe gilt natürlich auch für das Büro des Bürgermeisters. Wenn wir wissen, dass der Sekretär nur dem Bürgermeister verantwortlich ist und er damit selbstverständlich in dienstrechtlicher Geschichte überhaupt keine Einflussnahme von anderen politischen Vertretern ausgesetzt ist. Aber genauso bedeutet es natürlich auch, welchen Querelen ist jemand in der Liegenschaftsverwaltung ausgesetzt? Wenn man sich

angeschaut hat, alle anderen größeren Städte in Oberösterreich konzentrieren die Pragmatisierung hauptsächlich und vordergründig im Bereich der Hoheitsverwaltung, dort wo sie auch wirklich eine Berechtigung hat, aber in Bereichen wo es nicht notwendig ist ein Pragmatisierung und damit praktisch eine Unkündbarkeit auszusprechen, wird sie selbstverständlich unterlassen. Steyr hat, und auch das ist vielleicht interessant in diesem Zusammenhang, weil jede dieser Entscheidungen kostet natürlich Geld, viel Geld. Wenn man sich anschaut, die Schulden waren ausgewiesen im Jahrbuch der Statistik Austria, wo die Kommunen untereinander verglichen werden, 2007 hat Steyr pro Kopf, oder hat insgesamt Schulden gehabt von 56 Millionen, Wels 14,3 Millionen, Traun 9 Millionen, Leonding 5,5 Millionen und Ansfelden 5,9 Millionen. Wenn ich das jetzt pro Kopf umrechne, auch nur um zu sehen wie schaut es denn aus in der Vergleichbarkeit der oberösterreichischen Städte, dann hat Steyr pro Kopf 1.424, Wels 253 Euro Schulden, Traun 383, Leonding 248. Das muss natürlich irgendwie finanziert werden.
Jetzt kommen wir glaube ich auch zu einem Thema, was für die Gäste sehr interessant ist. Wie wirkt sich das auf die Gemeindeabgaben aus? Irgendwo muss ja die Stadt dann versuchen, dass sie das Geld auch wieder hereinbekommt. Gemeindeabgaben pro Kopf in Steyr 939 Euro pro Jahr, Wels 741, Traun 655, Leonding 787, Ansfelden 831. Auch da sind wir selbstverständlich Spitzenreiter, aber im negativen Sinne. Abwasserbeseitigung, nur um einen Posten herauszuholen, Steyr, auf einen fiktiven Haushalt bezogen, 487 Euro, Wels 255, Traun 92 Euro, Leonding 58,40 und Ansfelden 22,80, aber auch Linz bitte liegt mit 175,20 fast auf einem Drittel der Kosten eines Haushaltes für die Abwasserbeseitigung. Wenn ich dann jetzt abschließend zur Neujahrsrede vom Dr. Losbichler komme, der gesagt hat wir werden keine Vergnügungssteuer zahlen, auch die fällt natürlich im vergnüglichen Steyr an, ebenfalls mit 217.000 Euro.

Dann möchte ich abschließend schon noch einmal zurück kommen, wie beim Thema Personal mit der Opposition umgegangen wird. Da gibt es einen Personalausschuss, da gibt es eine Tagesordnung und auf dieser Tagesordnung wird angeführt was behandelt wird, welche Punkte, z. B. Vertragsübernahmen von Bediensteten, Monatsmeldung, d. h., wie ist der Stand des Personals, Übernahmen in unbefristete Vertragsverhältnisse, befristete Einstellung usw. und so fort. Dann gibt es als letzten Punkt „Allfälliges“. Man bekommt diesen Packen an Unterlagen. Wenn man sich die Mühe macht und das wirklich durchschaut ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das habt ihr ja angefordert.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habt ihr ja wollen! Das war euer Wunsch.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Gott sei Dank, Herr Bürgermeister. Du wirst eine Meldung zur „Aktuellen Stunde“ machen können und ich bin schon sehr neugierig, weil wenn man das nicht hätte und sich nicht die Mühe macht dieses ganze Paket durchzuarbeiten, dann käme man nicht darauf, dass ein Tagesordnungspunkt in dieser Aufstellung fehlt. Da geht es um Beförderungstermine und die Beförderungstermine sind an und für sich eine Sache wo man nicht einmal was dazu sagen kann, weil das sind rechtlich vorgegebene Beförderungstermine die man nach erreichen einer gewissen Zugehörigkeit hat. Hier ist in diesem Paket dabei gewesen, Pragmatisierung von drei Personen. Unter anderem, bei diesen drei Personen, schon zitiert, der Bürgermeistersekretär. Da muss man sich jetzt schon eines ein bisschen noch in Erinnerung rufen. Der Vorgänger in dieser Funktion, uns allen noch sehr bekannt, hat keine Pragmatisierung natürlich gehabt, obwohl er über eine sehr lange Zeit Bürgermeistersekretär gewesen ist, von Beginn der Dienstzeit des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das stimmt nicht. Da war noch der Obrist Toni hier.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Nach Anton Obrist.

Der Christian Aichmayr hat mit 30. 9. gekündigt. Er ist eingetreten 3 Jahre davor und war im neuen Pensionsrecht. Ein Pensionsrecht das sagt, eine Abfertigung wird ihm mitgegeben. D. h., er kann sie in das nächste Beschäftigungsverhältnis mitnehmen. Bürgermeistersekretär Aichmayr hat angesucht trotzdem um eine Abfertigung. D. h., obwohl er eine Abfertigung praktisch bekommt die ihm gesetzlich zusteht, hat er um eine zusätzliche Abfertigung angesucht. Da ist dann schon interessant, wie schaut das aus, nachdem das ja keine Abfertigung dann praktisch ist, sondern eine Bonifikation, wie wird das steuerlich berücksichtigt. Ist das wirklich richtig steuerlich berücksichtigt worden oder hat man hier versucht die Abgaben zu mindern?
Jetzt kommen wir aber zum jetzigen Fall. Als der neue Bürgermeistersekretär eingestellt wurde, und da können wir uns alle noch erinnern, ist er nicht im normalen Dienstschema eingestellt worden, sondern er hat einen Sondervertrag bekommen mit einer Überzahlung, mit dem Hinweis, als Bürgermeistersekretär ist man untrennbar mit der Person des Bürgermeisters verbunden und bei einem Wechsel des Bürgermeisters verliert er seinen Job. Er kommt aus einer ungekündigten Stellung und dieses Risiko muss abgegolten werden. Da waren wir alle da herinnen der Meinung, gut, das passt und haben zugestimmt. Ein Jahr später, oder 1 ½ Jahre später wird versucht, oder ist passiert dann auch, ist die Pragmatisierung nachgeholt worden und dass, aber nicht im Gegenzug damit auch die Überzahlung wieder zurückzunehmen, sondern jetzt haben wir einen sehr gut dotierten Vertrag der auch noch unkündbar ist, und das Ganze, meine sehr geehrten Damen und Herren, zahlt der Steuerzahler. Als Einzelfall sagt man, na ja, vielleicht entschuldbar. Wenn man sich aber die gängige Praxis anschaut wie hier umgegangen wird, dann muss man sagen, höchst aufklärungsbedürftig. Und vor allem glaube ich wäre es auch angebracht, wenn sich vielleicht der Rechnungshof auch die Abfertigung vom Herrn Aichmayr noch einmal anschaut und auch vielleicht das Finanzamt, ob es wirklich richtig verrechnet wurde.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Freiheitliche.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Bereits vor zwei Jahren bei der Budgeterstellung 2006 hat die Freiheitliche GR-Fraktion auf die negative Bevölkerungsentwicklung hingewiesen, dass diese Entwicklung für die Stadt und für die Stadtfinanzen massive Auswirkungen haben wird. Leider ist bis heute wenig bis gar nichts geschehen. Diese negativen Auswirkungen treffen die Stadt in voller Stärke. Vor allem bei den Ertragsanteilen, wir haben weniger Steuereinnahmen und dann sind wir auch schon bei dieser Debatte die der Kollege Mayrhofer jetzt so eingehend geschildert hat, dass natürlich die Anzahl der Beschäftigten in der Verwaltung mit der Einwohnerzahl und mit den Beschäftigten nicht mehr ganz zusammen passt.
Ich möchte grundsätzlich einmal schon sagen, wenn sich jetzt wer draußen in der in der Stadt diese Debatte hier so anhört, und wir auf das noch einmal kurz zurückblenden was der Herr Bürgermeister heute in seinem Bericht gesagt hat, nämlich die äußerst dramatischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Steyr, dann kann man wirklich nur sagen, viele draußen würden froh sein, wenn man so eine Debatte führen könnte, ob wir jetzt pragmatisiert sind oder nur normal angestellt, weil die haben ganz andere Sorgen. Sie verlieren zu hunderten ihren Arbeitsplatz in der Industrie, werden einfach entsorgt, weil die Leasingleute interessiert offensichtlich eh keiner mehr wirklich. Es hat ganz richtig wer in den Nachrichten vor Kurzem geschrieben, wenn man in dieser Anzahl, 800, 900, was wir in den Steyrer-Werken vor Jahren schon gehabt haben, in Steyr Entlassungen gehabt hätten, dann hätte es vielleicht

einmal eine Demonstration oder andere Aktivitäten in der Stadt gegeben. Das wird jetzt mehr oder weniger kommentarlos zur Kenntnis genommen. Wir debattieren hier über Pragmatisierungen, durchaus zu Recht, aber eigentlich hätten wir ganz andere Sorgen in dieser Stadt, oder haben diese Sorgen. Wir sollen uns auch um diese Menschen annehmen, die jetzt am AMS stehen und nicht wissen, wie es dieses Jahr weiter geht. Das vielleicht einmal zur Einleitung.

Ich glaube, das Ganze war zumindest ohne großem Gespür, Herr Bürgermeister, weil nach 1 ½ Jahren jemanden pragmatisieren, der andere war drei Jahre da und war nicht pragmatisiert. Und vor allem mit der Begründung, muss ich sagen, ist das ein bisschen eine halbe Geschichte, weil jemanden zu pragmatisieren, weil er in Reichraming auch pragmatisiert war, dann muss er halt in Reichraming bleiben, weil du wirst dir ja wahrscheinlich in Steyr, bei den über 1000 Beschäftigten, auch irgendjemanden gefunden haben der diese Tätigkeit gemacht hätte. Das ist für uns kein nachvollziehbarer Grund. Dass die Pragmatisierung ein Relikt aus der K&K-Monarchie ist und aus der Vergangenheit, das ist ja glaube ich auch in Österreich bewusst und bekannt, darum hat ja auch die Regierung bereits 2002/2003, noch unter der damaligen Vizekanzlerin Riess-Passer, die für die Beamten zuständig war, versucht und teilweise auch erreicht, dass mit diesen Relikten weitestgehend, zumindest beim Bund, aufgehört wird. Land und Gemeinde gehen offensichtlich, im Land habe ich gehört steht man auch schon auf der Bremse oder gibt es das nicht mehr, in der Gemeinde sind wir noch ein bisschen hinten, wie halt in manchen anderen Bereichen auch, aber bitte, die Begründung ist für uns auf alle Fälle nicht zulässig. Erstens einmal, und da würde ich mir auch ein Wort der Personalvertretung erwarten, ich bin überzeugt, dass es bei der Stadt Steyr viele Beschäftigte gibt, die da 10, 15 Jahre, oder schon länger, warten und vielleicht auf eine Pragmatisierung hoffen, aus welchen Gründen auch immer, weil es wird bei der Gemeinde Steyr, soweit ich weiß, im Großen und Ganzen eh niemand entlassen. Warum man dann darüber hinaus, ein Zustand von dem wir alle draußen nur träumen können, gell Herr Kollege Bremm, es wird eh keiner entlassen, wir wollen eh nicht, dass wir jemanden hinausschmeißen, warum man dann darüber hinaus noch jemanden pragmatisieren muss, ist sowieso vollkommen unverständlich und versteht auch draußen niemand. Aber es gibt sicher welche da herinnen, wenn wir schon von der Fairness reden, die vielleicht auch schon 10, 15, 20 Jahre hier arbeiten und nicht pragmatisiert werden und ein anderer wird es nach 1 ½ Jahren, weil er beim Bürgermeister beschäftigt ist. Das ist für uns nicht ganz nachvollziehbar.

Aber ich möchte noch zu einem anderen, fast wichtigeren Thema zurückkommen. Wie gesagt, vor 2 Jahren war dieser Trend, was die Bevölkerung anbelangt, schon absehbar. Was können wir machen? Mit dem werden wir uns vielleicht heuer noch beschäftigen. Ich hoffe, dass wir das bei der nächsten Gemeinderatssitzung machen. Wie schaut es aus mit Widmungen? In welchem Bereich in Steyr können wir Widmungen vornehmen, dass es auch für junge Menschen in Steyr wieder attraktiv ist, nicht nur hier einen guten Arbeitsplatz zu finden, sondern sich auch in Steyr nieder zu lassen? Das 2., wir müssen wahrscheinlich dem Stadtgut noch ein bisschen mehr in den Hintern treten, dass dort wirklich eine aktive Betriebsansiedlungspolitik betrieben wird. Ich habe überraschend in den Nachrichten gelesen, dass der hier anwesende Bürgermeister aus Wels ganz süffisant gemeint hat, na Gott sei Dank sind wir nicht in der Lage wie Steyr, weil wir haben da ja schon vor Jahren eine Klein- und Mittelbetriebsstruktur aufgebaut, abgesehen davon, dass natürlich Wels von der Infrastruktur her, Autobahn, Gleisanschluss in einer guten Lage ist, aber uns geht es eh viel besser wie in Steyr, weil wir haben da rechtzeitig dafür gesorgt, dass wir einen Branchenmix haben und daher trifft uns die Krise jetzt nicht so. Nur in Steyr, diese Hinterwäldler, da haben sie noch immer so viel in der Kfz-Industrie. So einfach ist es zwar auch nicht wie er das darstellt, aber in der Kfz-Industrie haben wir natürlich gut verdient, aber die Krise trifft uns immer ganz hart, wenn es da Probleme gibt. Das ist eh nicht das erste Mal. Daher sollten

wir, wenn wir schon in der Vergangenheit nicht die Lehren daraus gezogen haben, in Zukunft schauen, dass wir neben diesen guten Betrieben wie MAN, BMW, SKF usw., es ist eh gestern erst SKF in der Zeitung gestanden, trennt sich von fast 60 Arbeitern, dass wir auch in Zukunft vermehrt Druck machen, damit wir auch einen noch besseren, einen breiteren Branchenmix in Steyr bekommen, andere Betriebe her bekommen, damit wir von Krisen, und Krisen wird es immer wieder geben, die jetzige ist besonders drastisch und dramatisch, ein Auf und Ab hat es in der Steyrer Industrie immer gegeben, aber um dem vorzubeugen muss die Betriebsansiedlung natürlich noch viel mehr forciert werden und vor allem auch vielleicht ein größerer Branchenmix erwirkt werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Michaela.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Das Thema der Aktuellen Stunde „Personalentwicklung im Steyrer Magistrat“. Ich möchte einen anderen Aspekt aufgreifen als meine Vorredner. Ich stelle es unter dem Titel „zu ebener Erde“ und „im ersten Stock“ oder „die Launen des Glücks“, frei nach Nestroy. Was hat der Magistrat mit einem Nestroy-Stück zu tun? Doch einiges. Kommen wir einmal zu den Launen des Glücks. Sie haben großes Glück, wenn Sie im Steyrer Magistrat aufgenommen werden. Glück deshalb, oder dieses Glück brauchen Sie, vor allem aufgrund von Beziehungen, zu einem großen Teil. Das stelle ich einmal in den Raum. Das lässt sich belegen. Ich spreche es persönlich nicht an, Sie brauchen nur auf die Homepage der Stadt Steyr gehen, unter den Mitarbeitern A bis Z, Sie werden sehr häufig idente Namen finden, Sie können ganze Ahnengalerien erstellen, Sie können Stammbäume abbilden, wer hier herinnen arbeitet. Der Verwandtschaftsgrad hat eine so hohe Dichte, dass es nicht unbedingt in einer Stadt mit jetzt leider nicht mehr 40.000 Einwohnern, jetzt sind wir dann in einigen Jahren, nach gestriger Ausschusssitzung vielleicht nur mehr auf 36.000, schon ein ziemlicher Zufall ist, dass da so ein großer Grad an Verwandtschaft da ist. Da frage ich mich dann schon, ist das wirklich Personalentwicklung die Sinn macht für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt? Ich habe kein Problem, wenn jemand zufälligerweise verwandtschaftlich mit jemanden verbunden ist und hier dann arbeitet, ich habe aber sehr wohl ein Problem, wenn ich den Eindruck gewinne, und das tu ich jetzt, nachdem ich 11 Jahre hier herinnen bin kann ich das wohl behaupten, ich sitze, im Gegensatz zum Kollegen Mayrhofer, nicht im Personalbeirat. Ich habe keinerlei Zugriff auf die Unterlagen des Personalbeirates. Oder die ÖVP hat zumindest dann eben die Frau Kollegin Birgitta Braunsberger-Lechner. Die Opposition sitzt nicht im Personalbeirat. Weder die Grünen, die Freiheitlichen noch das Bürgerforum.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Oh ja.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich sitz schon drinnen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Okay, ihr sitzt jetzt drinnen.

D. h., ich habe keinerlei Zugang zu den Akten. Wenn ich aber heute eine Ausschreibung sehe, oder wenn jemand im Gespräch, oder wenn ein Posten ausgeschrieben werden soll, habe ich eine ziemlich hohe Trefferquote wer das dann wird, obwohl ich in keiner Objektivierungskommission bin usw. Das ist wahrscheinlich alles Zufall. Wenn man sich den Bewerbungsbogen des Steyrer Magistrates anschaut, den kann man sich im Internet runter laden, ich kenne kein Unternehmen, korrigieren Sie mich, zeigen sie es mir, wo in einem Bewerbungsbogen als die wesentlichste Frage, die wesentlichsten Daten die angegeben werden müssen, nach den eigenen Daten, nämlich der des Antragsstellers der einen Job will, als nächs-

tes kommt, verheiratet mit, Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf und Dienstgeber. Kinder, geboren, Berufsschule, Lehre usw. Mutter, Familienname, Vorname, Geburtsdatum, allenfalls gestorben am. Vater, Familienname, Vorname, Geburtsdatum, allenfalls gestorben am. Dann kommen erst die Qualifikationen, Sprache, Bildung usw. Das kann natürlich reiner Zufall sein.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Beweisen Sie mir das Gegenteil. Alleine, dass es Sie so echauffiert zeigt, dass man in ein Wespennest stößt.

Zwischenruf: Überhaupt nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Wenn sich das so leicht entkräften ließe, dann zeigen Sie es mir. Beweisen Sie mir das Gegenteil, dass das nicht so ist. Sie brauchen, wie gesagt, nur auf die Homepage der Stadt Steyr schauen, Mitarbeiter A bis Z, und Sie werden fündig.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Michaela, das ist das gute Betriebsklima, die haben sich alle da kennen gelernt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Und weil sie sich da kennen gelernt haben, werden sie dann auch sehr rasch befördert. Du hast mir jetzt ein Stichwort geliefert, Andi, was ich auch noch anbringen wollte. Es ist schon eines ganz eigenartig, und das sind wir auch beim Thema Personalentwicklung. Normalerweise wenn heute Mitarbeiter in eine andere Abteilung versetzt werden, dann ist das eine Abteilung wo sie ähnliche Qualifikationen brauchen oder wo sie inzwischen andere Qualifikationen erworben haben. Ob das hier im Haus immer so ist, das stelle ich stark in Zweifel. Man möge sich die Beispiele der letzten Zeit anschauen. Ich nenne nur Personen nicht namentlich, weil wenn ich etwas hier herinnen nicht mache, dann ist es persönlich zu werden. Aber jeder von Ihnen hat die Möglichkeit auf die Homepage der Stadt Steyr zu schauen und sich selbst ein Urteil zu bilden. So, hier sind die Launen des Glücks.

Zu ebener Erde. Da fällt mir eines auf, der Herr Bürgermeister hat in seinem Amtsblatt, Jänner-Ausgabe, stolz verkündet, die Personalkosten sind ohnedies nur um die 25 % vom ordentlichen Haushalt und man könnte ja nicht reduzieren, weil dann wäre infrage gestellt die Müllabfuhr, der Straßendienst, der Straßenbau, der Busverkehr. Um diese Posten geht es nicht in erster Linie, sondern die Frage ist, wo kann man in diesem Verwaltungsapparat einsparen. Da denke ich mir, in Zeiten von Internet, wo jeder schon seinen Laptop hat, wo Dinge ganz anders laufen wie früher, ließe sich sicherlich im allgemeinen Verwaltungsbereich einsparen. Und, ich kenne Abteilungen hier im Haus, und das traue ich mir auch zu behaupten nach 11 Jahren, wo ich mir denke, da müsste aufgestockt werden, da ist zuwenig Personal vorhanden. Dann gibt es wieder Abteilungen wo ich mir denke, na ja, wenn man da ein bisschen reduziert, würde es nicht schaden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Konkreter bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das mache ich gerne in einer Ausschusssitzung, Herr Bürgermeister, wäre eigentlich zielführend, wenn man dieses Thema einmal intern behandelt, aber ich möchte hier niemanden an den Pranger stellen, das liegt mir fern. Faktum ist, es gibt die Indianer und die Häuptlinge. Die Häuptlinge machen, denke ich mir, einen hohen Teil der Personalkosten aus. Die Indianer, zum Teil habe ich den Eindruck, wie man mit denen umgeht, das ist für mich nicht in Ordnung. Ich sage Ihnen ein Beispiel, dann mache ich es konkret, weil es nicht auf eine persönliche Schiene hinaus läuft, wir hatten im Prüfungsausschuss das Thema, dass Handykosten hoch sind, nämlich im Bereich Telefonate ins Ausland, dass es anscheinend Personen gibt die ins Ausland gerne telefonieren. Mir ist

selbstverständlich klar, dass es Abteilungen gibt wo das notwendig ist. Keine Frage. Wenn heute der Bürgermeistersekretär mit der Partnerstadt San Benedetto oder Plauen telefoniert, kein Problem. Die Frage ist, ob es überall gerechtfertigt war. Vor allem vor dem Hintergrund, dass alle Festnetztelefone im Rathaus keine Möglichkeit haben nach draußen zu telefonieren und mir unlängst eine Mitarbeiterin sagt, und da wird es für mich bedenklich, die sagt zu mir, weil ich gesagt habe, wie ist das mit dem Telefonieren bei Ihnen, sagt sie, ja, von so etwas kann ich nur träumen, ich habe es nicht verifizieren können ob es so ist, korrigieren Sie mich, wenn es nicht so ist, die kann nur frei telefonieren innerhalb von Steyr und möchte sie nach Linz telefonieren, dann muss sie extra um eine Freischaltung über die Zentralverwaltung das machen. Ich weiß nicht ob das stimmt. Wenn das stimmt, dann zeigt das diese Diskrepanz zwischen den Indianern und den Häuptlingen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Vor zwanzig Jahren war das.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die Personalkosten im Magistrat, die sollten uns zu denken geben. Vor allem auch die Art und Weise, und da bin ich bei meinen Vorrednern auch wieder, es muss eine Gerechtigkeit geben. Ich weiß, Gerechtigkeit ist was, was sehr subjektiv ist, aber wenn diese Gerechtigkeit nicht da ist, dann schaffe ich ein Betriebsklima das nicht gut ist und das im schlimmsten Fall in Richtung Mobbing ausartet. Das denke ich mir, kann nicht in unserem Sinne sein. Also, die Personalpolitik im Magistrat zu überdenken wäre wichtig.

Ein weiterer Punkt, wir stellen in erster Linie gerne jemanden ein, also, wir nehmen gerne jemanden für eine neue Position, der bereits bei uns beschäftigt ist. So mit diesem Untertitel, bei gleicher Qualifikation werden interne Bewerber bevorzugt. Jeder weiß, dass das zu Betriebsblindheit führt. Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträte, nehmen Sie sich vielleicht das Motto Ihrer eigenen Personalentwicklungsabteilung zu Herzen. Wenn Sie nämlich auf die Homepage gehen, auf den Link der eigenen Personalabteilung, also Personalentwicklung im Magistrat, die gibt es ja, diese Abteilung Personalentwicklung, dann steht dort als Motto, ein Unternehmen kann sich nur entwickeln, wenn die Menschen sich darin entwickeln. Vielleicht sollte man sich das auch intern zu Herzen nehmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, vielleicht sind wir in dem Punkt eh nur ein Entwicklungsgebiet. Was ich so mitbekommen habe geht es heute um zwei Sachen bei dieser Aktuellen Stunde. Das eine ist so die Entwicklung der Mitbürgerinnen und Mitbürger und Personalentwicklung im Haus selber. Vielleicht noch einen Satz zu dem nicht übermäßig dramatischen aber doch stattfindenden Bevölkerungsschwund, den man mehr oder weniger hingenommen hat. Mir ist bis heute noch kein Konzept irgendwie bekannt, dass man dem entgegensteuert. Nur wir sind ja auch nicht alleine und jede andere Gemeinde bemüht sich natürlich auch Menschen zu sich zu locken. Ich glaube, dass es auch vielfach mit dem zusammenhängt, dass sich natürlich die Bevölkerung gemäß den Arbeitsplätzen und der Qualitäten in dieser Stadt auch immer mit entwickelt oder auch abnimmt. Mehrere große Werke, die große Arbeitsplätze anbieten, ziehen natürlich Menschen zu uns her und es ergibt sich auch eine Fluktuation daraus, weil manche wieder von hier weggehen, anders wo hinziehen. Obwohl man da noch unterschiedlicher reagiert als wie vielleicht in Amerika, wo die Menschen viel, viel mobiler sind. Was z. B. die Grundstücke anbelangt die wir in Steyr haben, haben wir glaube ich genug, nur wird teilweise nicht gebaut darauf und spekuliert. Das ist ja auch wieder so eine Sache. Jetzt zu sagen wir brauchen mehr und mehr Grundstücke damit noch mehr Leute her ziehen, dann ist das im größten Teil, sage ich jetzt einmal, im Einfamilienbereich und das ist aber dann auch nicht die Welt, einerseits und andererseits

könnte man natürlich auch durchaus sagen, dass wir bei den gemeinnützigen Wohnungen auch Startwohnungen anbieten, im erhöhteren Maße, die jüngeren Familien sozusagen auch die Chance dazu bietet.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Wir haben eh Startwohnungen.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, ich weiß eh. Es ist ja nur ein Zweig der Betrachtung wie man Menschen herholt. Aber im Großen und Ganzen steht als Überschrift Wohnqualität, Arbeitsplätze darüber. Ich mache dir jetzt eh keinen Vorwurf, ich weiß jetzt nicht inwieweit du das mitbedenkst und sozusagen auch nach außen hin wirbst, hier in Steyr eine Wohnung zu nehmen, weil die Qualität so gut ist, weil das Umfeld so gut ist usw. Wahrscheinlich ist das aber auch was, was man sich in Zukunft dringender anschauen muss, aber ich kenne bislang noch kein Konzept darüber wie man hier verstärkt wirbt für die Stadt. Früher war das ein bisschen anders, weil einen großen Teil der Wohnungen haben die Steyrer Werke besessen und die haben natürlich dieses Auf und Ab in der Beschäftigungsanzahl immer wieder mitbedacht. Wenn viel Arbeit war, ist man natürlich auch wieder nachgerückt mit den Wohnungen. Das hat sich leider Gottes, und das war ein Erkenntnis, das ich erst vor Kurzem gehabt habt mit der Wohnbau 2000, irgendwie schwer geändert, aber das ist ein anderes Kapitel über das wir noch diskutieren können.

Was jetzt die Personalentwicklung im Haus selbst anbelangt, da darf ich auch vielleicht eine Überschrift darüber stellen, ohne jetzt im Speziellen auf Pragmatisierungen ob die jetzt gut oder nicht gut sind, ob die jetzt berechtigt oder nicht berechtigt sind. Wir haben heuer und in den nächsten Jahren eine äußerst angestrengte Situation in Steyr was die Arbeitsplätze anbelangt. Es wird wahrscheinlich in diesem Referat ziemlich stauben. Nicht nur im Haus, sondern auch bei den Werken draußen und bei den Firmen. Ich warne aber davor sozusagen jetzt das als bevorzugtes Thema zu benutzen. Weil eines ist uns auf alle Fälle klar, und der Kollege Payrleithner hat es ja eh schon erwähnt, jetzt auch die gleichen Maßnahmen hier in diesem Haus anzusetzen wie es möglicherweise im BMW oder MAN oder in anderen großen Betrieben ist, dass wir alle die aussetzen die man jetzt nicht unbedingt braucht und sagen, was weiß ich, die setzen wir jetzt frei. Worin sind wir dann recht viel besser, wenn wir auf der anderen Seite uns darüber ärgern und diese Maßnahme kritisieren. Eines ist mir noch immer klar, dass mir eine Beschäftigung immer noch lieber ist als eine Arbeitslosigkeit und dass Beschäftigung nicht nur eine Frage der Verwandtschaft oder sonst was ist, sondern auch eine Frage der Qualität, der Sicherheit der einzelnen Personen. Da handelt es sich nicht um den bloßen Begriff Arbeitsplatz, sondern da handelt es sich um Menschen. Da handelt es sich um Menschen die da sitzen. Natürlich bestimmt die Politik wer aller gebraucht wird, wen man aller haben will. Aber einen Vergleich herzustellen mit anderen Städten, das würde ich auch etwas überzogen betrachten. Das ginge so in die Tiefe, dass ich mir dann nicht so sicher bin ob es wirklich Menschen im Magistrat gibt die man nicht braucht. Gibt es die? Gibt es die wirklich? Wenn es die wirklich gibt, dann bitte ich auch darum diese zu benennen, damit wir einmal ein bisschen persönlicher werden. Natürlich kann man die Forderung aufstellen und sagen, wir müssen sparen. Aber dann muss man das auch begründen. Dann muss man das begründen in jeder Hinsicht und nicht einfach, sozusagen als Überschrift drüber stellen, weil das ist immer gut wenn man sagt wir müssen sparen, wenn wir es aber auf Kosten von Menschen tun, wird es ein bisschen heikel. Summa summarum, natürlich muss man sich die Personalsituation anschauen, natürlich muss man sich die Qualitäten anschauen die man nach wie vor liefern will und natürlich muss man sich auch überlegen, ob man nicht das eine oder das andere ausgliedert oder zurückschraubt und, und, und. Aber eines ist auch klar. Wenn wir jetzt in diesem Maße, wie es unter Umständen gefordert wird, Menschen freisetzen, dann wird es uns nämlich noch schlechter gehen auf der steuerlichen Seite als wir ursprünglich geglaubt

haben, weil eines kennen wir auch aus der Vergangenheit, die Gewinne sind immer für die Firmen und wenn Armut herrscht, dann muss der Sozialstaat eingreifen. Das ist dann letzten Endes, was das Magistrat anbelangt, „ghupft“ wie „gsprunga“ und volkswirtschaftlich nicht besonders gut. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Ich habe in meiner über 30-jährigen Tätigkeit als Personalvertreter, bei uns hat es geheißen Belegschaftsvertreter, Betriebsrat, Vertrauensmann, viele Schicksale von Menschen, Einzelschicksale miterleben müssen. Ich habe erlebt in den vielen, vielen Jahren in meiner Tätigkeit, wo viele bei mir gesessen sind mit weinenden Augen, mit Verzweiflung, wo sie nicht gewusst haben wie das Leben weiter gehen soll. Kollege Payrleithner, du weißt von was ich rede. Wir haben gerade in der Steyr-Daimler-Puch viele Auf und Ab gehabt und in dieser Zeit haben wir da die menschliche Tragik als Betriebsräte kennen gelernt. Es war halt oft so, dass man das Schicksal, die Dramatik gesehen hat, das einen selbst sehr getroffen hat, aber man hat den Menschen oft nicht helfen können. Ich sage das deshalb, weil ich hier in meiner Funktion im Stadtsenat, hier im Gemeinderat, die Gelegenheit habe, hier auch mitzuwirken, das nicht miterleben zu müssen. Ich trete, und ich habe das oft genug gesagt, auch dafür ein und bekenne mich auch, und unsere Fraktion bekennt sich auch, dass wir nicht mit unseren Beschäftigten so umgehen wollen und nicht so umgehen werden wie das heute im privatwirtschaftlichen Bereich ist. Ich möchte da nicht alle schlecht machen, aber hier haben wir die Möglichkeit anders zu agieren, anders zu handeln und zu dem bekenne ich mich auch und wir werden auch danach handeln. Daher, lieber Kurt Apfelthaler, darf ich dir, du hast es eh nicht als kritisch angemerkt, ich möchte hier nur die Antwort dafür geben, ob es im Magistrat Menschen gibt die man nicht braucht. Es gibt keine Menschen, die man nicht braucht. Es wird vielleicht, und das haben wir auch in der Vergangenheit gemacht, notwendig und es war notwendig und es wird auch in der Zukunft notwendig sein, dass gewisse Umschichtungen stattfinden werden. Auch im öffentlichen Bereich verlagern sich verschiedene Aufgaben, Technologien werden eingesetzt, die auch einen Rationalisierungseffekt mit sich bringen, aber es kommen wieder andere Aufgaben auf uns zu und wir können dort die Menschen beschäftigen. Ich möchte noch einmal sagen, wir haben keinen einzigen Beschäftigten den wir nicht bräuchten. Ich glaube, dass man überhaupt das aus dem Vokabular streichen müsste, ob man einen Menschen braucht oder nicht, weil dort stellt sich schon sehr die ideologische Frage, wer für wen da ist. Ist die Arbeit für den Menschen da oder ist der Mensch für die Arbeit da. Das wäre schon eine sehr tiefschürfende Diskussion hin und wieder wert. Ich weiß es, dass hier nicht der geeignete Rahmen des Gemeinderates gegeben ist.

Zur Bevölkerungsentwicklung. Es ist ja auch ein bisschen abweichend vom Thema der Aktuellen Stunde Personalentwicklung auch diskutiert und geredet worden, Bevölkerungsentwicklung in Steyr mit Personalentwicklung des Magistrates in Verbindung zu bringen. Ich bringe das nicht zusammen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Die Anzahl der Beschäftigen im öffentlichen Dienst muss einen Bezug zur Bevölkerung haben.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich werde auf das eh zurück kommen, lieber Kollege Mayrhofer. Ich werde versuchen, das auch zu argumentieren, dass man Äpfel mit Birnen und Zwetschken mit Kirschen und was weiß ich was einfach nicht vergleichen kann. Wir können uns als öffentliche Hand auch nicht als Produktionsbetrieb sehen. Wir sind kein Produktionsbetrieb, wir sind ein Dienstleister und

für Dienstleister gelten, und noch dazu in der öffentlichen Hand als Dienstleister, schon in weiten Bereichen andere Kriterien wie in einem Produktionsbetrieb. Wenn man da gesehen hat wie Märkte zusammen brechen, heißt das noch lange nicht, dass in Steyr für die Kommune das Betätigungsfeld zusammen gebrochen ist. Aber zur Bevölkerungsentwicklung möchte ich nur eine kurze Bemerkung machen. Natürlich, diese Sorge trifft uns alle über die Parteigrenzen hinweg, es macht keine Freude, dass hier die Bevölkerung, dass da ein Rückgang zu verzeichnen ist, weil es uns natürlich wirtschaftlich, also finanziell auch trifft. Wir schauen immer sehr neidvoll nach Wels, die die 50.000 Einwohnergrenze überschritten haben und ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
60.000.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich will ja auf den Finanzausgleich hinkommen und dort ist die Schwelle 50.000 und da schauen wir sehr neidvoll hin und es tut uns natürlich auch weh. Aber es ist halt nicht ganz so einfach. Da kann man nicht ein Schnipserl mit dem Mittelfinger und mit dem Daumen machen und dann sagen wir, so, jetzt sind die Leute wieder in Steyr. Ich glaube, dass wir sehr wohl gute Voraussetzungen in Steyr hätten, dass wir uns einen Bevölkerungszuwachs verdient hätten. Wir haben gute Arbeitsplätze, wir haben nicht wenige Arbeitsplätze, wir haben Arbeitsplätze mit Einkommen, die österreichweit an der Spitze sind. Es beneiden uns viele Städte und Gemeinden um diese Arbeitsplätze. Wir haben einen sozialen Wohnbau, wo wir auch öfter kritisiert worden sind, warum bei uns diverse Umlagen oder diverse Kosten nicht auf die Mieten direkt umgerechnet worden sind. Das haben wir auch schon öfter diskutiert. Wir haben hier wirklich versucht, in der Vergangenheit, sozial verträgliche Mieten zu haben, wo wir unseren Einfluss haben. Wir haben ein Klima in Steyr, wo jeder der von außen kommt sagt, die Stadt ist schön, die Stadt ist sauber, das Klima ist, außer es ist ein bisschen eine neblige Zeit, aber für das können wir nichts, das können wir nicht beeinflussen ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das werden sie uns nächstes Mal auch noch vorwerfen, dass wir daran schuld sind.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... dass wir zwei Flüsse haben, die halt das Klima ein bisschen mit beeinflussen. Wir haben eine Bebauung in einer Reihe von Stadtteilen. Das wissen wir, dass in einem Stadtteil, aber auch aufgrund einer Wohnungsnot heraus, vielleicht ein etwas zu dichter Wohnbau stattgefunden hat in der Vergangenheit. Aber hinten nach kann man das immer leicht diskutieren. Ich kann mich noch an die 70iger Jahre erinnern, da war es fast unmöglich als junger Familienvater eine Wohnung zu bekommen. Das war fast unmöglich. Dort ist halt massiv Wohnbau betrieben worden und auch etwas verdichtet. Aber grundsätzlich haben wir eine hervorragende Wohnqualität in der Stadt Steyr. Das wird uns auch von allen Externen bestätigt. Vielleicht sieht man es selbst oft nicht so, weil man es gewohnt ist. Weil der Münichholzer, mir fällt das persönlich vielleicht gar nicht auf, dass wir eine hervorragende Wohnqualität haben, oder auch auf der Ennsleite oder auf dem Tabor.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Aber nicht immer.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wenn es regnet oder wenn es ein Sauwetter hat nicht, Roman.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Du weißt schon was ich meine. Da braucht man nur schauen, was es für Probleme mit den Jugendlichen im Münichholz gibt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Übertreibe nicht. Ich glaube, dass das vielleicht auch ein gewisser Ausfluss ist, dass wir nur mehr kritisieren, nur mehr jam-

mern, nur mehr schimpfen über unser eigenes Haus und unter eigenes Haus meine ich die Stadt Steyr, weil es ist alles parteipolitisch da ein Kleingeld zu machen, schimpfen wir lieber ein bisschen mehr als es ist. Ich will die Probleme da gar nicht beschönigen und verschweigen, aber das überlagert bei Weitem nicht das andere was ich vorher gesagt habe. Aber es ist halt Steyr auch aufgrund der Fläche, die wir zur Verfügung haben, und aufgrund der Lage, mit den angrenzenden Gemeinden, ist es halt für viele sehr verlockend in Steyr die Infrastruktur, von den Arbeitsplätzen bis alles was wir haben, in Anspruch zu nehmen und nach Wolfern, Dietach, Ulrich oder Garsten zu gehen und sich dort ein Eigenheim zu errichten, weil die große Abwanderung ist ja in Wirklichkeit durch die Errichtung des Eigenheimes. In diesem Bereich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, haben wir halt auch nicht diesen Einfluss den wir bräuchten. Es ist halt so, aber es ist nicht Steyrspezifisch, sondern das ist überall so, dass halt in den Zentralräumen die Gründe wesentlich teurer sind wie das ein paar Kilometer außerhalb der Stadtgrenzen der Fall ist. Der Speckgürtel, wie der Hauser Willi mir gerade einflößt, den viele Städte ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Der hat ja abgenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ja, der ist weg.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Den Speckgürtel den manche Städte, und wenn man sich Wels anschaut und die Lage und die Fläche von Wels, dann haben die in ihrem Stadtgebiet einen dementsprechenden Speckgürtel und dort können die Leute hinaus. In Steyr ist der Speckgürtel sofort bei den Umlandgemeinden und das stellen wir fest und daher ist das halt nicht ganz so einfach, das alles dem entgegenzusteuern. Wobei ich glaube, wir müssen da nachdenken und auch wirklich alles daran setzen, dafür zu werben, dass in Steyr die Zuwanderung, die Bevölkerungszunahme eintreten wird.

Zur Personalentwicklung, der zweite Punkt, eine alte Weisheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das sagt nicht nur der kleine Bremm, sondern das sagen viele gescheite Leute – glaube nur der Statistik die du selbst gefälscht hast. Das stimmt 100 %ig. Die Statistik die der Kollege Mayrhofer hier auf den Tisch gelegt hat, wo er die Zahlen verglichen hat, ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Willst du es nachlesen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist ja auch eine Statistik, ich glaube der eh auch nicht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Weil nämlich der Vergleich, lieber Gunter, der Vergleich von Zahlen, da muss man ja weit mehr in die Tiefe gehen. Man muss das ja untermauern. Wenn ich Leonding, Traun oder irgendwelche Städte hernehme und sage wie viele Beschäftigte haben die in der Stadt und wie viele Beschäftigte hat Steyr, wie viele haben die im Sozialbereich und wie viele haben wir, das ist ja kein Vergleich. Da muss man ja wissen, welche Aufgaben erfüllen die. Das wäre der richtige Vergleich, dass ich sage, wie viele Altenheime haben die, betreiben die die Altenheime selbst, haben die die Altenheime ausgelagert oder sind die überhaupt im Sozialhilfeverband drinnen oder haben die das nicht. Viele andere Leistungen wo ich es aus meiner eigenen Erfahrung in der Abfallwirtschaft, mit Wels alleine, erlebt habe, nur in einem kleinen Bereich, wo die AVE in Wels eine Reihe von Abfallleistungen für die Stadt erbringt. Natürlich brauchen sie dort die Leute nicht. Man kann hier nicht wirklich vergleichen und sagen die haben so und so viele Beschäftigte und Steyr hat nur so viel. Nur alleine zu Wels fällt mir ein, der öffentliche Verkehr. Den kann ich einfach nicht vergleichen. Wir in Steyr haben uns das geleistet, unsere Vorfahren vor vielen, vielen Jahrzehnten, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, dass wir ein sehr dichtes,

gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz entwickelt und natürlich auch weiter entwickelt haben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und die Welser gehen zu Fuß? Oder?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die fahren mit Sab-Tours.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Mir fällt eh was ein dazu. Ich rege mich auch nicht auf, weil er weiß es ja selbst am besten. Man muss ja nur auf die Jahreszahl schauen. 2009 ist. Das ist ja doch ganz logisch. Das muss man auch ein bisschen sportlich sehen. Der Startschuss hat eh schon 2003 begonnen, aber er wird sich noch intensiver fortsetzen. Das ist mir schon klar. Ich bin lange genug in der Politik und kann das auch richtig einschätzen. Man darf das auch nicht alles so 1:1 übernehmen. Ich will nichts lächerlich machen, aber wir kennen uns auch mittlerweile sehr gut.
Wenn du sagst, ob die Welser zu Fuß gehen, die Welser haben einmal nicht den öffentlichen Verkehr in der Stadtverwaltung im eigenen Bereich, sie haben das ausgelagert. Und eines kann ich dir schon sagen, am Sonntag gehen die Welser nämlich schon zu Fuß, weil am Sonntag fährt kein öffentliches Verkehrsmittel in Wels. Da fährt kein Autobus. Okay, das war ihre Entscheidung, ich möchte es auch gar nicht kritisieren oder kommentieren, sondern das war ihre Entscheidung. Ich möchte nur darauf zurück kommen, die Vergleiche mit den Beschäftigten sind in dieser Form nicht nachvollziehbar und nicht klar und sind auch nicht ganz fair.

Zur Pragmatisierung wird der Bürgermeister was sagen. Ich möchte nur eines sagen. Da kann man natürlich darüber diskutieren ob Pragmatisierung zeitgemäß ist oder nicht zeitgemäß ist. Es gibt eine gesetzliche Grundlage und es wird überall praktiziert, dass auch pragmatisiert wird. Wir gehen mit dem schon sehr sorgfältig und zurückhaltend um. Ich möchte nur eines dazu sagen, weil hier angeführt worden ist, da sind ja auch ein paar Hackler in den Stadtwerken und im Wirtschaftshof pragmatisiert. Das ist für mich diskriminierend bis dort hinaus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die Form der Pragmatisierung gibt es und wir sind eingetreten und ich stehe 100 % dafür und werde auch dafür kämpfen, dass das nicht nur eine Möglichkeit ist, solange es Pragmatisierung gibt, dass es das nur für eine bestimmte Gruppe an Beschäftigten gibt, sondern dass auch diese Form eines Dienstverhältnisses auch ein kleiner Arbeiter und ein kleiner Angestellter erwerben kann. Das sind eh nicht sehr viel, das ist sehr bescheiden. Es ist ein Signal in Richtung jene, die nicht so das Glück in der Berufswahl, in der Ausbildung gehabt haben, die vielleicht auch vom Schicksal her nicht so das Glück gehabt haben, weil ab und zu muss man das Glück auch dazu haben wenn man irgendwelche führenden Funktionen und Posten hat, das ist auch klar. Es gibt auch bei den kleinen Leuten hervorragend qualifizierte Leute und die haben halt nie das Glück und die Gelegenheit gehabt. Aber ich trete dafür ein, dass man die auch in einem bescheidenen Ausmaß jener Gruppe zuführt, diese kleine Gruppe aufnimmt, wo man halt sagt so, und das ist halt auch ein politisches Schlagwort, das sind die Privilegierten. Ich glaube, dass es nachvollziehbar ist, dass gerade der kleine Angestellte, die kleine Angestellte, der kleine Arbeiter der pragmatisiert wird, hat ja in Wirklichkeit eh nicht recht viel davon, außer, und das ist natürlich schon sehr viel wert und ich weiß das und das habe ich eh in meinen ersten Worten schon gesagt, wenn du nicht goldene Löffel und Messer stiehlst, dann weißt du, wenn du 40 Jahre alt bist und du wirst pragmatisiert, dass du mit 60 oder 65 Jahren in Pension gehen kannst. Das hat eine hohe Lebensqualität für den Einzelnen. Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Ich würde mir dies, und du würdest dir das auch, Kollege Payrleithner, für unsere Kolleginnen und Kolle-

gen die nicht die Gelegenheit haben, würden wir uns das wünschen. Geht nicht, wissen wir, wir sind keine Utopisten. Aber dass wir da auch in einem bescheidenen Ausmaß in unserem Haus den Leuten die Möglichkeit gibt pragmatisiert zu werden. Den kleinen Vorteil den sie daraus genießen, da braucht man auch keinen Hehl daraus machen, das ist die KFA-Versicherung, wo halt eine gewisse Besserstellung ist gegenüber jenen die in der Sozialversicherung versichert sind. In der Pension haben die ja alle keinen Vorteil. Das war schon ein sehr ideologisches, nicht parteiideologisch, sondern aus der Sicht derer die wir vertreten, ein sehr ideologisches Anliegen, dass jene, die am Ende der Fahnenstange sind, auch dort hin kommen können.

Stadtgut, Betriebsansiedelung ist auch angeschnitten worden. Ich glaube, dass wir da äußerst erfolgreich unterwegs sind. Da werden wir von überall gelobt, bis hin zur Landesregierung. Wenn irgendwo eine Betriebseröffnung wieder wo ist, kommen die alle und sagen, super, klasse, dort haben wir was geschaffen und da ist eine ausgezeichnete Entwicklung, die in Richtung dorthin geht, was wir uns alle gemeinsam wünschen, dass wir die Monostruktur, die eh schon wesentlich besser geworden ist wie in früheren Jahrzehnten, dass wir dort noch einen Schritt wegkommen, dass wir auch mehr Klein- und Mittelbetriebe haben um nicht so anfällig zu sein, wenn in der Autoindustrie oder in der Metallindustrie eine wirtschaftliche Krise ist. Glück, wenn man im Magistrat aufgenommen wird und aufgenommen werden kann. Der gehört zu der glücklichen Seite, da gebe ich dir schon Recht, aber es sind alle glücklich die heute eine Beschäftigung haben. Aber anzukreiden und da im Gemeinderat davon zu diskutieren und sagen, da sind alle nur mehr verwandt, verschwägert und Feder und Moam, weil vielleicht der Begriff noch verständlich ist, aber aus dem ländlichen Raum haben wir den in unserer ...

Zwischenruf: Das habe ich noch nie gehört.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist Verwandtschaftsgrad, für die Städter, so auf der vierten Ebene. Im vierten Glied, dort haben sie im ländlichen Bereich gesagt Feder und Moam. Also, ich glaube, dass wir nicht Sippenhaftung haben und dass es schon legitim ist und legitim sein muss, wenn vielleicht der Vater oder irgendein Verwandter beim Magistrat eine Beschäftigung hat, dass auch vielleicht die Tochter oder irgendein Anverwandter auch da eine Beschäftigung haben kann. Ich trete dafür ein, dass die Qualifikation im Vordergrund stehen muss, das ist überhaupt keine Frage, wir werden immer mehr gefordert und es muss die Qualifikation sein, aber wenn das passt und das stimmt, dann muss jeder, unabhängig davon ob schon wer herinnen ist von seinen Verwandten, dass er da auch die Chance hat eine Beschäftigung zu finden.

Also, damit möchte ich aufhören. Ich möchte nur wiederum eigentlich betonen und möchte das noch einmal zum Ausdruck bringen, deine hellseherischen Fähigkeiten, liebe Michaela Frech, ich bewundere sie von einem auf das andere Mal. Du weißt immer schon, bevor die anderen zu Denken beginnen und bevor irgendetwas zu Laufen beginnt, wie es ausgehen wird. Jetzt gehe ich einmal zu dir und lasse Handlesen, vielleicht hast du da auch eine gewisse Fähigkeit. Also, da immer nur das so darzustellen das ist ausgemacht und da wird nur alles unter dem Tisch gemacht, dagegen verwehren wir uns. Wir haben hier dementsprechende Einrichtungen. Der Gesetzgeber hat uns ja auch dementsprechende Auflagen gemacht, wie Personal eingestellt werden muss.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, meine Damen und Herren, lassen Sie mir auch ein paar Worte zu dem Thema Stadtentwicklung bringen, weil ich ja direkt angesprochen worden bin vom Stadtrat Mayrhofer. Aber ich möchte zuerst einmal eingehen auf das Thema Bevölkerungs-

entwicklung. Das hat er ja auch ins Verhältnis gesetzt zur Personalentwicklung in unserer Stadt und es ist so quasi auch unterstellt worden, wir machen nichts, dass diese Bevölkerungsentwicklung sich ändert oder dass wir eine bessere Entwicklung hätten. Man muss grundsätzlich einmal sagen, wir haben im Jahr 2002 ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen wo ja die ganze Stadt mitgearbeitet hat und große Bereiche eingeladen worden sind hier mitzuarbeiten und das ist beschlossen worden und da sind große Teile umgesetzt. Wir haben erst diese Woche einen Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung gehabt, wo wir den nächsten Schritt schon vorbereitet haben. D. h., alle Entwicklungsschritte die in Zukunft gesetzt werden müssen um einer positiven Bevölkerungsentwicklung entgegenzusteuern, nicht entgegenzusteuern sondern die zu verbessern, werden wir in den nächsten Monaten und Jahren diskutieren und wir werden entsprechende Schritte auch setzen. Ich habe auch in der Vergangenheit immer wieder dafür gesorgt, dass sich die Stadt Steyr hervorragend entwickelt. Da möchte ich nur darauf hinweisen, dass sich der Bereich Stadtgut hervorragend entwickelt hat. Da habe ich mit Sicherheit sehr viel dazu beigetragen und da hätte ich mir hie und da die Unterstützung der ÖVP gewünscht, die sehr wenig da waren, wo ich wenig gemerkt habe, dass es da eine Unterstützung gibt, wenn es um Betriebsansiedlungen in dem Bereich geht.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ach so?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na, du warst bei mir. Genau du warst bei mir und hast gesagt, die Firma NKE ist schon in Haag und in Wirklichkeit haben wir noch mit ihnen verhandelt und ich habe sehr wohl diese Firma für Steyr wieder gewinnen können und es ist gelungen hier nicht wenige Arbeitsplätze für die Stadt Steyr zu sichern. Das selbe Thema bei der Firma FWI. Auch ein Thema wo wir als Stadt und gerade wir, meine Person gemeinsam mit dem Mag. Lemmerer, dafür gesorgt haben und entsprechende Rahmenbedingungen geboten haben, entsprechende Angebote gestellt haben, wo man diese Firmen für Steyr hat retten können. Wenn man heute davon redet, dass so viele nach außen gehen, dann hängt das halt auch damit zusammen, dass der durchschnittliche Steyrer, das kann man ja überall in den Statistiken nachlesen, ein hohes Einkommen hat. Und jeder der halbwegs ein hohes Einkommen hat, der schaut sich natürlich auch um entsprechende Wohnräume, Häuser, Grundstücke um. Da ist es halt auch einmal so, wir haben nur 26 km² in Steyr und wir haben eine relativ kleine Fläche. Wir haben sehr viel gewidmet. Das haben wir auch wieder diese Woche im Stadtplanungsausschuss sehr deutlich vor Augen geführt. Wir haben 600.000 m² gewidmet in Wohnbau- und Betriebsgebiet. Davon glaube ich sind so 200.000 auf alle Fälle für Wohnbau noch gewidmet.

GEMEINDERAT
DR. HELMUT ZÖTTL:
300.000.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Oder 300.000. Wir diskutieren auch zur Zeit wie man unter Umständen bei zukünftigen Umwidmungen vorgeht, damit man auch ein bisschen einen Zwang dahinter legt, wenn einer heute umgewidmet haben will, dass wir sagen in einem bestimmten Zeitraum, muss dann auch auf diesem Grund gebaut werden. Also, wir überlegen uns da sehr wohl was in Zukunft da passieren soll. Wenn ein Bürgermeister von Wels sagt er ist froh, dass er nicht die Situation von Steyr hat, dann hat er das auf eine ganz bestimmte Situation bezogen. Und zwar, weil wir eine große Orientierung Richtung Automobilstandort haben. In Steyr gibt es halt einmal BMW, MAN, SKF und die sind in erster Linie Firmen die mit der Automobilindustrie eine sehr enge Verbindung haben und das hat Wels in der Vergangenheit nicht gehabt und die haben es auch jetzt nicht. Abgesehen davon, dass Wels natürlich ein Messestandort ist, dass Klein- und Mittelbetriebe dort in großen Mengen sind, aber auch dafür wird in Steyr gesorgt. Wir haben im Stadtgut draußen Betriebe angesiedelt wo bereits fast 1.000 Mitarbeiter arbeiten. Vor 10 Jahren waren dort noch Null. Also eine

wesentliche Verbesserung. Wo man natürlich auch dazu sagen muss, dass wir in Steyr große Nachteile haben. Wir liegen nicht direkt an der Autobahn und wir haben, was den ganzen Straßenbau betrifft, natürlich auch immer mit Nachteilen zu kämpfen, wo uns das Land OÖ, und hier im Speziellen wieder unser LH-Stellvertreter Hiesl, ja auch nicht gerade bevorzugt hat. Das muss man ja auch sehr deutlich bei dieser Gelegenheit sagen.

Aber jetzt möchte ich zu dem Thema Pragmatisierung kommen. Weil ja direkt angesprochen worden ist, so quasi der Bürgermeister der schmeißt das Geld in großem Umfang hinaus mit seinen Büroleitern. Da möchte ich schon ganz klar einmal sagen, bitte schaut euch an, fahr selbst einmal nach Wels, fahr einmal nach Linz, fahr einmal in andere Städte, wie dort ein Büroleiter des Bürgermeisters finanziell ausgestattet ist und schau dir auch bitte an, wie viel Personal der einzelne Bürgermeister dort zur Verfügung hat. Ich habe das sehr wohl getan. Da habe ich sehr deutlich gesehen, dass wir mit unserer Ausstattung zu den schlechtest ausgestatteten gehören. Was die finanzielle Ausgestaltung betrifft, aber auch was die Menge der Leute die einem Bürgermeister direkt zuarbeiten betreffen. Bitte schau dir das ganz genau an. Deswegen stehe ich auch ganz klar dazu, dass ich mir, wenn ich mir schon wem aussuche, den Bestmöglichen aussuche. Und wenn ich mir einen guten Büroleiter einkaufen will, dann muss ich auch was dafür zahlen. Das ist halt so gewesen, dass z. B. ein Aichmayr Christian, der ist ja auch deswegen weggegangen, weil er wo anders wieder ein besseres Angebot bekommen hat und er hat die Voraussetzung für eine Pragmatisierung auch nicht gehabt. Er hat die entsprechende Ausbildung nicht gehabt und darum ist er nicht zu einer Pragmatisierung angestanden. Aber was seine Abfertigung betrifft, da muss ich wirklich sagen, dieses Geld habe ich sehr gerne ausgegeben. Er hat ausgezeichnete Arbeit geleistet da herinnen und ich bin froh, dass er in meinem Büro für mich drei Jahre lang gearbeitet hat. Da stehe ich 100%ige dazu.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Du kannst ihm eh eine Prämie geben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da kannst du hundert Mal einen Rechnungshof hinschicken und mich versuchen da zu diffamieren und zu kriminalisieren, das ist eine unglaubliche ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Eine Abfertigung wird mit 6 % versteuert.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na bitte, ich habe seine Versteuerung nicht angeschaut.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, das stimmt nicht. Wenn du über dem gesetzlichen Anspruch eine Abfertigung hinaus bekommst, dann ist das mit dem ganz normalen Steuersatz zu versteuern.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn wer wirklich mit Personalkosten in unserem Kreis da herinnen verschwenderisch umgeht, dann ist das die ÖVP, weil die hat nämlich genau, wie es auch der Vzbgm. Spanring bei der letzten GR-Sitzung gebracht hat, unnötige Personalkosten in der Höhe von 116.537 Euro verursacht durch das zurücklegen des Mandates und auch das Verschieben des Fraktionsvorsitzenden auf die Frau Gemeinderätin Braunsberger-Lechner. Das sind nämlich die wahren Tatsachen. Ich muss ganz klar sagen, diese Art wie da heute umgegangen wird, hängt natürlich damit zusammen, dass heuer ein super Wahljahr ist und dass neben der Landwirtschaftskammerwahl, Arbeiterkammerwahl, EU-Wahl natürlich auch die Bürgermeisterwahl und die Landtagswahl stattfindet. Dass da untergriffig und möglichst diffamierend gegen mich vorgegangen wird, ist ja eine Unverschämtheit. Ich bezeichne dich heute wirklich als kommunalen Brunnenvergifter in diesem Gemeinderat. Du hast auch deswegen einen gewissen Ruf in der Stadt Steyr, den ich dadurch auch verstehen kann. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vielleicht noch ein Wort zu den Bewerbungsbögen, weil mir die Frau Stadträtin Weixlberger noch zwei Bewerbungsbögen gegeben hat, einen aus Graz und den zweiten vom Land OÖ, wo überall dieselben Daten, genauso wie es auch in der Stadt Steyr verlangt wird, in dieser Form drinnen sind. Nur zur Klarstellung.

Wir haben noch ein weiteres Thema zur „Aktuellen Stunde", wenn die Stunde auch schon längst vorbei ist. Es geht bei dieser „Aktuellen Stunde", die von der Frau GR Michaela Frech eingebracht worden ist, um „Mögliche Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Stadt Steyr". Michaela, ich hätte dich gebeten, dass du deine Ausführungen bringst.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, eine „Aktuelle Stunde" ist nur eine Stunde die Bezeichnung aber sie kann 120 Minuten dauern. D. h., es ist noch Zeit dazu. Und hätte so mancher von der SP-Fraktion nicht so lange gesprochen, hätten wir jetzt auch mehr Zeit für diese wichtige aktuelle Stunde, die extrem wichtig ist, nämlich das Thema „Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Stadt Steyr, mögliche Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Stadt Steyr". Dass meine Vorredner, und das ist kein Zufall, bereits beim Thema Personalpolitik auf demografische Entwicklung, auf Arbeitsmarkt eingegangen sind obwohl das nicht wirklich Thema war, so zeigt es den Bedarf darüber zu reden. Weil in Ausschusssitzungen ist es kein Thema, obwohl die Opposition seit einiger Zeit fordert es zum Thema zu machen. Es ist ja nicht einmal der Ist-Zustand ein Thema. Wenn man sich anschaut beispielsweise, ich greife nur aus der letzten Zeit zwei Punkte heraus. Es gab am 22. Oktober letzten Jahres eine Veranstaltung wo auch zahlreiche Stadtregierungsmitglieder dabei waren, wo uns gezeigt worden ist und dargestellt worden ist wie sich die Situation in Steyr, statistisch gesehen, in den nächsten Jahren auswirken wird. Da war auch der Bürgermeister dabei. Reagiert worden ist darauf nicht. Nämlich reagiert worden dahingehend, dass wir sagen, wie reagieren wir auf die demografische Entwicklung. Wir haben einen steigenden Bedarf an Pflegeleistungen. Aber nicht nur in Österreich, sondern verstärkt in Steyr.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Haben wir da nicht reagiert?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
D. h., wir werden mehr Ausgaben haben im Sozialbereich, nämlich höhere Ausgaben als vergleichbare andere Städte. Weil heute das Thema Wohnen schon so oft war. Mit den Wohnungen die wir jetzt haben, werden wir nicht das Auslangen finden, weil es wird 1-Personen-Haushalte im Jahr 2025 ungefähr um 20 % mehr geben als heute. Es wird um 10 % mehr 2-Personen-Haushalte geben. Das schlägt sich auch auf die Wohnungspolitik nieder. Reaktionen bis jetzt habe ich keine bemerkt. Was bei dieser Veranstaltung am 22. Oktober auch sehr stark hervorgekommen ist, ist, dass die demografische Entwicklung der Gemeinden höchst unterschiedlich verlaufen wird. Es wird wachsende statt niedere oder schrumpfende in den Gemeinden geben. Wir gehören, nach jetzigen Prognosen, zu den schrumpfenden Gemeinde bis runter auf 36.000 in relativ kurzer Zeit. D. h., kommunalspezifische Handlungsfelder, die bei dieser Veranstaltung unter anderem angesprochen wurden, und da war das Thema Wirtschaftskrise noch kein Thema, waren unter anderem der Arbeitsmarkt, waren unter anderem die Seniorenpolitik, der Wohnungsmarkt, die Finanzen, die Urbanität der Innenstädte, Infrastruktur, Planung usw. Ich möchte jetzt den Arbeitsmarkt herausgreifen. Entwicklung in der Industrie bezogen auf Steyr, weil es ist mir schon klar, die Finanz- und Wirtschaftskrise die trifft alle derzeit, nur halt unterschiedlich. Alles was ich jetzt sage bezieht sich auf Steyr. Entwicklung in der Industrie. Es gibt die Dominanz einzelner großer internationaler Konzerne. Standortentscheidungen werden von Konzernzentrale und nicht von

Zweigstellen getroffen. Standortverlagerungen in osteuropäische und asiatische Länder droht. Es gibt einen großen Druck auf die Standortregionen. Es gibt eine Benachteiligung der lokalen und regionalen Wirtschaft vor allem der kleineren und mittleren Betriebe. Es gibt höhere Anforderungen am Arbeitsmarkt die die Chancen von Niedrigqualifizierten ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was für Betriebe?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich führe das aus, du wirst schon alles erfahren.
Höhere Anforderungen am Arbeitsmarkt verschlechtern die Chance von Niedrigqualifizierten, die wir in Steyr noch immer haben. Die Altersarbeitslosigkeit steigt aufgrund geringer Weiterbildungsmöglichkeiten und hohen körperlichen Anforderungen in den Berufen. Soziale Probleme von Jugendlichen nehmen zu, auch in höheren sozialen Schichten. Wohlstandsverwahrlosung usw. Eine Zahl dazu, in Steyr haben wir einen Anteil an Beschäftigten in Betrieben mit über 250 Beschäftigten, Schnitt ist oberösterreichweit 30 %, wir haben 50 %. D. h., wir haben eine extrem starke Abhängigkeit von der Industrie.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Durch die Großbetriebe.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja und deshalb sollte man darauf reagieren. Nämlich eine Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen gehört her. Am Arbeitsmarkt gehört die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt. Es ist nötig, bessere Verkehrsanbindungen zu machen, es ist wichtig, administrative Grenzen zu Gunsten der Region aufzubrechen usw. Das sagt nicht die Frau Frech die so super klug ist, die hat sich das nicht ausgedacht, das können Sie nachlesen aufgrund einer Szenarien- und Strategieentwicklung die passiert ist zur Stadtregion Steyr, die aber anscheinend ja kein Thema ist da herinnen. D. h., wir wissen was der Status quo ist. So, und das war noch vor der Wirtschaftskrise. Wenn Sie jetzt schauen, ganz aktuell, am 20. 1., jeder fünfte Leasingarbeiter muss in Steyr um seinen Job fürchten. Arbeitslosenrate von 8 %. Mit etwa 8 % hat der Raum Steyr derzeit die höchste Arbeitslosenquote in Oberösterreich, sagt der Bezirksstellenleiter der Arbeiterkammer Gerhard Klinger. Es waren arbeitslos gemeldet im Dezember 2008 rund 1.090 Männer und Frauen in Steyr mehr als im Vormonat. Eine Steigerungsrate. Damit stieg die Arbeitslosigkeit im Monat Dezember im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 35 %. Einen Tag später, 21. Jänner, können Sie wieder lesen in den OÖ Nachrichten, SKF kündigte 57 Leasingarbeiter, Betriebsrat kämpft um Kollegen. Als Gewerkschaftsvertreter spricht sich der Arbeiterbetriebsrat dafür aus, die Leasingkollegen noch stärker zu schützen. Wenn damals in Steyrer-Werke-Zeiten 700 Arbeiter gekündigt worden sind, gab es Aufruhr in ganz Österreich. Rechnet man die gekündigten Leiharbeiter bei MAN, BMW und SKF zusammen, komme man locker auf diese Zahl die heute kaum jemanden aufrege. Wir diskutieren in der Stadt nicht über dieses Thema. Wir hören einen Neujahrsempfang wo alles wunderbar ist, Liebe, Wonne, Waschtrog ...

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Dann hast du aber nicht zugehört.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... wo mit Vorhaben gepunktet werden soll, die die Stadt gar nicht hervorgebracht hat. Wir haben den Herrn Bürgermeister schon ein paar Mal gebeten, dass er das Thema „Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise“ auf das Budget, auf politische Planungen wirklich zur Sprache bringt als Thema in einem Ausschuss. Es war kein Thema in einem Ausschuss. Es ist auch nicht Thema der morgen stattfindenden Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Was der Herr Bürgermeister uns aber erzählt hat beim Neujahrsempfang der Beamten war beispielsweise zum Thema Uman, wo er unlängst war, ja, da ist er selber hingefahren und hat gesehen, dass die Dinge nicht im Richtigen sondern im

Argen liegen. Da hat er sich dann anscheinend schon wieder wohl gefühlt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich aber nicht im Gemeinderat gesagt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Beim Empfang der Beamten.
Ja, Steyr liegt zwar am Wasser, aber ich denke es trocknet aufgrund dieser Stadtmehrheit mehrheitlich aus. Das mag für den Hochwasserschutz ganz gut sein, aber nicht für die wirtschaftlichen Spurenfluten denen wir jetzt begegnen werden. Und das ist kein Klacks, was sich jetzt in den letzten Tagen hier auch abgespielt hat und was vorhersehbar war, wenn man ein bisschen sich anschaut wie war die Entwicklung in den letzten Jahren. Selbst ein Werndl hat damals schon eingesehen, dass es wichtig ist sich Fachleute zu holen, vor hunderten Jahren schon, und dass es wichtig ist die Stadt auf ein zweites Standbein zu stellen. Damals war es halt die elektrische Energie, heute gäbe es andere Möglichkeiten. Ja, und meines Erachtens beginnt aktives Vorgehen dort, wo man einsieht, dass man bisher beschrittene Einbahnstraßen verlässt, weil meistens münden sie irgendwo in Sackgassen. Um den Gehirnkreislauf in Gang zu bringen, sollte das Gebot der Stunde sein, um sich auch genügend Ausfahrten offen zu halten aus dieser Krise, das Denken in Lichtjahren sollte man nicht den Sternen überlassen, denn das wäre politisch Fahrlässig.
Herr Bürgermeister, halten Sie ihr belastetes Gestern bitte nicht im krisengeschüttelten Heute aufrecht. Vielleicht schauen Sie sich einmal an, was Ihre eigene Personalentwicklungsabteilung diesbezüglich auch anzubieten hat. Ob das jetzt ist ein Seminar zum Thema „Die Zukunft bewusst gestalten“ oder ein Seminar zum Thema „Entscheidungen finden eines brauchbaren Weges“, das alles kann man in Steyr besuchen, bietet die eigene Personalentwicklung an und ich glaube es wäre dringend an der Zeit, sich hier damit ein bisschen zu beschäftigen mit diesem Thema und nicht einfach so zu tun als wäre alles in Butter und alles in Ordnung, weil das was wir jetzt erleben ist sicherlich eine harte Phase. Ich denke mir, eine Krise hat nur dann Chancen, wenn man sie erkennt. Ich möchte nichts Totreden, nichts Kaputtjammern, aber diese Krise muss man erkennen, um auch die Chancen die darin liegen zu sehen. Und, Sie waren auch, Herr Bürgermeister, gemeinsam mit anderen bei einer Vorstellung jetzt wieder zum Thema Stadtmarketing, wo man auch gemerkt hat es gibt Handlungsbedarf. D. h., die Felder die sich hier auftun sind zahlreich und man müsste endlich einmal darauf reagieren. Ich fordere Sie auf, Herr Bürgermeister, dieses zentrale Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise“ ernst zu nehmen und auch wirklich auf politischer Ebene zu diskutieren und nicht, wie es passiert ist, einen Budgetentwurf vorzulegen in der Erstfassung wo sogar die Kommunalsteuer Steigerungsraten ausgewiesen hat.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Na ja, ich bin ja nicht immer bekannterweise einverstanden was die Frau Kollegin Frech hier in diesem Gemeinderat vorbringt, aber sie hat glaube ich heute zu Recht die Finanz- und Wirtschaftskrise angesprochen und zum aktuellen Thema gemacht und hat festgehalten, und das kann ich auch bestätigen, dass so manche offensichtlich hier in diesem Hause die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht zur Kenntnis genommen haben. Da gehört auch unser Finanzreferent der Herr Bürgermeister Forstenlechner dazu. Ich habe ja bereits bei der Debatte im Dezember des vergangenen Jahres, als es um die Budgeterstellung für dieses Jahr gegangen ist, mit Verwunderung, und nicht nur ich, feststellen müssen, dass eigentlich dieser Budgetentwurf ohne Berücksichtigung der sich bereits abzeichnenden massiven Finanz- und Wirtschaftsproblematik, um nicht zu sagen Krise, erstellt

wurde. Ich darf in Erinnerung rufen, dass, wie gesagt, ohne diese Berücksichtigung im ordentlichen Haushalt rund 7 Millionen Euro, laut Voranschlag 2009, abgehen, vor allen Dingen aber auch im außerordentlichen Haushalt ein Betrag von nahezu 10 Millionen Euro notwendig ist um gewisse notwendige Arbeiten, sei es Straßenerhaltung, Kanal udglm. zu finanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich jetzt die Argumente des Herrn Bürgermeisters im letzten Amtsblatt zu Gemüte führt, kann man Erstaunliches nachlesen. Ich sage aber gleich vorweg, es ist eigentlich schon verwunderlich, dass man das Amtsblatt, das ja an und für sich dazu ist um eher unpolitische Äußerungen zu machen, dazu benützt, um sozusagen auf die Opposition loszugehen. Der Opposition verwehrt man aber seit Jahren, im Gegensatz zu früher, auch eine Berichterstattung in diesem Amtsblatt. Ich darf zitieren, da schreibt der Herr Bürgermeister: Einsparungsgetöse, sehr erstaunlich, und da fühle ich mich schon angesprochen, welches bei Gemeinderatssitzungen immer wieder recht medienwirksam vom Stapel gelassen wird, nicht einhergehen, meint er, dies würde jeder seriösen Finanzpolitik widersprechen. Für mich stehen die Steyrerinnen und Steyrer und eine ausgewogene Finanzpolitik im Vordergrund.
Nun, wie schaut denn die ausgewogene Finanzpolitik aus? Nicht nur der Voranschlag 2009, den ich vorhin angesprochen habe, sondern auch der mittelfristige Finanzplan wurde ohne Berücksichtigung der sich abzeichnenden und inzwischen auch eingetretenen Wirtschaftskrise erstellt. Da kann man bereits festhalten, dass für die nächsten drei Jahre, zur Abdeckung des ordentlichen Haushaltes, 20,2 Millionen Euro abgehen. Da rede ich gar nicht vom außerordentlichen Haushalt, denn der wurde ja bereits seit Jahren, wie ich vorhin erwähnt habe, in Größenordnung von 9 bis 11 Millionen Schilling ausfinanziert und zwar durch neue Darlehensaufnahme. Das kann man glaube ich hier mit ruhigem Gewissen behaupten, ohne in Verdacht zu geraten, dass man jetzt als kommunaler Brunnenvergifter tituliert wird, wenn man feststellt, dass das sicherlich keine seriöse Finanzpolitik ist. Was mir abgeht ist einfach auch die Tatsache, dass man die künftige Budgeterstellung bisher ohne irgendwelche Maßnahmen zu setzen was die bereits zitierte Situation in der Wirtschaft betrifft. Denn auch die Probleme die die Betriebe haben werden sich hier im Stadtbudget entsprechend niederschlagen durch weniger Steuereinnahmen udglm. Da hätten wir doch gerne, habe ich bereits auch im Dezember bei der Budgetdebatte gesagt, Maßnahmen, die dazu beitragen um die Situation zu verbessern. Dazu hätten halt auch, Herr Bürgermeister, Einsparungsvorschläge von den Freiheitlichen gehört, die wir über Jahre hinweg, und ich bin seit 30 Jahren hier im Gemeinderat, immer wieder vorgebracht haben und die ignoriert wurden. Ich hoffe, dass das in Zukunft anders sein wird, denn wir dürfen ja nicht vergessen, dass gerade die großen Vorhaben, ich spreche da an die notwendige Errichtung von weiteren Alten- und Pflegeheimen, wie z. B. die Adaptierung des Reithoffergebäudes, oder jetzt die Errichtung der Volksschule im Resthof, außerbudgetär finanziert werden musste, weil einfach die Finanzkraft der Stadt nicht mehr ausgereicht hat und nicht nur, Herr Kollege Bremm, die steuerlichen Vorteile die man daraus erzielt. Da hätten wir, wie gesagt, schon längst darauf gewartet, dass man hier in guten Jahren spart. Aber nachdem man das verabsäumt hat, wird man im Zuge dieser Problematik, die ich angesprochen habe, was die Mindereinnahmen in Zukunft betreffen wird, noch größere Probleme haben .

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer bitte.

GR Mag. Gerhard Klausberger verlässt um 15.39 Uhr die Sitzung.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ein bisschen grenzt das schon an Realitätsverweigerung, wenn man glaubt es läuft alles positiv, man hat alles im Griff

und dann muss man sich, und Herr Vzbgm. Bremm, man muss sich dann mit Statistiken runter ärgern die man nicht selbst gefälscht hat. Wenn man sich anschaut, dass neben dieser Bevölkerungsentwicklung, auf die will ich nicht einmal mehr eingehen, weil die ist eh schon ausführlich besprochen worden, aber auch die Arbeitsstättenentwicklung von 2001 bis 2007 weist in Steyr einen klaren negativen Trend. Wir haben ein Minus von 2,8 %, in Steyr-Land ein Plus von 3,8 und in gesamt OÖ auch von 1,5 %. Wir haben eine Beschäftigungsentwicklung in Steyr von 2001 bis 2007 von minus 3 %, Gesamtoberösterreich ein Plus von 6,7 %. Jetzt kann man beim ehemaligen Bundesvorsitzenden der SPÖ bleiben und sagen, na ja, es ist alles so schwierig und Steyr ist anders. Das ist das Einzige was ich wirklich unterschreibe. Ganz offensichtlich ist Steyr anders. Auch der Kaufkraftindex, d. h., das was die Aussage trifft, was hat man zur Verfügung um Einzukaufen, ist mit 89,3 % gegenüber dem Land OÖ mit über 103 % absolut hinten und rückläufig.
Ich möchte nur einmal dieses Amtsblatt ansprechen, weil das Amtsblatt, wo der Opposition zwar verwehrt wird, dass sie eine Seite z. B. hat, wie es in den meisten anderen Städten der Fall ist, das bezahlt wird von den Bürgern von Steyr, ist auch sehr symptomatisch wozu hier aufgerufen wird. Zahntaxi nach Ungarn. Das ist Wirtschaftsförderung in Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das vergibt ja ein Unternehmer, der macht das. Kurt bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, Unrecht hat er ja nicht der Herr Stadtrat, weil wenn wir jetzt Wirtschaftsförderung für Ungarn machen und das noch großformatig im Amtsblatt sozusagen auch ankündigt. Das Ungute dabei ist halt das, dass das sehr viele Menschen in Anspruch nehmen. Das hat wahrscheinlich auch einen Hintergrund, weil es dort vielleicht billiger sein wird. Ich hoffe auch, qualitativ so gut. Das ist halt eine andere Frage. Aber Unrecht haben Sie nicht, weil ich glaube ja, das könnten die Unsrigen genauso gut tun. Wenn ich daran zurückdenke was heute eine Brücke kostet oder sonst irgendetwas bei uns. Aber ich sage jetzt eh nichts mehr.

Natürlich kommt einiges auf uns zu, was wir nur erahnen, weil wenn man so die Zeitungen liest, speziell was den Bankenbereich anbelangt, da wird ja sehr viel hochgejubelt was im Grunde genommen, wenn man mit Fachleuten redet, gar nicht stimmt. Natürlich müssen die Banken Strategien fahren, wo sie sozusagen nicht vom Untergang, nicht vom Konkurs und was weiß ich was reden. Das ist mir schon ganz klar. Weil wenn man da eine Panik verursacht, die ist eh teilweise verursacht worden für alle jene die dann ihre Sparkonten geplündert haben und unter den Kopfpolster gelegt haben, so etwas ist auch gefährlich. Aber auf der anderen Seite ist es halt eine Frage welche Strategien dass man anwendet, welche Strategien dass man kommunal, landes-, bundesmäßig, europaweit anwendet. Natürlich gibt es da die unterschiedlichsten Ansätze und Lösungsmöglichkeiten. Nur wirklich Erfahrung in diesen Punkten hat man glaube ich noch nicht. Wahrscheinlich, und das ist leider Gottes so, muss man das erst selbst erleben um zu wissen wie es ist. Aber auf der anderen Seite denke ich mir gebe ich auch vielen Recht, die das auch einfordern, auch mit einer gewissen Angst, was passiert denn wirklich. Was passiert denn wirklich, wenn das alles was so Fachleute als schwarze Wolke hier bezeichnen die über der Stadt, über dem Land schwebt, wenn das alles eintrifft? Sind wir wirklich darauf vorbereitet? Sind wir das wirklich, oder denken wir auch, so ähnlich wie die Banken, dass wir signalisieren es ist eh nicht alles so schlimm und werdet nicht narrisch Leute, wir werden schon irgendwie drüber kommen und es ist eh Geld genug da und, und, und. Weder das eine noch das andere wissen wir zu 100 %. Was wir natürlich schon wissen, und das betrifft uns Steyrerinnen und Steyrer besonders, dass auch die Strategien unserer hier ansässigen Firmen auch an eine Gesetzesgrenze stoßen. Da brauche ich mir nur anschauen, wie lange ist denn Kurzar-

beit überhaupt möglich. Eh nur eine bestimmte Frist lang. Und was ist dann? Ich finde das eh klasse, dass man die Leute nicht freisetzt. Ich finde das auch gut, dass man anbietet, dass es Nachschulungsmaßnahmen gibt, dass man sozusagen sich weiterbilden kann auch in dieser Zeit, aber ich weiß nicht, wie viel hast du gesagt, 3 Monate glaube ich sind es ...

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
18 Monate!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber was passiert dann wirklich? Das ist glaube ich so eine Geschichte. Ob jetzt die Verschrottungsprämie uns alle aus dem Ding herausreißen wird, das bezweifle ich schon einmal sehr gewaltig. Was für mich persönlich schon ein Anliegen ist, und das betrifft unseren Bereich hier, dass es einmal eine Entwicklung, ein Szenario speziell im Sozialbereich gibt. Also, da wird uns einiges ins Haus stehen, glaube ich, und die Entwicklung merkt man auch schon im letzten Halbjahr 2008. Und verstärkt werden wir es wahrscheinlich dann erst sehen im August, September, gegen Ende dieses Jahres. Eines muss ich jetzt schon bitten und propagieren, machen wir nicht Politik auf Kosten der Arbeitslosigkeit. Machen wir das bitte nicht, weil jede Partei ist sozusagen, das kitzelt ja irgendwie, irgendwem die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuzuschieben, das liegt ja fast auf der Hand. Das ist eine Frage, ob es berechtigt oder nicht berechtigt ist und ob die Lösungen, die natürlich damit angeboten werden müssen, wenn man sagt, der oder der ist schuld, aber mir geht ja das ab, wie macht man es denn persönlich anders, welche Vorschläge. Da würde ich um Qualität bitten, weil das haben wir schon einmal gehabt hier, zwischen den zwei Stadtteilen. Das haben wir schon einmal gehabt und das sollte uns ehrlich gesagt eine Lehre sein. Das wird schon nicht so schlimm kommen, hoffentlich, aber auf dem Rücken aller jener die freigesetzt werden, auf dem Rücken, nicht mit den Köpfen, auf dem Rücken aller jener die da freigesetzt werden im nächsten halben Jahr oder vielleicht im nächsten Jahr noch, Politik zu machen ohne anzubieten wie es besser geht, vor dem würde ich warnen und ich würde Sie bitten, das zu unterlassen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch Wortmeldungen? Michaela.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, Der Kollege Mayrhofer hat dieses Beispiel gebracht, offizielles Amtsblatt der Stadt Steyr. Wir können uns nicht wehren, denke ich mir, wenn irgendjemand ein Inserat schaltet in irgendeinem Medium, aber das ist das offizielle Organ der Stadt Steyr, das Amtsblatt der Stadt Steyr. Das ist schon ein bisschen eigenartig, wenn man dann gleich auf der zweiten Seite eine ganze Seite die Aufforderung hat, Zahntaxi nach Ungarn, jeden Mittwoch ab Steyr, und dann noch eine Initiative des österreichischen Gesundheitsklubs, womit erweckt wird, als wäre das eine offizielle Geschichte die vielleicht auch noch von der öffentlichen Hand als positiv erachtet wird. Es ist nicht, meine Damen und Herren, der erste Fall. Wer vor Weihnachten das Amtsblatt gelesen hat, da ist Werbung gemacht worden für ungarische Keksbäckerinnen. Wir haben in Steyr, denke ich mir, viele, als Christkindlstadt noch dazu, Bäcker, in Steyrdorf, in der Innenstadt oder sonst wo, die Weihnachtskekse backen, wo wir nicht als Stadt Steyr auffordern sollen, ungarische Kekse zu kaufen. Und, ich melde mich deshalb zu Wort, weil ich verhindern möchte, dass da wieder einmal etwas falsch geantwortet wird, weil ich habe schon zuerst gehört, dass jemand sagt, ja das macht eine Firma, da können wir uns nicht einmischen. Es ist so, wir haben anscheinend die Inserate für dieses Amtsblatt vergeben an die Druckerei. Gut, aber natürlich können wir sagen, welche Art von Inseraten wir möchten und was wir nicht möchten.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das haben wir bis jetzt noch nie getan.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, Herr Bürgermeister, das haben Sie, weil die Opposition hat nicht einmal die Möglichkeit sich eine Entgegnung, wie heute der Kollege Eichhübl gemeint hat, da steht was drinnen was man zurecht rücken möchte, die Opposition darf da drinnen gratis keine Zeile schreiben, aber auch nicht bezahlt. Der Opposition ist es verwehrt in diesem Amtsblatt auch nur ein Inserat zu schalten, das es bezahlt. Weder die Grünen, noch die Freiheitlichen, noch das Bürgerforum darf das. Herr Bürgermeister, ich kann es Ihnen auch belegen, weil im Wahlkampf 2003 hätte ich das gemacht und hätte ein Inserat geschaltet, rein zur Information, das ist mir verwehrt worden mit dem Hinweis, politische Parteien dürfen da drinnen weder bezahlt noch unbezahlt vorkommen. Aber das Zahntaxi nach Ungarn, die ungarische Keksbäckerin, die sehr wohl. Wenn das Ihre Wirtschaftspolitik ist, dann gute Nacht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, ich muss auch ganz ehrlich sagen, eine Werbung für ein Zahntaxi nach Ungarn gefällt mir auch nicht und vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, dass man das auch steuert, weil bis jetzt haben wir das der Firma Pritzl freigestellt wie sie die Werbung gestalten und die sind offensichtlich froh, wenn sie wem bekommen der Werbung bezahlt und den tun sie dann hinein. Wir werden das morgen in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz noch einmal diskutieren, wie wir mit solchen Themen umgehen, wobei man auch dazu sagen muss, wir leben natürlich auch in der EU und der frei Markt ist natürlich auch ein Bereich den man berücksichtigen muss.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber wir müssen es nicht fördern, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich sage es nur, wir werden uns darüber unterhalten, wie man die Gestaltung vielleicht verbessern könnte.
So, zur Wirtschaftskrise und ob wir das ernst nehmen oder nicht. Also eines kann ich euch mit Sicherheit sagen. Ich habe mich noch nie so viel mit der Wirtschaftskrise und mit den ganzen Vorgängen am Finanzmarkt und am Weltmarkt auseinander gesetzt wie in den letzten Wochen. Auch in meiner Zeit wo ich nicht in Steyr war habe ich sehr viel Gelegenheit gehabt, dass ich mich mit solchen Themen auseinander setze, dass ich Zeitungen lese, nicht nur die, die es in Österreich gibt, sondern ich habe auch die neue Züricher Zeitung gelesen, ich habe auch den Spiegel gelesen, ich habe jede Menge Informationen zu diesem Thema eingesammelt. Vor allem ist es mir auch darum gegangen, wie gehen andere Staaten damit um, wie geht die EU damit um, wie schaut es am Weltmarkt aus. Das sind ja nicht unwesentliche Sachen. Wie weit können wir in Steyr überhaupt einen Einfluss nehmen auf diese Finanzkrise. Das muss man sich ja sehr genau anschauen bevor man da einen Schritt macht und nicht einen Schnellschuss machen und dann funktioniert das nicht. Wichtig ist, dass man grundlegende Informationen zu diesem Thema einmal einholt. Soweit ich jetzt einmal Informationen habe, sind wir nicht so schlecht unterwegs. D. h., die Investitionen die zur Zeit in Steyr getätigt werden. Wir haben noch nie so viel investiert in einem Jahr wie in diesem Jahr. Hast du dir das schon einmal angesehen, Michaela? Es wird das Reithoffergebäude gebaut um 13 Millionen, es wird ein Alten- und Pflegeheim auf der Ennsleite heuer noch gebaut, es wird eine Volksschule am Resthof gebaut, Hochwasserschutzmaßnahmen werden heuer umgesetzt. Also unglaublich große, intensive und arbeitsintensive Investitionen die getätigt werden und die uns aber auch gleichzeitig für die Zukunft reif machen. Weil das was ich eigentlich in allen Fachzeitschriften gelesen habe ist das, dass man genau in der Zeit der Krise sich vorbereiten muss auf die Zeit danach um nachher die möglichst besten Startbedingungen zu haben. D. h., Investitionen in der Infrastruktur, Investitionen in Forschung, Weiterbildung und Schule.

Zwischenruf: Seminare.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da gebe ich dir schon Recht, Seminare ist auch ein Thema, aber das ist nur ein kleines Thema. Wie haben wir einmal gesagt, ein Pipifax-Thema. Aber es gibt Vorschläge, und da sind natürlich nicht nur wir gefordert hier im Gemeinderat der Stadt Steyr, sondern da geht es auch um das, wie weit die Grundlagen von der Bundesregierung gelegt werden, wie die Landesregierung in OÖ darauf reagiert, die Wirtschaftskammer und, und, und. Jede Menge Reaktionen sind da notwendig. Vielleicht hast du genau hingehört was ein Dr. Losbichler beim Neujahrsempfang gesagt hat, dass wir in Steyr eigentlich in einer Situation sind, dass man hier sehr soziale und humane Vorgangsweisen gewählt hat im Umgang mit den Arbeitskräften und mit den Freisetzungen und mit dem Thema Kurzarbeit bei MAN. Es gibt andere Firmen, die schicken die Leute nach Hause und es gibt dann die Tragödien wie es der Vizebürgermeister Bremm ja genannt hat und wo es wirklich zu großen Tragödien kommt. Gott sei Dank gibt es Einrichtungen wie Betriebsräte die dann mit der Firmenleitung entsprechende Maßnahmen ausarbeiten. Gott sei Dank gibt es ein AMS das hier auch sehr deutlich mithilft um die Situation etwas abzufedern. Also, es gibt jede Menge Maßnahmen die genau zu diesem Thema Wirtschaftskrise und Umgang mit der Wirtschaftskrise in Steyr gesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass wir die richtigen Maßnahmen treffen. Ich bin aber auch durchaus deiner Meinung und der Meinung meiner Vorredner, dass wir in der nächsten Runde, entweder im Fraktionsvorsitzendenbereich oder auch in den verschiedenen Ausschüssen über dieses Thema, auch Detailmaßnahmen, genauer diskutiert und einer entsprechenden Umsetzung zuführt.

Vielleicht noch ein Thema, weil das auch immer wieder kommt. Das wollte ich noch erklären, weil ich es vor Kurzem mit dem Herrn Heindl vom Arbeitsamt diskutiert habe, warum ist unsere Arbeitslosigkeit in Steyr immer etwas höher wie in den anderen oberösterreichischen Bereichen, wo wir doch in Steyr in einer relativ glücklichen Lage sind, dass wir sehr große, global tätige Firmen da haben die sehr gut zahlen und die auch sehr viele Arbeitsplätze hier anbieten. Warum ist das gerade so, dass wir hier die höchsten Arbeitslosenzahlen immer haben? Das kommt, und das hat er mir auch in Zahlen noch einmal dargelegt, davon, weil durch die hohen Löhne die hier gezahlt werden in Steyr, oder diese Betriebe die so hohe Löhne zahlen, eine Sogwirkung verursachen und natürlich sehr viele aus der Umgebung auch anlocken und dadurch Steyrer, die auch gerne in der Firma arbeiten, unter Umständen nicht zum Zug kommen. Das ist auch ein Grund, warum die Arbeitslosigkeit bei uns höher ist und in den umliegenden Gemeinden unter Umständen nicht so hoch ist. Das habe ich heute auch schon gesagt, dass sehr viele hinausziehen in die umliegenden Gemeinden, weil dort natürlich, man ist in zwei, drei Kilometer, wenn man vom Stadtzentrum weg fährt, sofort im Grünen draußen in bester Wohnlage, in bester Qualität und kann sich dort ein schönes Haus hinbauen. Das sind natürlich auch Leute die dann in unserer Statistik nicht drinnen sind. Das wollte ich noch zum Thema Wirtschaftskrise und der Umgang der Stadt Steyr anbringen.

Ich glaube wir haben jetzt die „Aktuelle Stunde“ ausgereizt bis zur letzten Minute. Ich würde vorschlagen wir machen, bevor wir zu den Verhandlungsgegenständen kommen, eine kurze Pause und machen in einer ¼ Stunde wieder weiter.

GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner verlässt um 16.01 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 16.01 UHR BIS 16.20 UHR

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die Gemeinderatssitzung fort. Wir kommen jetzt zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir haben heute Verhandlungsgegenstände und einen Dringlichkeitsantrag.

Die unterfertigten Gemeinderatsfraktionen, in dem Fall sind das alle, soweit ich das überblicken kann, haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und zwar:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

an Herrn Bundeskanzler Werner Faymann und Frau Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures

gegen die Schließung des Postamtes Ennsleite, Arbeiterstraße 39, 4406 Steyr.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich mit dieser Resolution vehement gegen die aktuellen Schließungspläne der Österreichischen Post AG hinsichtlich des Postamtes Steyr-Ennsleite, Arbeiterstraße 39, 4406 Steyr, aus.

Um den von Herrn Bundeskanzler Werner Faymann verordneten Stopp von Schließungen von Postämtern offensichtlich zu umgehen, wird seitens der verantwortlichen Vertreter der Post AG argumentiert, dass es sich dabei nicht um eine Schließung, sondern nur um eine Zusammenlegung mit dem Postamt Dukartstraße im Stadtteil Ennsdorf handelt, da dieses in relativer Nähe des Stadtteiles Ennsleite liegt.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Stadtteil Ennsleite zur Zeit 5.701 Menschen leben, davon sind 1.397 oder 24,5 % über 66 Jahre alt. Rechnet man die über 55-jährigen dazu, so ergibt sich ein Bevölkerungsanteil von rund 40 % in dieser Altersgruppe.

Dazu kommt, dass die Post AG das Gebäude, in dem sich das Postamt Dukartstraße befindet, dem Vernehmen nach veräußern will, und es daher nicht ausgeschlossen ist, dass nach einem Verkauf dieses Gebäudes dieses Postamt ebenfalls geschlossen werden soll.

Weiters ist unbedingt zu berücksichtigen, dass im Stadtteil Ennsleite noch im heurigen Jahr der Spatenstich für die Errichtung eines neuen Alten- und Pflegeheimes sowie eines Hauses für betreubares Wohnen erfolgen soll und gerade für die künftigen Bewohner es aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität eine unabdingbare Notwendigkeit darstellt, ein Postamt im eigenen Stadtteil, in dem wie erwähnt annähernd 6.000 Menschen wohnen, vorzufinden.

Aus der Sicht des Gemeinderates der Stadt Steyr sind daher die Verantwortlichen der Post AG anzuhalten, nicht einfach mit dem Pseudoargument zu agieren, dass der Schließungsplan angeblich bereits vor Erlassung der Universaldienstverordnung bekannt gegeben wurde und diese daher auf die gegenständliche Schließung nicht anwendbar sei, sondern, dass die infrastrukturelle Nahversorgung – und dazu gehört unwidersprochen auch der Aufgabenbereich eines Postamtes in einem Stadtteil mit 5.700 Einwohnern – gesichert ist.

Zur Begründung der Dringlichkeit:

Da die Schließung des Postamtes im Stadtteil Ennsleite, Arbeiterstraße 39, in 4406 Steyr, dem Vernehmen nach bereits unmittelbar bevorstehen soll, ist es ohne Nachteil für die Sache nicht möglich, die nächste Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr abzuwarten, die erst am Donnerstag, 19. März 2009 anberaumt ist. Die Dringlichkeit dieses Antrages ist daher aus dem gegebenen Sachzwang heraus von selbst gegeben.

Es wird daher beantragt, diesem Antrag durch den Gemeinderat der Stadt Steyr die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Ich bitte jetzt über die Dringlichkeit abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wer für die Dringlichkeit ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmige Annahme. Behandeln wir das wie immer am Ende der Sitzung?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, es gibt einen Wunsch, dass wir diesen Punkt vorziehen. Wir müssen aber, wenn wir den vorziehen, noch einmal abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wer dafür ist, dass wir den Dringlichkeitsantrag als ersten Punkt behandeln, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, dann ist das der erste Tagesordnungspunkt. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Thema ist ja nicht neu für uns im Gemeinderat. Wir haben ja erst im vergangenen Herbst eine Resolution, auch einstimmig, im Gemeinderat verabschiedet, wo wir uns als Stadt Steyr, als Gemeinderat der Stadt Steyr, grundsätzlich gegen Schließungen von Postämtern in unserer Stadt aussprechen. Doch etwas überraschend, trotz Ankündigung unseres Bundeskanzlers, ist das Thema wieder in die Tagesordnung aufgenommen und es ist beabsichtigt, kurzfristig, das Postamt auf der Ennsleite zu schließen. Ich glaube grundsätzlich sagen zu müssen, das kann nicht das Gelbe vom Ei sein, wo wir bei verschiedenen Sonntagsreden da ansprechen, dass die Infrastruktur in einer Stadt vorhanden sein muss, dass die notwendig ist, dass wir bürgerfreundlich agieren sollen und dass wir bürgerfreundlich sein sollen und dann geht der Weg zurück und machen wir wieder einen Rückschritt in Zeiten die ich selbst als Kind eigentlich erlebt habe, am Land aufgewachsen, wo der Briefträger einmal in der Woche kam, wenn es gut gegangen ist, und die ein bisschen entfernt von der Straße gewohnt haben, dort ist noch ein Postkasten angebracht worden und dort haben sich die Leute selbst die Post holen müssen. Ich glaube auch, dass es nicht so sein kann, dass wir die Infrastruktur, oder dass wir Einrichtungen die zur Infrastruktur einer Gesellschaft, in der wir uns befinden, wo wir sagen wir gehören zu einem der reichsten Länder der Welt, dass wir jede Infrastruktur jetzt auf einmal betriebswirtschaftlichen Betrachtungen unterziehen und dass wir diese Einrichtungen betriebswirtschaftlich führen müssen. Das kann es nicht gewesen sein. Da kann man dann nämlich über viele Dinge reden, und wir wissen, gerade in unserem Bereich auch, dass für die Infrastruktur einer Stadt auch andere Dinge dazu gehören die nicht betriebswirtschaftlich zu führen sind. Wie der öffentliche Verkehr, unsere Autobusse, da wissen wir, dass das betriebswirtschaftlich nicht geht, dass hier der Zuschuss der öffentlichen Hand notwendig ist, dass die Kindergärten nicht betriebswirtschaftlich geführt werden können, ansonsten werden nur wenige gut Verdienende in der Lage sein, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu bringen, dass Seniorenreinrichtungen, wie Alten- und Pflegeheime, nicht betriebswirtschaftlich geführt werden können. Es würden viele, viele Menschen, die hier ihren Lebensabend verbringen müssen, nicht in der Lage sein, diese Einrichtungen zu besuchen und in Anspruch zu nehmen. So sehe ich das auch bei der Post, dass es nicht so sein kann, dass man hier nur den Rechenstift ansetzt und sagt, erwirtschaften wir dort einen Ertrag oder erwirtschaften wir keinen Ertrag und wenn das nicht der Fall ist, dann sperren wir einfach zu. Gerade in Stadtteilen, in der Stadt, wo wir, wie der Bürgermeister schon erläutert hat, dass in einem Stadtteil, der auch in den nächsten Jahren wachsen wird, auch aufgrund unseres Stadtentwicklungskonzeptes, es ist ja auch vorgesehen, dass im Bereich Ennsleite nicht nur unmittelbar die Errichtung des Pflegeheimes vorgesehen ist, sondern auch weiterhin wachsen wird, und dann sperrt man solche Einrichtungen einfach zu. Mich freut es, dass wir hier im Vorfeld darüber diskutiert haben und das wir über die Parteigrenzen hinweg eine einhellige Meinung haben, dass wir uns dagegen zur Wehr setzen wollen und das nicht einfach so kommentarlos zur Kenntnis nehmen. Es ist eh schon viel passiert in den vergangenen Jahren und wir wollen da nicht einfach zuschauen und tatenlos

daneben stehen und schauen, wie hier die Infrastruktur unserer Stadt negativ beeinträchtigt ist. Ich würde aber ersuchen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir diese Resolution nicht nur dem Herrn Bundeskanzler und der Frau Bundesministerin übermitteln, sondern dass wir auch der Landesregierung, das Land OÖ ist hier ja auch mit zuständig, oder hat auch Interesse daran, dass wir diese Resolution auch der Landesregierung übermitteln, vor allem aber auch jener Stelle übermitteln und zusenden die auch verantwortlich ist dafür. Es ist so ein bisschen ein Ausfluss der Privatisierung, dass die Post in eine AG umgewandelt wurde, dass auch die Generaldirektion mit unserer Resolution beschäftigt wird und vor allem hier auch die Meinung und der Widerstand des Gemeinderates der Stadt Steyr zur Kenntnis gebracht wird und dass es hier vielleicht doch noch Überlegungen gibt, das auszusetzen. Ich würde ersuchen, dass wir das in die Resolution aufnehmen, Landesregierung und Generaldirektor der Post, dass wir denen das zusenden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Natürlich werden wir auch dieses Mal die vorliegende Resolution unterstützen vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion. Wir haben sie auch bereits unterschrieben und wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten natürlich alles dran setzen um zu verhindern, dass das Postamt auf der Ennsleite nicht einer Schließung unterzogen wird.
Ich möchte aber doch einiges Grundsätzliches noch hier anmerken. Uns reicht es nicht, und das habe ich bereits in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung zum Ausdruck gebracht, als dieses Thema angeschnitten wurde am vergangenen Montag, dass der Herr Bundeskanzler Faymann vor einiger Zeit erklärt hat, dass im nächsten halben Jahr keine Postämter geschlossen werden, denn das würde ja gleich die Frage anschließen, was ist dann im nächsten halben Jahr, was macht dann der Herr Bundeskanzler. Jeder der sich mit der Thematik beschäftigt hat, muss eigentlich feststellen, dass an sich in diesem Zeitrahmen, den der Herr Bundeskanzler angesprochen hat, vorerst sowieso keine Postamtschließungen geplant waren. Also, so ganz astrein war die Geschichte nicht. Es ist eher in den Bereich der Beruhigung einzureihen und eher in den Bereich einzureihen, wo man feststellen muss, dass er halt auf die entsprechende Situation reagieren wollte.
Ich möchte aber auch noch in Erinnerung rufen, weil der Kollege Bremm die Privatisierung angesprochen hat, dass die Marktöffnung an sich, die ja nicht nur jetzt die Post betrifft, sondern viele andere Bereiche auch, Ausfluss und Ergebnis von EU-Richtlinien sind und dass diese EU-Richtlinien ja geradezu mit Begeisterung auf Bundesebene von der SPÖ und auch von der ÖVP nicht nur unterstützt, sondern auch forciert wurden. Das muss man auch sehr deutlich sagen. Ich habe aber auch noch die Worte der zuständigen Ministerin Bures im Ohr und auch im Teletext war das nachzulesen, die vor einigen Tagen wortwörtlich zum Ausdruck gebracht hat, dass es weitere Liberalisierungsmaßnahmen und Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Telekom, im Bereich der Bundesbahn, aber auch im Bereich der Post geben wird. Ich würde mich sehr freuen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es uns gemeinsam gelingen würde durch diese Resolution davon abzuwenden, dass das Postamt auf der Ennsleite nicht einer Schließung unterzogen wird, im Interesse der dort Beschäftigten, aber auch im Interesse der Bewohner dieses Stadtteiles.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte

Gäste. Ja, ich bin sehr froh, dass es möglich war, dass es eine Resolution gibt aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen die gemeinsam eingebracht wird und dann auch gemeinsam beschlossen wird. Was ich allerdings bedaure ist, dass wir leider wieder Zeit verstreichen haben lassen müssen, weil es ja bereits so war, wie sich herausgestellt hat im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, dass bereits im November Verantwortliche seitens der Post beim Herrn Bürgermeister waren und diese Schließung des Postamtes angekündigt haben. Der Gemeinderat ist dazu leider in der Dezember-Gemeinderatssitzung nicht informiert worden, was eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir ja diese Resolution gegen Schließung von weiteren Postämtern in Steyr eine Gemeinderatssitzung vorher noch gemeinsam beschlossen haben. Aber anscheinend hat man da den Handlungsbedarf noch nicht erkannt, vertrauend auf diese Sache, dass es innerhalb des nächsten halben Jahres zu keiner Schließung kommt. Aber wenn Sie sich die Resolution anschauen, dann sehen Sie ja, dass sehr wohl Gefahr im Verzug ist, das Postamt Ennsleite soll mit Ende Februar zugesperrt werden. Es gibt diesbezüglich auch bereits Informationen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem mit dem Argument, zwei Argumente hat die Post. Das eine Argument ist, dass man sagt, es ist ja gar keine Schließung sondern eine Zusammenlegung. Das ist ungefähr so, wenn man spricht von Freisetzungen statt von Kündigungen. Der zweite Punkt ist, dass man sagt, die Schließung des Postamtes Ennsleite ist bereits vor dieser Verordnung entschieden worden, seitens der Post, und fällt deshalb nicht unter diese Halbjahresgarantie. Das kann es nicht sein. Aber es ist symptomatisch für das Vorgehen der Post. Wenn Sie sich anschauen, zuerst reduziert man Öffnungszeiten, beispielsweise Postamt Grünmarkt das mitten im Innenstadtbereich liegt, früher hat es den ganzen Tag offen gehabt, heute haben sie eine Mittagspause und das ist gerade für Geschäftsleute und auch für die Bürgerinnen und Bürger die in der Stadt arbeiten nicht gerade optimal. Dann hat man hat plötzlich weniger Umsatz und man sperrt halt schon um 17.30 Uhr zu statt um 18 Uhr. Ähnliches ist auch bei der Ennsleite. Man argumentiert mit rückgängigen Umsätzen, bedenkt aber nicht, dass das Postamt auf der Ennsleite bereits sehr reduzierte Öffnungszeiten hat. Und je mehr ich reduziere, desto weniger Umsatz mache ich auch. D. h., es drängt sich schon die Vermutung auf, dass man da wirklich manches Kaputtsparen will, was nicht im Sinne unserer Stadt sein kann. Ja, ich bin sehr froh über diese Resolution. Wo ich noch froher gewesen wäre, wenn es möglich gewesen wäre, wie auch ein Vorschlag war in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Entschuldigung, in der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung, dass man auch weitere Schritte jetzt gemeinsam akkordiert, alle Fraktionen gemeinsam. Sprich, wenn man eine Unterschriftenliste auflegt, und das halte ich für sehr wichtig, dass das nicht dann eine ist von der SPÖ und dann gibt es von der ÖVP eine und dann gibt es von den Grünen eine und dann gibt es von den Freiheitlichen eine und dann gibt es vom Bürgerforum noch eine und die Leute wissen dann gar nicht mehr wo sie unterschrieben sollen, sondern dass es wirklich eine Unterschriftenaktion gibt hinter der die gesamte Stadt Steyr steht, wo es eine Unterschriftenliste gibt wo alle Fraktionen oben stehen oder die Stadt Steyr oben steht, damit das Ganze auch kein Politikum ist, dass jemand dann das Gefühl hat, da unterschreibt er jetzt für eine SPÖ-Angelegenheit oder für eine ÖVP-Angelegenheit oder für eine Grün-Angelegenheit, sondern für eine Angelegenheit die uns alle eint. Und wir haben die erste Resolution gemeinsam beschlossen, wir beschließen die wieder gemeinsam, warum machen wir nicht wirklich auch eine gemeinsame Unterschriftenlistenaktion, wo jeder dann schaut diese Unterschriften unter das Volk zu bringen, aber eben gemeinsam aufgesetzt, weil damit können wir gegenüber der Post sehr viel stärker auftreten und das hätte Sinn. Also ich würde Sie bitten, Herr Fraktionsvorsitzender Bremm, vielleicht doch noch einmal darüber nachzudenken und die gesamte SP-Fraktion, weil ich gehe davon aus, dass der Rest der Opposition da sicherlich auch mit dem d'accord gehen könnte, weil wir können uns nur gegensei-

tig verstärken und das sollten wir wirklich aus dem Parteipolitischem heraushalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, die zweite Resolution zum selben Thema. Alle in diesem Raum sind dafür. No na. Ich glaube, es gibt keinen Bürgervertreter der sagt, ich verzichte darauf, dass in einem Stadtteil mit 6.000 Bewohnern, oder fast 6.000 Bewohnern, auf einmal kein Postamt mehr ist. Nicht jeder ist in der glücklichen Lage, dass er ein Kfz besitzt. D. h., wer diese Entscheidung getroffen hat und noch dazu anführt, eh so naheliegend gibt es das nächste Postamt, der dürfte vielleicht auf einen Stadtplan geschaut haben aber sicher nicht auf die Topografie und auf die tatsächliche Erreichbarkeit. Das was wirklich arg ist, das ist glaube ich die Vertrauenswürdigkeit des Herrn Bundeskanzlers, weil eines muss man schon sagen, wenn ich als Infrastrukturminister etwas unterschreibe und weil es dann im Wahlkampf fruchtbar wird, dann sage, ich nehme es zurück und garantiere, 6 Monate wird kein Postamt geschlossen und dann ist es notwendig, dass wir wieder rennen, wieder eine Resolution machen, wieder versuchen Stimmung zu machen damit das eingehalten wird was der Herr Bundeskanzler da versprochen hat, dann frage ich mich schon, wie viel Vertrauenswürdigkeit können wir da rein setzen. Wenn wir jetzt erfahren haben, dass Vertreter der Post im November beim Herrn Bürgermeister waren, der das nicht der Mühe wert gefunden hat irgendjemanden zu informieren, und wenn es notwendig ist, dass erst die Zeitung bitte schön darauf aufmerksam macht, und erst dann werden wir aktiv, und dann heißt es wir hauen uns voll auf die Schienen, und es also Richtung Wahlkampf geht, dann frage ich mich schon, ist das notwendig. Müssen wir 2 ½ Monate warten von diesem Termin der Post beim Bürgermeister, um dann mit einem Dringlichkeitsantrag zu schauen, dass nichts mehr passiert, dass wir das noch korrigieren können. Da, Herr Bürgermeister, muss ich schon sagen, es hat 2 Gemeinderatssitzungen dazwischen gegeben, wir haben einige Stadtsenatssitzungen gehabt, wir haben genügend Ausschusssitzungen gehabt und dann müssen wir zu einen Dringlichkeitsantrag greifen. Da frage ich mich schon was los ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Der Kollege Eichhübl hat natürlich die Gelegenheit benutzt jetzt noch ein kleines Schenkerl in Richtung EU zu geben. Ich kann mich nicht erinnern, dass von Brüssel ein Brief gekommen ist, dass die Ennsleite zum Zusperren gewesen wäre. Aber eines ist auf jeden Fall schon klar. Das was daraus entstanden ist, durch diese Privatisierung, Liberalisierung, ja, dass sich die privaten Firmen die besten Gustostückerl herausholen bei so etwas und die Post dann die Brösel aufpicken darf oder die unangenehmeren Tätigkeiten und die weniger gewinnbringenden Tätigkeiten übernehmen muss, ist mir schon klar. Aber Schuld sind wir im Grunde genommen alle, nicht nur die EU. Weil wenn ihr euch erinnert, wann habt ihr da herinnen euren letzten Brief geschrieben den ihr in das Postkasterl geworfen habt?

Zwischenrufe: Heute.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ein Brief? Noch ein Brief?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
35 Briefe vor Weihnachten.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Okay, dann sind wir bei 37 Briefen. D. h., im letzten Halbjahr 37 Briefe im Gemeinderat. Spaß bei Seite. Wir schreiben ja alle E-Mails, die Korrespondenz ist größtenteils elektronisch. Aber es gibt natürlich Entwicklungen und die sind nicht zum Aufhalten. Also wahrscheinlich würde es nichts nützen, wenn wir jetzt alle sagen wir

schreiben Briefe, weil das wird endlos zäh und das würde nicht funktionieren.
Genauso wenig wie funktioniert, wenn ich erinnern darf, Resolutionen zu dem Thema hat es ja schon einige gegeben. Ich frage mich nur, welche Resolution diesen Prozess hat aufhalten können.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wieserfeldplatz.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wieserfeldplatz haben wir es jetzt wieder. Oder wie? Nein, ich rede ja nur vom Postamt. Aber in dem Fall glaube ich ist es doch ein bisschen anderes, weil der Herr Vizebürgermeister hat es ja schon erwähnt, wir werden dort oben viele, viele Menschen haben die sozusagen auf die Ressource Post zugreifen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die ältere Generation

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, die ältere Generation ist da noch nicht so gewieft, obwohl es da auch schon Entwicklungen gibt. Also ich glaube, das kann man ins Treffen führen und es steht auch in der Resolution drinnen. Weil es kann ja nicht so sein, dass jede Situation die gleiche Situation ist, dass die Situation, weiß ich nicht, in Tripstrü die gleiche Situation ist wie auf der Ennsleite oder wie auf dem Wieserfeldplatz. Aber dass es natürlich weh tut und dass man gewohnte Dinge ungern verliert, das ist schon klar. Dagegen sein ist unmöglich. Ich glaube, dass das einfach auch ein Auftrag ist, kommunalpolitisch, aber auf der anderen Seite muss man sich dann auch überlegen, man muss sich wahrscheinlich auch nach der Zukunft richten. Das ist Zukunft, dass es halt weniger Postämter gibt. Darum glaube ich, dort wo es besonders notwendig ist, das muss man halt auch da herinnen entscheiden, dort muss man vehement mit dem Zeigefinger hinweisen und sagen, dort wollen wir es nicht. Aber wenn der Herr Bundeskanzler Faymann das jetzt unisono sagt, nützt das gar nichts. Das ist, ich sage jetzt einmal, da seht ihr es, da habt ihr es. Wer ihm das glaubt, wird nicht selig, glaube ich, weil wo will er denn da eingreifen in diesem Prozess. Jetzt sagt er, nein, jetzt sperren wir 30 Postämter nicht zu. Geht das? Nein, ich glaube nicht. Aber es ist natürlich werbewirksam.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster ist Herr StR Oppl.

GR Ing. Wolfgang Hack verlässt um 16.46 Uhr die Sitzung.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Es ist ja in diesem Zusammenhang jetzt schon viel gesagt worden. Ich möchte eigentlich beim Kollegen Apfelthaler insofern anschließen, dass es für mich auch unvorstellbar ist, genauso wie für den Kollegen Bremm, dass man das Postamt auf der Ennsleite einfach zusperrt. Ich bin auch Realist und es gibt gesetzliche Bestimmungen und es wird so sein, dass man österreichweit nicht alle Postämter, die wir zur Zeit noch haben, erhalten können. Nur, wie in dem Fall die Postverantwortlichen vorgehen, ist schlicht und einfach aus meiner Sicht, und nicht nur aus meiner Sicht, sondern ich glaube da sind wir uns alle in dem Raum einig, einfach inakzeptabel. Sie gehen einfach bürokratisch vor, behaupten, dass angeblich das Postamt in der Dukartstraße das einzige Postamt ist, das sich rechnet, alle anderen Postämter in Steyr sind schwer defizitär und sagen einfach unter dem Pseudoargument das Postamt in der Dukartstraße ist eh ganz in der Nähe der Ennsleite, da sollen halt die Leute da hin gehen und wir legen einfach das Postamt zusammen. Ich sage euch eines, und es steht eh in der Resolution auch drinnen, es ist ja geplant, dass das Gebäude von der Post drüben verkauft werden soll, seitens der Post, und ich lasse mich da hinein stechen, um das einmal ein bisschen salopp zu sagen, wenn der nächste Schritt nicht ist, wenn das verkauft ist, dass dann das Postamt auch zugesperrt wird und dann heißt es, geht am Grünmarkt und dann ist der Grünmarkt auch defizitär und wird auch geschlossen und so weiter wird es gehen.

Also, aus meiner Sicht ist das der erste Schritt von einer ganzen Reihe geplanter Schließungen von Postämtern in der Stadt Steyr. Das ist ja in den Wortmeldungen auch schon ein paar Mal gefallen, gerade wir als Stadtteil Ennsleite haben momentan eine Bevölkerungsstruktur wo rund 25 % der Bevölkerung über 66 Jahre alt sind. Dazu kommt dann, dass wir jetzt das Alten- und Pflegeheim Ennsleite bauen bzw. betreubares Wohnen dazu und da muss man sich jetzt einmal vorstellen, wenn das geschlossen werden sollte und es heißt, geht einfach zur Dukartstraße hinunter, dann kann man noch diskutieren und sagen ja, ich habe mir das herausrechnen lassen. Wenn man als zentralen Punkt von der Ennsleite z. B. den Sparmarkt hernimmt, dann hat man, unabhängig davon, dass man eigentlich von der gesamten Ennsleite ohne Überwindung von Höhenunterschieden zum Postamt gelangen kann, hat man einen Weg von rund 400 Meter. Der Weg vom Sparmarkt, von der Hafnerstraße, hinunter in die Dukartstraße über das Bahnhofsparkdeck als Gehweg sind 760 Meter. Also fast das Doppelte. Dann kann man noch sagen okay, jetzt gehe ich es gesund, das ist ja sicherlich nicht ein Problem für jüngere Leute, aber sicherlich ein größeres Problem für ältere Menschen und noch dazu wenn man eine Gehbehinderung hat. Was aber dazu kommt ist in erster Linie der Höhenunterschied. 78 Meter hören sich nicht viel an, aber das entspricht schlussendlich einem Hochhaus von insgesamt 16 Stockwerken. Dass man sich das ein bisschen vorstellen kann was das heißt, die Hochhäuser auf der Ennsleite in der Arbeiterstraße haben 9 Stockwerke. D. h., fast doppelt so hoch als wie ein Hochhaus auf der Ennsleite müssten dann die Leute hinauf und hinunter marschieren. Wir haben daher, und da möchte ich jetzt auf die Wortmeldung eingehen vom Kollegen Mayrhofer und von der Kollegin Frech, also Wahlkampf lieber Gunter ist das sicher nicht. Die SPÖ hat sicherlich nicht einen Brief an die Postdirektion geschrieben und hat gesagt, geh' bitte sperrt uns das Postamt auf der Ennsleite zu, dass wir aktiv werden können und dass wir da ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das habe ich nicht gesagt.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ich habe zumindest deine Wortmeldung so aufgefasst.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Dann hast du geschlafen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Nein, ich habe nicht geschlafen.
Was mich übrigens sehr persönlich freut, dass Sie da jetzt auch gesagt haben, Sie werden Ihre Möglichkeiten wahrnehmen, was Sie über die Landes- und Bundespolitik haben, dass da auch von eurer Seite Einfluss genommen wird, um das noch zu verhindern. Ich lade alle anderen Fraktionen ebenfalls ein, das zu unternehmen bei allen Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen. Ich kann nur da herinnen berichten, wir haben mit dem LH-Stellvertreter Haider schon intensive Gespräche geführt, der uns auch zugesichert hat, dass er sich intensiv in die Thematik bei der Postverwaltung einschalten wird und da intervenieren wird. Genauso wie unser NR Kurt Gartlehner, der gestern ein Gespräch mit der Bundesministerin Bures gehabt hat und er mich informiert hat, dass sich die Frau Bundesministerin da bei der Postverwaltung auch dementsprechend positiv verwenden wird. Was die Unterschriftenliste anbelangt, liebe Michaela Frech. Wie, wo und wann, du hast es selbst gesagt, es ist nicht mehr recht viel Zeit und es muss versucht werden, aus unserer Sicht, dass wir so schnell als möglich so viel wie mögliche Unterschriften zusammen bringen. Wir haben halt das Glück als SPÖ-Organisation auf der Ennsleite, dass wir einen großen Funktionärinnen- und Funktionärenkreis haben und dass wir auch unseren Pensionistenverband haben. Wir haben gestern kurzfristig eine Zusammenkunft gehabt und seit heute Nachmittag marschieren unsere Funktionärinnen und Funktionäre mit einer Unterschriftenliste, wo keiner irgendetwas von der SPÖ oder sonst irgendwas sieht, sondern wir nehmen unseren Funktionärskreis in Anspruch, dass wir für die Stadt Steyr, dass wir für die Bevölkerung überparteilich so

viel wie möglich Unterschriften zusammen bekommen, in der Form, dass wir uns das eingeteilt haben. Es wird in jedem Haus durchgegangen und die Bevölkerung eingeladen, dass sie da unterschreiben. Es steht auch da, ganz eindeutig, und es steht nirgendwo SPÖ oder SPÖ Ennsleite, es steht: Überparteiliche Bürgerinitiative für die Erhaltung des Postamtes Ennsleite, Arbeiterstraße 39, 4406 Steyr. Der/Die Unterzeichnete spricht sich mit seiner Unterschrift für die Erhaltung des Postamtes Ennsleite aus. Das können wir dann auch verwenden um gemeinsam mit der Resolution den dementsprechenden Stellen zu übermitteln.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das ist genau das, was ich gesagt habe, dass ich mir das wünsche.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dein Wunsch ist in Erfüllung gegangen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Michaela, wenn ich sage mach du die Unterschriften, dann wird das nicht möglich sein.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Darum ist es ja nicht gegangen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Nein, eben und uns geht es auch nicht darum. Ich will mich nur gegen den Vorwurf verwehren, dass wir das parteipolitisch da verwenden.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Gibt die Unterschriftenliste gleich durch, wir unterschreiben das.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, gut. Wie gesagt, die Unterschriftenlisten sind draußen und unser Ziel ist, dass wir bis nächsten Mittwoch die ganze Aktion abgeschlossen haben. Ich hoffe es nützt auch was. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke Walter. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Kupfer.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. Die Diskussion ist ja nicht neu. Ich möchte daran erinnern, es hat begonnen mit dem Postamt Wieserfeldplatz, wo die ersten Unterschriftenaktionen gelaufen sind und wir es nicht geschafft haben es zu verhindern, dass es geschlossen wird. Was für negative Entwicklung das mit sich zieht, sieht man meines Erachtens am Wieserfeldplatz, die Nahversorgung hat auf alle Fälle darunter gelitten und es ist nicht besser geworden in diesem Stadtteil. Wir haben die Diskussion im letzten Jahr gehabt, wir haben jetzt die Diskussion auf der Ennsleite. Ich glaube die Diskussion wird der Gemeinderat in regelmäßigen Abständen in den kommenden Jahren haben. D. h., ich halte jetzt überhaupt nichts von irgendwelchen Vorwahlgeplänkel und wer was, wann, wie gemacht hat. Meines Erachtens geht es um das überhaupt nicht. Es geht darum, dass man sich eigentlich vorstellt, wie schaut es denn in 5, 10 Jahren aus. Wir können das jedes Jahr machen, ich kann euch versprechen, das nächste Postamt ist das Postamt am Taborknoten, weil wenn man sich das Postamt anschaut, hat es extrem negative Standortbedingungen. Es hat genau drei Parkplätze davor und wir wissen, dass auch dieses Postamt in Diskussion ist und wir wissen aber auch ganz genau, was für eine Bedeutung dieses Postamt für den Stadtteil hat. Auf was ich hin will und auf was ich sozusagen ganz, ganz besonders hinweisen möchte ist das, Resolutionen werden uns relativ wenig bringen, Schuldzuweisungen werden uns auch relativ wenig bringen. Ich glaube, dass man einfach erkennen muss, dass es um die Nahversorgung in den Stadtteilen geht. Dass da die Stadt natürlich gefordert ist die Stadtteile, und da insbesondere die Stadtteilzentren zu stärken. Der Bürgermeister Forstenlechner hat es heute schon einmal angesprochen, Stadtentwicklung, Stadtentwicklungskonzept ect. Wir haben relativ viel Papier produziert und im letzten

Stadtentwicklungskonzept ist die Stärkung dieser Stadtteilzentren drinnen. Es ist sozusagen in der Stadtentwicklung in Steyr die Vorgabe, dass wir unsere Zentren stärken. Ich glaube genau dort muss es auch hingehen. Wir werden, und davon bin ich überzeugt, nicht jedes Postamt schützen oder retten können, aber wir werden es höchstwahrscheinlich genauso machen müsse wie es viele Gemeinden am Land derzeit schon vorexerzieren, nämlich, wir werden uns höchstwahrscheinlich gute, innovative Konzepte überlegen müssen in einzelnen Standorten. Das trifft meines Erachtens nicht auf die Ennsleite zu, weil da die Versorgung einer großen Bevölkerung gesichert werden muss, aber es kann auf andere kleinere Standorte zutreffen. Was ich damit sagen will ist das, ein Postamt für sich alleine wird mit dem, was es sozusagen in Zukunft zu leisten hat, nicht überleben können. Davon bin ich überzeugt, weil sich das System einfach in einer extremen Veränderung befindet. Wie reagieren Gemeinden? Sie reagieren damit, dass sich Postämter einfach andere Wirtschaftsfelder, andere Tätigkeitsprofile überlegen und das werden wir höchstwahrscheinlich auch mit unseren Postämtern überlegen müssen. Nicht die Post alleine, sondern die Stadt mit der Post und in den einzelnen Stadtteilen. D. h., der kleine Greißler, der kleine Versorger, es geht um Nahversorgung und Postämter sind Nahversorger. Da spreche ich jetzt schon wieder auch das Postamt am Tabor an, und auch jene Gemeindevertreter die in diesem Bereich tätig sind, ich glaube, dass der Standort ein höchst gefährdeter ist und einer der es nicht überleben wird, in diesem Stadtteil wird man sich höchstwahrscheinlich auch mit der Kasernenentwicklung überlegen, ob man sich doch nicht sozusagen einen besseren Standort einfallen lässt. So muss man es sich in jedem Stadtteil anschauen. Die Dukartstraße und der Grünmarkt sind auch gute Beispiele. Die Michaela Frech hat es ja dankenswerterweise in den letzten Gemeinderatssitzungen sozusagen auch auf das Tablett gebracht, der Grünmarkt leidet natürlich auch. Die Post ist ja nicht deppert. Ich meine, die reagieren ja auf Zahlen. Die Öffnungszeiten sind ja nicht irgendwie gewählt, sondern die schauen sich ja die Zahlen genau an. D. h., man muss sich für jeden Stadtteil, für jeden Bereich überlegen, wie man gute Konzepte macht und da ist die Stadt gefordert. Da sind wir eigentlich alle gefordert. Die Resolution, ja, die ist nett und ist wichtig und ich glaube, je mehr Unterschriften um so besser, darum unterstütze ich das auch, aber ich glaube es muss mehr passieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke Herr Kupfer. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Postamt waren ja, wie schon geschildert von der Frau GR Frech, eine Dame und ein Herr bei mir und haben mich einmal informiert. Ich habe auch mit ihnen ausgemacht, dass jeder weitere Schritt der in Zukunft geplant ist mit mir abgesprochen wird. Es gibt nichts Schriftliches, sondern die haben mir nur einmal die Situation erklärt in Steyr und das möchte ich auch Ihnen jetzt näher bringen. In Steyr haben wir sechs Postämter zur Zeit. Wir haben einmal sieben gehabt, Wieserfeldplatz ist weg, jetzt haben wir noch sechs. Der Vertreter der Post hat mir erklärt, dass von diesen sechs Postämtern fünf defizitär sind, wobei das Postamt auf der Ennsleite die größten Rückgänge hat. Das Postamt in der Dukartstraße ist das einzig positiv verlaufende Postamt, alle anderen sind negativ. Er hat mir das auch noch einmal mit einem Mengengerüst dargestellt, so quasi der Aufwand an Paketen und an Briefsendungen die am Postamt auf der Ennsleite verschickt werden, das würden zwei Personen locker in einer halben Stunde machen. So ungefähr ist die Situation und so ist die Realität. Aber was meiner Ansicht ja wichtig ist bei dem Ganzen, und das sollte man auch bedenken, es gibt ja diese Universaldienstordnung. Diese Universaldienstordnung besagt ja, dass bis zum letzten Winkel, bis zum hintesten Tal, bis zum letzten Haus ganz oben irgendwo, muss die Zustellung der

Post gewährleistet werden. Jetzt ist es so, dass durch die Liberalisierung private Anbieter am Markt aufgetreten sind und die haben sich natürlich einmal die Zuckerl herausgeholt und haben, was weiß ich, ganze Firmen werden da betreut, von Hermes, DHL und wie sie alle heißen diese Anbieter, und jetzt ist für die Post mehr oder weniger nur mehr der eher uninteressante Teil übrig geblieben. Da ist meiner Ansicht jetzt die Regierung gefordert, und so hat es mir ja auch der Dr. Matzka mitgeteilt, dass ein neues Postmarktgesetz geschaffen wird. Und in dem Postmarktgesetz muss selbstverständlich drinnen stehen, wie diese Postsendungen auch in Zukunft, in dieser Qualität wie wir es jetzt haben, zu dem letzten Haus, ganz hinten oben, auch noch gebracht wird und dafür muss natürlich auch Geld ausgegeben werden. Das ist ja nicht gratis. Entweder der Bund sagt, okay, wir geben der Post eine bestimmte Summe und diese Dienste sind dann die Abgeltung für diese Dienste. Anders wird es wahrscheinlich nicht gehen, weil an und für sich müsste man sagen, die Post hat ja eh beste Voraussetzungen. Die hat ein voll aufgebautes Netz wie kein anderer und trotzdem macht der Hermes oder DHL bereits große Geschäfte. Das wird in Zukunft die Anforderung sein. Ich gebe natürlich dem Kollegen Kupfer Recht, man muss sich auch dann vonseiten der Stadt überlegen wie kann man dann das konzentrieren. Es geht um so einen Bereich wie z. B. den Tabor, das ist bei dem Gespräch auch angesprochen worden, wo er sagt, er ist auch sehr unzufrieden mit diesem Standort. Ich habe ihm auch ein paar Tipps gegeben, wo in nächster Zeit in diesem Bereich gebaut wird und da würde er auch eine Filiale in diesem Bereich unterbringen. Genauso wie es in der Dukartstraße ist. Er sagt, diese große Fläche die sie jetzt haben in der Dukartstraße werden sie in Zukunft nicht mehr brauchen. Die kommen mit 250 bis max. 300 m² aus und haben dort die Zentrale von Steyr. Das muss man sich einmal so vorstellen. Es ist ein Verteilerzentrum erst vor Kurzem eröffnet worden im Stadtgut, der ja die ganzen umliegenden Gemeinden auch mitbetreut. D. h., da sind Rationalisierungen und Optimierungen auch in diesem Bereich durchgezogen worden und die haben natürlich Auswirkungen. Von dem muss man ausgehen. Aber es geht hier bei dieser Resolution natürlich darum, dass die Versorgung eines relativ großen Bereiches sichergestellt werden muss und da sind entsprechende Lösungen auch notwendig. Das wollte ich noch dazu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen. Danke, damit steigen wir dann in die Verhandlungsgegenstände ein.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem ersten Antrag. Hier geht es um den Investitionskostenzuschuss 2009 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades. Es geht hier um die Mittelfreigabe. Um nun eine Sicherstellung der Liquidität während der Umsetzung der beschlossenen Investitionen der Stadtwerke gewährleisten zu können, schlägt der zuständige Stadtrat im Einvernehmen mit den Verantwortlichen dieses Bereiches vor, dass hier 781.400 und der Betrag von 50.000 Euro freigegeben werden. Also in Summe 830.000 Euro.

1) Fin-243/08
   Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2009 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 15. 12. 2008, wird den Stadtwerken Steyr zur teilweisen Finanzierung von Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von insgesamt EUR 831.400,-- gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 5/879000/779000 ein Betrag in Höhe von EUR 781.400,-- und bei VASt. 5/879000/779200 ein Betrag von EUR

50.000,-- für das Rechnungsjahr 2009 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 830.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Da ist es wie in der Vergangenheit, es gibt einen Sockelbetrag und pro Mandat 2.007,-- Euro. Das bedeutet für die SPÖ 102.124,-- Euro, für die ÖVP 42.403,-- Euro, für die FPÖ 31.864,-- Euro, für Die Grünen 31.864,-- Euro und für das Bürgerforum Steyr 24.838,-- Euro. Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

2) Fin-244/08
Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2009 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2008 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2009 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 2007. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 2007 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 2006 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge, die zur Vermeidung von unrunden Beträgen kaufmännisch gerundet wurden:

SPÖ
21.325,00 Euro (Sockelbetrag)
46.161,00 Euro (pro Mandat 2.007,00 Euro)
34.638,00 Euro (Fraktionsumlage 1.506,00 Euro pro Mandat)
102.124,00 Euro

ÖVP
21.325,00 Euro (Sockelbetrag)
12.042,00 Euro (pro Mandat 2.007,00 Euro)
9.036,00 Euro (Fraktionsumlage 1.506,00 Euro pro Mandat)
42.403,00 Euro

FPÖ
21.325,00 Euro (Sockelbetrag)
6.021,00 Euro (pro Mandat 2.007,00 Euro)
4.518,00 Euro (Fraktionsumlage 1.506,00 Euro pro Mandat)
31.864,00 Euro

DIE GRÜNEN STEYR
21.325,00 Euro (Sockelbetrag)
6.021,00 Euro (pro Mandat 2.007,00 Euro)
4.518,00 Euro (Fraktionsumlage 1.506,00 Euro pro Mandat)
31.864,00 Euro

BÜRGERFORUM STEYR
21.325,00 Euro (Sockelbetrag)
2.007,00 Euro (pro Mandat 2.007,00 Euro)
1.506,00 Euro (Fraktionsumlage 1.506,00 Euro pro Mandat)
24.838,00 Euro

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs- Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

233.093,00

werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn niemand zu Wort gemeldet ist, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu Punkt 3), Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2009, um den sogenannten Gesellschafterzuschuss. Ich glaube, dass man sehr deutlich festhalten kann, dass das Stadtmarketing Steyr sehr gute Arbeit leistet. Das hat sich in einigen Aktionen in der Vergangenheit immer wieder bewiesen. Das Letzte waren ja die Waren- und Erlebnisgutscheine die im Wert von 680.000 Euro der Steyrer Wirtschaft zugute kommen, also in Schilling fast 9 Millionen Schilling. Ebenfalls hervorzuheben ist das Leerflächenmanagement das gemacht wird und es kaum leerstehende Geschäfte im Stadtzentrum gibt. Also, hier wird sehr gute Arbeit geleistet und dazu ist natürlich ein Geld notwendig, das ja immer zu wenig ist. Es geht hier um 238.600 Euro und ich bitte um Zustimmung.

3) Fin-9/09
Stadtmarketing Steyr GmbH; Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2009 – Gesellschafterbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 07. 01. 2009 wird der Stadtmarketing Steyr GmbH ein Gesellschafterzuschuss in der Höhe von **Euro 238.600,00** genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **Euro 238.600,00** (Euro zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (lfd. Transferzahlungen) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von **Euro 235.000,00** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführende Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem 4. Punkt geht es um die Europäischen Wissenschaftstage die ja schon zum 11. Mal in Steyr stattfinden. Dieses Mal geht es um das Thema „The Economics of Art and Culture“. Es sind wieder sehr prominente Vortragende und es wird hier gebeten einer Summe von 52.700 Euro die Zustimmung zu geben.

4) Präs-951/08
Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2009.

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 08. 01.

2009 wird für die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage 2009 in Steyr“ ein Subventionsbetrag in Höhe von

Euro 52.700,00

bei der VASt. 1/289000/757300 für das Finanzjahr 2009 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Auch hier einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zu Punkt 5), Gewährung von Förderbeiträgen des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in OÖ, Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ.-Studienbetriebs GmbH/FA-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr. Da war es ja so, dass in der Vergangenheit immer wieder pro Student eine bestimmte Summe zur Auszahlung gekommen ist. Da gibt es immer einen ganz bestimmten Stichtag, wie viele Studenten an diesem Stichtag in Steyr zur Schule gehen oder studieren und dieser multipliziert mit einer Summe von ca. 475 Euro ergibt dann diesen Beitrag den die Stadt zu leisten hat. Jetzt geht es darum, dass ein neuer Studiengang in Steyr wegläuft und hier die entsprechende Finanzierung gesichert sein muss. Dazu ist aber die Zustimmung des Landes und der zuständigen Kommunen notwendig. In dem Fall Steyr, aber die selben Vereinbarungen gibt es mit Wels, mit Linz und mit Hagenberg. Ich bitte diesen Förderbeiträgen für die Zukunft, und zwar geht es hier um die Jahr 2010 bis 2015, die Zustimmung zu geben.

5) Fin-229/03
Gewährung von Förderbeiträgen des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer weiteren Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ.-Studienbetriebs GmbH/FA-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. 01. 2009 wird dem Abschluss eines Vertrages zur Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs am Fachhochschul-Standort Steyr zwischen der Stadt Steyr und der Fachhochschulen OÖ. Studienbetriebs GmbH zugestimmt.

Zu diesem Zweck hat die Stadt den in der Beilage beigeschlossenen Vertrag, mit welchem die Stadt der Fachhochschulen OÖ. Studienbetriebs GmbH für die Jahr 2010 bis 2015 Förderbeiträge gewährt, abzuschließen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Eine Frage Herr Finanzreferent. Gibt es eine Refundierung auch dazu oder ist das eine zusätzliche Belastung für das Budget?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn du den Amtsbericht genau durchliest, dann steht genau drinnen, dass 18.000 Euro jährlich in Abzug gebracht werden, aber sonst gibt es keine Refundierung. Das sind Beiträge die die Stadt für den Betrieb der Fachhochschule leistet. Das ist eine Vereinbarung die schon vor 10 Jahren getroffen worden ist. Man muss auch ganz klar dazu sagen, die Stadt Steyr zahlt ja für eine HTL oder für eine HAK keinen Groschen. Das sind reine Bundesschulen. Wir zahlen auch für keine Hochschule, sondern wir zahlen für diese Fachhochschule diese Beiträge. Das ist damals so vereinbart worden wie die Fachhochschulen in OÖ gegründet worden sind. Wir sind 2%iger Teilhaber der Fachhochschul GmbH.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wer wünscht noch das Wort? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Geschätzte Damen und Herren, wir haben heute schon, am Beginn der Sitzung, über Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftskrise relativ intensiv gesprochen. Ich glaube, dass es wichtig ist, die Bedeutung der Fachhochschule bei diesem Punkt auch hervorzustreichen, insbesondere auch was die Zukunft unserer Stadt betrifft und was man als Stadt auch diesbezüglich tun kann. Meines Erachtens muss es ein großes Ziel sein, dass jene, die bei uns studieren, auch bei uns bleiben und da ist die Stadt auf alle Fälle gefordert.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Hört mir eigentlich jemand zu?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ich höre dir zu.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
In der Wirtschaftspolitik, sprich für jene Studiengänge die es gibt, auch jene Unternehmen zu fördern und zu unterstützen, die Arbeitsplätze in diesen Bereichen anbieten, bzw. es den Studentinnen und Studenten auch so attraktiv zu machen, dass sie mit ihren Familien, oder sie selber auch in Steyr bleiben können. Das ist das Thema Wohnbau, das wir heute auch schon angesprochen haben, wo ich glaube, dass die Stadt selber viel intelligentere Lösungen in Zukunft andenken muss. Ich denke da ganz besonders an Lagen im Zentrum, die der Stadt derzeit noch gehören, z. B. Reithoffer, wo man intelligente Wohnmodelle andenken kann. Das ist der eine Punkt, aber der zweite Punkt – David da brauche ich dich dazu

Herr Bgm. Ing. David Forstenlechner verlässt um 17.13 Uhr die Sitzung

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Der Herr Bürgermeister muss ganz dringend telefonieren.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Eigentlich wäre das eine Frage an ihn gewesen, nämlich die Sache mit dem Solution-Center. Es ist ja eine Erweiterung der Fachhochschule für Forschung geplant und es gibt auch zuwenig Möglichkeiten in der Lehre im Bereich Museumsparkplatz, in der Nähe von der Produktionsschule. Da gibt es meines Wissens nach große Schwierigkeiten zwischen Stadt und Land über die Finanzierung. Da hätte mich jetzt eigentlich der aktuelle Stand diesbezüglich interessiert. Was mir in dem Zusammenhang aber auch wichtig ist, und das möchte ich auch noch einmal betonen und daran erinnern, wie der Zubau der Fachhochschule gemacht worden ist, hat es ja relativ große Schwierigkeiten in der Bevölkerung, insbesondere im Wehrgraben gegeben und ich glaube, das sollte man in der Zukunft verhindern. Das sollte man relativ frühzeitig verhindern, denn auf dieses Grundstück gibt es mehrere Begehrlichkeiten und wir haben ja auch in diesem Jahr Mittel im Budget, in der Stadtplanung, wo es um Stadtteilarbeit geht.

Herr Bgm. Ing. David Forstenlechner kommt um 17.14 Uhr in die Sitzung

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Meine Frage an dich betrifft das Solution-Center, Verhandlungen Stadt – Land, aktueller Stand und die Notwendigkeit einer Stadtteilarbeit, bevor wir in die Planungen gehen, bzw. bevor ein Plan vorgelegt wird und die Bevölkerung dann sagt, wir sind da nie eingebunden worden und auf einmal ist das Konzept da und wir haben uns das nicht gemeinsam überlegt. Ich glaube, dass es da ganz dringend notwendig ist, dass die Stadt von sich aus tätig wird, mit der Bevölkerung, mit der Fachhochschule und allen, die da Interesse haben, sich zu überlegen, wie man diesen Bereich vernünftig und gut planen kann und das soll man vorher machen, bevor die Finanzierung steht, das fertige Konzept da ist und dann wieder alle sauer sind und wir wieder Bürgerversammlungen haben etc. Meine Bitte einerseits, das vorzuziehen und das vorzubereiten, andererseits, wie schaut es derzeit aus?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Moment, es ist noch eine Wortmeldung. Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich kann der Wortmeldung vom Andi Kupfer nur 100 %ig beipflichten. Zum Thema Wohnbau vielleicht noch ein Beispiel, aus meinem Semester, mit meinem Jahrgang sind ungefähr 60 Personen fertiggeworden, haben das Fachhochschulstudium in Steyr abgeschlossen; von den 60 Personen waren eigentlich ursprünglich sehr wenige aus Steyr, sondern die meisten waren aus den Umlandgemeinden. Sehr viele sind mittlerweile beruflich in Steyr tätig, aber nur sehr wenige wohnen wirklich da, weil es sehr viele gibt, die sich privat ein Haus schaffen wollen, aber in Steyr nicht die entsprechenden Möglichkeiten vorfinden, das zu tun, die leben halt dann in den Umlandgemeinden. Soviel zum Punkt 1), und da gehört sicherlich auch dazu, dass man auch andere intelligente Wohnkonzepte, die entsprechend attraktiv sind, in der Stadt schafft. Der zweite Punkt, Solution-Center, ich möchte da nur den Vergleich zum Thema Hagenberg herstellen, Hagenberg hat ja ursprünglich auch rund um die Fachhochschule so eine Art Solution-Center geplant, aber genau dort an einer Stelle, wo sehr viel Ausbaufläche vorhanden war. Ich möchte sozusagen nur warnen, das in den Wehrgraben hineinzulegen, das wäre sicher nicht richtig und nicht zielführend, das ist mein persönlicher Eindruck, weil meiner Meinung nach das Solution-Center dort hingehört, wo auch entsprechender Platz ist, dass sich interessante Firmen ansiedeln können und das ist meiner Meinung nach wahrscheinlich nur im Stadtgut und von dort her würde es auch genau dort hin gehören.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja zum Thema Solution-Center, wie stehen die Verhandlungen. Also, es hat schon einige Vorschläge gegeben, es scheitert ja nach wie vor daran, weil das Land Oberösterreich auch nicht bereit ist, hier entsprechende Geldmittel in die Hand zu nehmen. Es hat schon einmal einen Vorschlag gegeben, der so ca. 7 Mio. Euro gekostet hätte, dann haben sie es auf 5 Mio. runterbringen müssen und in der Zwischenzeit steht das, wobei – und da geht es jetzt um den Ort, wo das Solution-Center stehen sollte – von den Verantwortlichen, und das ist momentan der Herr Dr. Losbichler, der mit mir die Gespräche führt, ganz klar und vehement darauf hingewiesen wird, sie wollen nur in dem Bereich Wehrgraben sein. Ich habe, genauso wie Sie es jetzt gesagt haben, den Vorschlag – das wurde auch mit dem Mag. Ortner und mit dem Mag. Lemmerer abgesprochen – vorgeschlagen, wir sollten doch in das Stadtgut hinausgehen, dort hätten wir jede Menge Platz, die Distanz kann ja nicht das Problem sein.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Das gibt es auch in Hagenberg nicht, das Problem.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, aber für die Verantwortlichen vor Ort ist das offensichtlich ein Problem. Ich verspreche dir auch, Andi, das habe ich auch mit den Leuten dort unten besprochen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Womit begründet er das Problem?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Nähe, die Forscher und Studierenden sollen möglichst kurze Wege haben und sollen praktisch von der Schule rausgehen und in das Forschungszentrum hineingehen, das ist der Wunsch der dort Tätigen. Aber wenn es dazu kommt, dass dort irgendetwas einer Verwirklichung nahe kommt, oder dass es dort einmal Pläne gibt, die von der Fachhochschule, von der Imo GmbH. akzeptiert werden, dann ...

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Ich glaube, man müsste das anders machen, ich glaube, dass sich die Stadt vorher überlegen muss, wie sie in Zukunft damit umgeht ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, unser Konzept wäre gewesen, dass wir ins Stadtgut hinausgehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Punkt geht es um das Thema Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2008.

6) Fin-100/07
Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 21. Januar 2009, wird folgenden Darlehensaufnahmen zugestimmt:

a) <u>10-jährige Darlehen:</u>

Darlehensgeber:
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG

Betrag und Laufzeit:
maximal EURO 2.460.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Konditionen:
Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,49 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von +0,34 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs.

b) <u>20-jährige Darlehen:</u>

Darlehensgeber:
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG

Betrag und Laufzeit:
maximal Euro 4.530.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Konditionen:
Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,49 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von +0,34 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2009 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2009 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

Ich möchte dazu festhalten, dass es diesmal für den Finanzdirektor nicht einfach war überhaupt eine Bank zu finden, die Kredite zu entsprechend vernünftigen Bedingungen an uns gibt. Das hat aber nichts mit der Kreditwürdigkeit der Stadt zu

tun, sondern mit der momentanen Finanzkrise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 4 Enthaltungen (3 FPÖ, 1 Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, weil wir brauchen 2/3.
Damit gebe ich den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin, ich bitte um deine zwei Berichte.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Verlustabdeckung für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Ich möchte eigentlich gleich dazu sagen, weil es oft heißt, wir brauchen da so viel Geld, da geht es darum, dass die Menschen immer pflegebedürftiger werden und das Personal wird nach dem Pflegeschlüssel eingestellt. Wir werden auch in Zukunft nicht billiger werden, sondern wir werden noch mehr Geld in die Hand nehmen müssen, weil nach der neuen Pflegeverordnung werden 30 Stunden für die dementen Menschen dazugerechnet. Das heißt, mehr Personal und wenn ich schaue, in den Häusern sind fast 50 % der Menschen dement. Daher die 30 Stunden und darum brauche ich jetzt wieder mehr Personal. Ich hoffe aber, dass wir am Tabor mit diesem Geld durchkommen, weil was ich schon gehört habe, ist von vorigem Jahr eine schöne Summe übergeblieben, es wir ja nur in Absprache mit unserem Herrn Finanzdirektor ausbezahlt.

7) Fin-100/08
APT; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 2009 vorgesehenen Mittel zur Verlustbedeckung des o. H. bei der Voranschlagstelle 1/899000/759200 in Höhe von Euro 2.650.000,-- und des ao. H. bei der Voranschlagsstelle 5/899000/779000 in Höhe von € 290.000,-- grundsätzlich freigegeben. Die Auszahlung erfolgt in Teilbeträgen nach Notwendigkeit des Liquiditätsbedarfes in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 290.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Im nächsten Antrag geht es um die Verlustabdeckung für das Alten- und Pflegeheim Münichholz.

8) Fin-12/09
APM; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Münichholz werden die im Budget 2009 vorgesehenen Mittel zur Verlustabdeckung bei der Voranschlagstelle 1/899000/759200 in Höhe von Euro 1.047.402,-- freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen, zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es hier eine Wortmeldung? Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme.
Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter, Herr Vzbgm. Dietmar Spanring bitte.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste, liebe Presse. In meinem ersten Antrag geht es um Verein „Musikfestival Steyr“ - Projektförderung 2009.

9) Fin-216/08
Verein „Musikfestival Steyr“; Projektförderung 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 22. Dezember 2008 wird dem Verein „Musikfestival Steyr“, vertreten durch den Obmann Intendant Kons. Karl-Michael Ebner, p. A. Tourismusverband Steyr, 4402 Steyr, Stadtplatz 27, zur Durchführung des Musikfestivals Steyr 2009 eine finanzielle Projektförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

€ 36.500,--
(i.W. EURO dreißigsechstausendfünfhundert)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2009 auf der **VA-Stelle 1/300000/757000** – Kulturangelegenheiten, Subvention Musikfestival Steyr – vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA-Stelle freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei diesem Antrag in der Höhe von € 35.000,-- Kultur- Musikfestival der Stadt Steyr ist zu Recht eine Frage an den Herrn Finanzreferenten zu stellen. Es gibt ja ein Gesamtbudget für dieses Musikfestival und es sollen ja im Rahmen dieses Gesamtbudgets die € 35.000,-- auch einen Sinn machen. Nicht dass wir da Geld hineinstecken und am Jahresende kommen wir dann drauf, dass sich das alles hinten und vorne nicht ausgeht. Das Budget des Musikfestivals 2009 ist in einem Ausmaß, welches wir bis jetzt noch nie gehabt haben. Es ist eine tolle Sache, da brauchen wir eh überhaupt nicht darüber diskutieren, allerdings fehlt auch das Geld dort. Es fehlen dort € 60.000,--, was zu einer monatlichen Zinsbelastung von € 1.500,-- kommt. Das heißt, im Moment zahlt das der Verein Musikfestival, im Monat € 1.500,--, wenn man das auf das Jahr hochrechnet, würde sich mit diesem Betrag alleine schon einiges bewirken lassen und vielleicht kannst du uns das heute einmal sagen, wie das am Jahresende 2009 ausschauen wird, damit wir von diesen Schulden, die wir da von einem Jahr ins andere mitschleppen, runterkommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nicht wir, der Verein!

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Na ja, aber es steht schon auch in einem Zusammenhang mit diesem Betrag, den wir heute beschließen. Es sollen dort ja auch ordentliche Bilanzen am Ende des Jahres präsentiert werden und nachdem du dort der Obmann bist ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bin nicht der Obmann. Ich bin im Förderverein drinnen, aber nicht im Verein Musikfestival.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Entschuldige, aber der Förderbeirat hat ja noch viel mehr mit den Finanzen zu tun.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, der hat nicht die Verantwortung über die Finanzen.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Aber bitte, was ist dann die Bedeutung eines Förderbeirates?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du sitzt selber drinnen und weißt das nicht?

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Einer der Förderer ist die Stadt Steyr, nicht unwesentlich, wie wir heute beschließen, € 35.000,--, und wir wünschen uns schon auch bei diesen Kulturaktivitäten ordentliche Haushaltsführung. Das ist zu Recht die Frage, nachdem du die Zusage gemacht hast, dass du dich um die Finanzen dort umschauen wirst und dazu beitragen wirst, dass diese € 60.000,-- wieder vom Voranschlag verschwinden, das hast du ja gesagt, da war ich selber anwesend, daher ist zu Recht die Frage zu stellen, wo kommen diese € 60.000,-- her, im Budget für das Jahr 2009 sind sie nicht drinnen, wir haben bis heute keine Ankündigung deinerseits gehört, wie du dem Verein unter die Arme greifst. Niemand von uns hat Interesse, dass dieser Verein dann vielleicht keine Haftung mehr hat, vielleicht in den Ausgleich gehen muss, oder seine Aktivitäten einstellen muss, weil das ist ja unter Umständen auch der Fall. Es ist die berechtigte Frage, wer haftet denn für diese € 60.000,--?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist nicht unser Problem.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Ich weiß es eh, dass es nicht dein Problem ist, letzten Endes ist es aber unser aller Problem, weil wir Interesse daran haben, dass es das Musikfestival gibt, das weißt du ganz genau. Sag mir jetzt einmal, woher das Geld dann kommt, du hast gerade gesagt, dass du die Gemeinde sehr wohl in die Pflicht nehmen musst und dafür sorgen musst, dass die € 60.000,-- kommen. Jetzt möchte ich gerne wissen, wann sie kommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wir haben ein Stadtstatut und eine Geschäftsordnung des Gemeinderates und in dieser Geschäftsordnung des Gemeinderates steht im § 2 Abs. 5, dass jede Fraktion, oder ein berechtigter Vertreter der Fraktion, die Erlaubnis hat, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Gemeinderat zu behandeln sind und auf der Einladung der Tagesordnung stehen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen. Das heißt, die notwendigen Unterlagen müssen mir als Mandatar vor einer Entscheidung gezeigt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Sind dir eh gezeigt worden!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dann darf ich Ihnen berichten, was mir gestern in diesem Zusammenhang passiert ist. Ich war am Magistrat und habe mir einmal in der Magistratsdirektion die Unterlagen angesehen. Das war vom Vzbgm. Spanring, Projektförderung für das Musikfestival und da ist drinnen das Ansuchen für die Projektförderung und da sind Schreiben an den Bundeskanzler Feymann drinnen ...

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Das war in der Magistratsdirektion?

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Bei mir warst du aber nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, ich zitiere aus dem Akt des Herrn Vzbgm. Spanring, der in der Magistratsdirektion auflag. So, da ist das Ansuchen

um die Projektförderung drinnen und diverse Schreiben an den LH Pühringer, Bundeskanzler Feymann, Haider usw., mit Ansuchen ebenfalls tätig zu werden. Das ist mir für meine Entscheidung, da mitzustimmen, ein bisschen zu wenig, weil es muss einen Tätigkeitsbericht geben, es muss einen Finanzplan geben, ein Verzeichnis über den Schuldenstand, vielleicht eine Auflistung, welche Naturalleistungen hat es noch gegeben usw. Weil es wird ja nicht nur diese Projektförderung beschlossen, sondern es war ja auch schon in den Medien zu vernehmen, dass es da gewisse Probleme gibt. Jetzt bin ich in die Kulturabteilung gegangen, der Herr Mag. Zineder war krank, die Mitarbeiterin hat mir dann gesagt, sie kann nicht entscheiden, ob ich einen Akt sehen darf oder nicht, das verstehe ich auch. Ich bin dann zum Herrn Sommer gegangen, der der Stellvertreter vom Herrn Zineder ist, der hat gemeint, ich möge den Herrn Zineder anrufen. Das tue ich aber nicht, wenn jemand im Krankenstand ist, dann hat er gemeint, na ja, das kann er mir jetzt auch nicht sagen, ob es jetzt da weitere Akte gibt, aber er geht davon aus, dass alles in der Magistratsdirektion aufliegt. So, nachdem mir klar war, den Verein gibt es schon länger, das Musikfestival gibt es schon länger, da muss etwas da sein, habe ich dann den Herrn Magistratsdirektor angerufen. Er hat mich netterweise auch gleich zurückgerufen und ich habe gesagt, ich möchte mir jetzt das, was im Kulturamt vorliegt, sprich an Abrechnungen, Finanzplan usw., anschauen. Dann bekam ich die Auskunft, das hat mich nicht zu interessieren, weil der Akt liegt ja in der Magistratsdirektion auf, dieser dünne Akt, den ich vorher gerade zitiert habe.

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Das habe ich nicht gesagt!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Sondern?

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, für die Akten, die in der Magistratsdirektion aufliegen, gibt es Einsichtsrecht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Richtig!

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Dann hast du gefragt, kann ich in die anderen Akten von 2006, 2007, 2008 Einsicht nehmen, da habe ich gesagt, nein, die stehen nicht auf der Tagesordnung. Dann hast du gefragt, kriege ich Informationen, dann habe ich ja gesagt. Dann hast du gefragt, von wem? Dann habe ich gesagt, dann kommst du halt zu mir.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber das kann doch nicht sein, ich habe ein Akteneinsichtsrecht, und das heißt, auch ein Kopierrecht, das auch nicht immer gewährt wird, und 2009, was soll denn in 2009 drinnen sein, es ist keine Abrechnung drinnen.

Unverständlicher Zwischenruf von MD OSR Dr. Kurt Schmidl

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber die notwendigen Unterlagen; und Faktum ist, ich durfte es nicht sehen. Mir wurde mein Akteneinsichtsrecht verwährt. Wir hatten das Ganze schon einmal, wenn sie sich erinnern können, in der Causa Vorwärts, da war es auch so, das war der Anlassgrund für die Aufsichtsbeschwerde beim Land, wo man seitens der Stadt gesagt hat, man darf nur gewisse Dinge beim Thema Vorwärts sehen, und andere sind mit diesem Thema ja nicht in Zusammenhang zu bringen. Wir haben das inzwischen vom Land Oberösterreich schwarz auf weiß, dass alle Unterlagen, die zur Entscheidungsfindung notwendig sind, und das steht im Statut auch drinnen – notwendig sind – dass in die Einsicht genommen werden kann. Und notwendig ist bitte schon, dass ich mir einen Tätigkeitsbericht anschauen kann, dass ich mir einen Finanzplan anschauen kann, dass ich mir Abrechnungen anschauen kann, dass ich weiß, was ich überhaupt abstimme. Das ist, denke ich mir, eine Sache von jedem einzelnen von uns, dass man bevor man abstimmt, sich Informationen beschaffen kann. Das war nicht möglich, und da frage ich mich schon, was das soll,

noch dazu, Herr Bürgermeister, vor dem Hintergrund, dass wir morgen im Bereich der Fraktionsvorsitzendenkonferenz das Thema Musikfestival Steyr oben haben. Ich bin der Letzte, der sich verweigert, den Verein zu entschulden, was auch immer, wenn man mir das zeigen kann, wie schaut es überhaupt mit den Zahlen aus, wie schaut es mit der Auslastung aus, usw. Worüber reden wir denn dann morgen, setzen wir uns in einen Plauderclub zusammen, Unterlagen haben wir uns keine anschauen dürfen? Plaudern wir morgen einfach ein bisschen darüber? Das ist keine Effizienz von Sitzungen. Und zu sagen, man darf da keine Einsicht nehmen, halte ich also schon für sehr bedenklich und wie gesagt, aus diesem Grund, ich kann nicht mitstimmen, tut mir Leid liebe Leute, zeigt mir vorher Unterlagen. Ich habe nichts gegen das Musikfestival, ganz im Gegenteil, ich finde, das ist eine Bereicherung, aber es kann nicht sein, dass man als Mandatar da herinnen nicht die Unterlagen anschauen darf, die einem zustehen, die notwendig für die Beurteilung sind.

MAG. ERWIN SCHUSTER:
Geschätzter hoher Gemeinderat, liebe Michaela Frech. Nachdem du anscheinend zu feige bist, für deine eigene Subvention zu stimmen, darf ich dir berichten, dass wir, der Rest des Gemeinderates, deine Subvention in der Höhe von € 24.000,-- einstimmig auch für dich beschlossen haben.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR MMag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Subventionen sind öffentliche Gelder und wir bedürfen hier schon, glaube ich, einer genauen Rechtfertigung. Wenn man aus den Medien entnimmt, dass dieser Verein massive finanzielle Probleme hat, wenn man gleichzeitig auch aus den Medien entnommen hat, dass die Sponsoren des letzten Jahres nach der Veranstaltung des letzten Jahres gesagt haben, sie sind unter diesen Voraussetzungen nicht mehr bereit das Sponsoring zu übernehmen, dann glaube ich ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer sagt denn das?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
BMW?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
BMW hat schon zugesagt!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, dann lass mich einmal aussprechen, dann glaube ich schon, dass es notwendig ist, bevor man mit einem lapidaren Antrag hineingeht, wo im gesamten Akt nichts drinnen steht, worum es sich im Gesamten finanziell handelt, welche Einnahmen man erwartet, wer Sponsorgelder in welcher Höhe macht, was man überhaupt an Kosten erwartet. Es ist nichts da. Auf meine Frage heute beim Magistratsdirektor, wie schaut es mit der Abrechnung vom letzten Jahr aus? Da hat mir der Herr Magistratsdirektor gesagt, es ist bis dato bei mir in schriftlicher Form nichts eingelangt. Wir haben bitte keinen Überblick über die finanzielle Situation dieses Vereines, wir haben keinen Überblick über die Finanzaussichten, über den Finanzplan der heurigen Veranstaltungen und dann muss ich schon sagen, unter diesen Voraussetzungen wollen wir eine Subvention über € 36.500,-- beschließen, das kann es doch bitte nicht sein. Das Land, Herr Bürgermeister, das Land gibt Förderungen vor allem auch im kulturellen Bereich ganz klar nur nach Vorlage einer Abrechnung und genauen detaillierten Unterlagen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir so wie jetzt, in dieser Situation ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir haben bis jetzt immer das Geld vom Land bekommen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
... dass wir so, wie es jetzt hier vorliegt, dem zustimmen. Ich ersuche wirklich, uns volle Übersicht über diese Situation zu geben und erst dann, glaube ich, kann man das im Gemeinderat behandeln. Mit diesen Vorlagen, wie es jetzt ist, kann man das beim besten Willen nicht machen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich weiß, dass es natürlich alle Jahre ausbezahlt wird, ich weiß aber auch, es ist heute auch schon erwähnt worden, dass der Verein voriges Jahr aus den verschiedensten Ursachen in Schwierigkeiten gekommen ist. Das ist mir schon ganz klar, aber das ist im Grunde genommen ja ein Nebenthema, weil wir immer wieder auf das zurückkommen, und sind wir froh, dass es Mandatarinnen und Mandatare gibt, die sich über einzelne Tagesordnungspunkte genau informieren wollen, das wir in der Information immer wieder in die Situation kommen, dass nicht alles am Tisch liegt. Ich kann mich noch erinnern, zu Zeiten des Herrn Vzbgm. Pfeil, der dann immer dagesessen ist und aus den Ohren geraucht hat, weil ihm bestimme Akten – ich weiß nicht, ob sie ihm verweigert wurden, dass würde ich aus dem Protokoll vielleicht heraus reklamieren – aber er hat immer gesagt, manche Akten bekommt er nicht, weil die sind irgendwo im Haus unterwegs. Jetzt will ich ja um Gottes Willen niemanden irgendetwas unterstellen, aber zumindest dass man weiß, wie ist denn das vorige Jahr abgelaufen. Es ist eh keiner gegen die € 35.000,--, hundertprozentig nicht. Aber den gleichen Fehler, sage ich jetzt einmal, immer wieder zu machen, dass man sagt, na gut, dann ist das halt so und mehr gibt es nicht, gegen das wehre ich mich ehrlich gesagt auch. Es muss die Möglichkeit sein, dass man sich erkundigen kann, es sind ja eh keine übermäßigen Geheimnisse.

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Das kann man ja eh!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wo sind denn die Akten?

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Mich hat sie nicht gefragt!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Also ich bin mir sicher, das war ja die Intention, dass man sich das Jahr 2008 anschaut, und weil man eh schon weiß, dass da nicht alles rund gelaufen ist. Für das Wetter können wir nichts dafür, aber was ich weiß, ist ja eine beachtliche Latte an Geld offen. Wenn der Förderverein jetzt trachten muss, dass das Geld jetzt hereinkommt, ist mir das auch Recht, nur es muss ja irgendwo auch stehen und nicht nur in der Zeitung. Es muss ja auch die Möglichkeit geben, dass es eine Akteneinsicht gibt und dass man sich über das erkundigen kann. Ich wäre dafür, dass wir das einfach von der Gemeinderatsordnung absetzen und im nächsten Gemeinderat einfach beredet, oder dass wir uns überhaupt grundsätzlich noch einmal über die weitere Vorgangsweise unterhalten. Sie sollen es eh bekommen und wenn sie es beim nächsten Mal bekommen, ist es auch okay, aber genau zu wissen, wie die Fördermöglichkeit ist bzw. wie die finanzielle Lage ist, weil sonst passiert es uns nämlich unterm Jahr, dass dann die Hälfte davon nicht gespielt werden kann, weil einfach kein Geld da ist bzw. im Vorjahr unter Umständen schon Fehler passiert sind, abseits jetzt vom Regenwetter, die darauf schließen lassen, dass man sich das genauer anschaut.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Man sollte bei dieser ganzen Sache doch versuchen, halbwegs bei der Wahrheit zu bleiben. Ich kann ja nur darüber berichten, was im Förderbeirat, wo ich bei den letzten beiden Sitzungen anwesend war, debattiert wurde. Faktum ist, dass die großen Betriebe MAN, BMW und SKF nach langen Debatten wieder bereit sind, ihre Bei-

träge zu leisten. Das ist zumindest dort von den Vertretern so kundgetan worden. Probleme mit der Finanzierung ergeben sich natürlich immer wieder auch aufgrund der Schlechtwettersituation, das ist auch ein Umstand. Es war ja zu erwarten, dass heute eine Diskussion kommt, aber man hätte heute mit dem Budgetzettel – ich habe ihn leider heute auch zu Hause liegen, hätte ich es gewusst, hätte wenigstens ich ihn mitgenommen, dann hätte man heute darüber diskutieren können. Ich weiß ja gar nicht, was da so ein Geheimnis ist, da sitzen 15 oder 20 Leute in dem Förderbeirat und da wird über die Förderung stundenlang debattiert, es war eh nicht einfach, dass alle wieder ins Boot kommen, weil es da ja Animositäten zwischen den einzelnen Firmen gegeben hat, weil den einen die Fahnen auf der Brücke nicht gefallen, weil sie gesagt haben, wenn ich beim Minichmayr sitze und schaue auf die blaue Fahne, dann zahle ich nichts mehr dazu. Also auf diesem Niveau ist da teilweise debattiert worden, aber das ist ja offensichtlich aus dem Weg geräumt worden, soweit passt ja das, aber die Kernfrage ist, wer kommt für die Euro 60.000,-- auf. Das ist ja auch eine berechtigte Frage, du hast dort einmal eine Aussage getätigt, es ist ja nicht verboten zu sagen, okay wir greifen heuer dem Musikfestival noch einmal unter die Arme, weil der Ebner wird wahrscheinlich nicht mit seinem Privatkapital – das hat er ja auch gesagt – gutstehen. Also wer haftet dann, sollen wir den Vereinsvorstand, die armen Teufel, dann dort über die Klinge springen lassen und sagen, jetzt müssen wir den Konkurs anmelden und den Anzenberger schicken wir dann den Exekutor ins Haus. So kann es aber in einer Statutarstadt auch nicht zugehen, das ist ja keine ordentliche Politik und darum sollen wir da ganz offen darüber reden. Im Budget fehlen € 60.000,-- und da sollte man sagen, wie machen wir das, zahlen wir es aus der Stadtkassa oder gibt es andere Möglichkeiten und wie gehen wir 2010 weiter. Machen wir vielleicht eine Überdachung über Sponsoren, dann haben wir auch in Zukunft wahrscheinlich einen besseren Spielbetrieb.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich muss auch ganz klar sagen, ich verstehe auch nicht, warum das Budget nicht drinnen liegt, weil das hat ja jeder von uns, da sind ja mehrere Fraktionen beieinander gesessen, an und für sich hätte man das ohne weiters auch in den Akt hineinlegen können. Das ist überhaupt kein Thema, das ist ja auch kein Geheimnis, aber der Verein Musikfestival muss ja genau die Summe nachweisen, was er auch verbraucht.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Aber wenn die Abrechnung vom vorigen Jahr noch nicht da ist?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, aber er kann sagen, so und so viel Sponsorgelder hat er bekommen, aber von wem, das bekommen wir auch nicht.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, dann kann man ihm die Förderung nicht auszahlen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er kann nur sagen, so und so viel sind die Fördergelder, aber einen Einblick, wer was ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er sagt eh, in Summe bekommt er so viel Sponsorgelder.
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja Herr Bürgermeister, ich darf dich bitten, nachdem du morgen ja diesen Tagesordnungspunkt „Musikfestival“ auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz hast, es ja sehr wohl Akten gibt, die Abrechnung gibt es anscheinend noch nicht, aber es gibt Akten. Ich habe ja gesehen, wie die Mitarbeiterin diese Akten vorgelegt hat, aber sie hat eben dann gesagt, die Erlaubnis, dass ich sie sehen

kann, war eben vom Magistratsdirektor abhängig. Das heißt, ich würde dich bitten, Herr Bürgermeister, für die morgige Sitzung, dass diese Akten einfach in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz mitkommen, dass wir uns anschauen können, was ist da und was ist nicht da und ich stelle auch hiermit den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Einfach deshalb, weil man hier ein Gesamtpaket schnüren muss, da geht es nicht um die € 36.500,--, da geht es um die Entschuldung des Vereines, da geht es um die Zukunftsperspektive und das muss sein. Und die zweite, das ist ein offizieller Antrag zur Geschäftsordnung, Absetzung von der Tagesordnung. Eine Bitte noch an dich, Herr Bürgermeister, nicht nur morgen diese Akten vorzulegen, sondern auch wirklich im Haus diesen Auftrag herausgehen zu lassen, dass wir Mandatare unserer Akteneinsicht ungestört nachkommen können, weil es kann nicht sein, dass einzelne Geschäftsbereichsleiter beispielsweise automatisch sagen, obwohl es gegen das Statut ist, Akteneinsicht ja, aber bei jeder einzelnen Kopie ist der Geschäftsbereichsleiter zu fragen. Das kann es nicht sein, sondern Akteneinsicht bedeutet auch immer Kopie. In dem Fall gab es weder die Akteneinsicht noch die Kopie, das was der Herr Magistratsdirektor gesagt hat, ist sein Angebot, das stimmt, das hast du gemacht, und zwar in die Richtung, ich habe ein Auskunftsrecht. Das weiß ich auch, das heißt, ich kann dich alles fragen, was ich wissen will, aber ich möchte das ganz gerne am Papier sehen, weil wie gesagt, mein Glauben an manche Auskünfte – das hat nichts mit dir zu tun, Herr Magistratsdirektor – aber mündlichen Auskünften traue ich in diesem Haus aus Erfahrung nicht mehr.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Geschäftsordnung, Absetzung dieses Antrages, möchte ich zu bedenken geben, dass der Verein, wenn er jetzt eh schon Schulden hat, dieses Geld jetzt gleich haben möchte und die nächste Gemeinderatssitzung ist am 19. März, es sind aber auch entsprechende Vorbereitungen, Werbungen zu drucken und das kostet ja alles Geld, ich würde dafür plädieren, diesen Antrag abzulehnen. Aber das ist meine persönliche Meinung, jede Fraktion hat eine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Hin und wieder frage ich mich schon, zu was wir ein Statut haben.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das frage ich mich auch oft!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Da frage ich mich wirklich, gerade an dich, Michaela, auch du hast dich daran zu halten, du zeigst immer mit dem Finger hin und sagst, das steht da in dem grünen Buch drinnen. Wir haben heute einen Tagesordnungspunkt „Förderung Musikfestival 2009, die einzige Kritik, die man anbringen kann, dass wir von jedem Verein, wenn er eine Subvention erhält, oder eine Veranstaltung oder Projekt macht, einen Finanzierungsplan verlangen. Das verlangen wir, wie viel bezahlt die Stadt, was zahlt das Land, was zahlt der Bund und wie viel zahlen möglicherweise andere Fördergeber. Wobei uns nicht zu interessieren hat, von wo der Verein Fördergelder bekommt, das geht uns in Wirklichkeit nichts an.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, das geht uns überhaupt nichts an, wir wollen – und das ist unser Anspruch, den wir als Stadt haben – einen Finanzierungsplan haben, damit wir sehen, wie der Verein diese Veranstaltung finanziell bewältigen will. Das machen wir bei jedem anderen Verein auch so und nichts anderes. Das seit Jahren und das funktioniert ja ausgezeichnet; also diese Kritik kann man bei diesem Tagesordnungspunkt anbringen und da sage ich auch, das ist nicht in Ordnung gewesen, das gehört einfach dazu in den Akt. Dazu gehört auch, diesen Anspruch haben wir auch und das verlangen wir auch von den Vereinen - das kann ich jetzt nicht nachvollziehen, ob das passiert ist – dass die Mittel, die wir als Stadt zur Verfügung gestellt haben, was wir die-

se Veranstaltung gefördert haben, dass dieser Betrag auch mit dementsprechenden Belegen abgerechnet wird. Also, das gehört zur Förderungserklärung dazu, dass dieser Betrag von € 36.500,--, den wir jetzt schon mehrere Jahre bezahlen, dieser Betrag ist bei der Stadt zu belegen, dass das auch ordnungsgemäß verwendet worden ist. Dann ist es im Prinzip schon aus, dann hat das mit dem Tagesordnungspunkt heute überhaupt nichts mehr zu tun. Natürlicherweise gibt es allgemein ein bisschen gesteigertes Interesse, aber das hat mit der heutigen Sitzung nichts zu tun, wenn da in der Vergangenheit irgendwelche Fehlbeträge zu verzeichnen sind, dass das Geld – aus welchen Gründen auch immer – zu wenig geworden ist. Das ist ein ganz anderes Thema und ich würde mich auch verwehren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns in die Vereinsautonomie einmischen. Jeder Verein hat für sich selbst die Verantwortung und der Vereinsvorstand – und das steht auch in den Vereinsstatuten drinnen, das gibt auch die Vereinsbehörde vor – hat dafür zu sorgen, dass sie eine ordnungsgemäße Buchhaltung führen, dass sie mit den Mitteln auskommen. Wenn die Schulden machen, ist das nicht eine Angelegenheit der Stadt Steyr – nicht grundsätzlich – sondern das ist eine Angelegenheit des Vereinsvorstandes. Sie haben nämlich auch die Gelder und das Programm im Vereinsvorstand zu beschließen. Also, wir können uns da nicht irgendwo hineindrängen lassen, was uns in Wirklichkeit nichts angeht und für das wir auch nicht verantwortlich sind. Dass natürlicherweise – da bin ich schon bei euch – wenn ein Verein irgendwo in Nöten kommt, dass sie wieder zu der Mutter zurückkommen und sagen, liebe Mutter – in dem Fall Stadt Steyr – du musst uns helfen. Das ist richtig, das wird möglicherweise auch in diesem Punkt der Fall sein, aber das hat mit der heutigen Tagesordnung nichts zu tun und ich würde wirklich darauf hinweisen, dass man da nicht immer alles Kraut und Rüben durcheinander schmeißt und sagt ich will für 2006 Akteneinsicht, für 2007 die Akteneinsicht, das hat mit dem heutigen Antrag in keinster Weise etwas zu tun. Ja, so ist das, Kollege Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ja, ich komme eh dann!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, kannst eh dann kommen, ich habe dann eh auch noch eine zweite Wortmeldung. Ach so, dann nicht, aber wir kommen zu dem Punkt noch einmal zurück, weil wir das ja eh heute beschließen. Ich plädiere nämlich auch dafür, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, dass wir diese Subvention heute auch beschließen. Wir wissen, dass der Verein das dringend notwendig hat, wir werden uns aber mit dem Thema Musikfestival, wie es eh angekündigt worden ist, am Freitag in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber unterhalten und dort, wenn wir sagen, wir müssen oder wollen uns mit diesem Abgang dieser Veranstaltungen beschäftigen, sollten wir da als Stadt gebeten werden, dort Hilfestellung angedeihen zu lassen, dann werden wir natürlich sagen, jawohl, reden wir darüber weil wir Interesse an dieser Veranstaltung haben, weil es grundsätzlich ja eine gute Veranstaltung ist, aber dann wollen wir auch die dementsprechenden Unterlagen dazu haben. Das ist überhaupt keine Frage, wenn wir über das, was wir morgen reden, uns auseinandersetzen, aber das hat mit dem heutigen Antrag überhaupt nichts zu tun. Bisher geht es uns überhaupt nichts an, es könnte auch sein, dass die Leute vom Musikfestival sagen, wir haben irgendwo anders einen Gönner gefunden und wir decken das selber ab. Also, ich würde ersuchen, dass wir den Geschäftsantrag von der Kollegin Frech nicht annehmen und dass wir diesen Betrag heute auch noch beschließen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Also meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer. Ich glaube, jetzt wird es schön langsam bedenklich, vollen Ernstes zu sagen, es hat uns überhaupt nichts zu interessieren was voriges Jahr war, aber jetzt die nächste Förderung zu

beschließen, nachdem bis zum heutigen Tag die letzte Förderung noch nicht belegt ist, das kann es doch nicht in vollem Ernst sein. Und der Herr Vzbgm. Bremm macht sehr wohl einen Unterschied, es ist klar, wenn ich eine Subvention gebe, dann muss es belegt werden.

Unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn laut Aussage des Herrn Magistratsdirektors bis zum heutigen Tag eine Abrechnung nicht vorgelegt wurde und wenn wir gleichzeitig im Wissen sind, dass wir morgen die nächste Sitzung mit dem Thema „Musikfestival“ haben, wenn dann noch dazu kommt, dass im Akt keine Subventionsliste drinnen ist, weil kolportiert – wir werden es jetzt dann vielleicht vom Referenten hören – es effektive Subventionen im letzten Jahr in der Größenordnung von ungefähr € 85.000,-- gegeben hat, es geht nämlich nicht nur um diese Leistungen, es geht genauso um Sachleistungen, Arbeitsleistungen usw., wenn wir wissen, dass da noch nicht einmal die Leistungen des Tourismusverbandes dabei sind, dann bewegen wir uns nämlich in ganz anderen Kategorien.

Herr GR Mag. Stephan Keiler LL.M. verlässt um 17.54 Uhr die Sitzung

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wenn wir also morgen dann womöglich zum Schluss kommen, wir müssen € 60.000,-- vom vorigen Jahr übernehmen, dann heuer wieder € 80.000,-- effektiv an Subvention aufbringen, und wir wissen mit ziemlicher Sicherheit, dass es auch heuer wieder nicht ausgeglichen werden wird, Leute so kann es nicht gehen, das ist grob fahrlässig und das Ganze sollen wir ohne irgendeine schriftliche Unterlage entscheiden. Also wer dem zustimmt, der ist grob fahrlässig.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es von der FPÖ eine Wortmeldung? Nein, Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir den Punkt sehr seriös und professionell behandeln, auch im Sinne des Musikfestivals, das ja auch eine gute Veranstaltung ist und die wir auch sozusagen bei uns behalten wollen und auch fördern wollen. Wenn wir das seriös und professionell behandeln wollen, dann muss man, glaube ich, schon einerseits den Tagesordnungspunkt von heute sehen, das ist die Förderung für 2009, und scheinbar, dass es da etwas gibt, was zurückliegt. Scheinbar etwas, was morgen besprochen wird und wo es scheinbar um das Thema Entschuldung geht. Jetzt hat der Herr Bürgermeister Forstenlechner so zwischen den Gesprächen heraußen gesagt, und das ist glaube ich das Interessanteste an diesem Punkt, die brauchen das Geld jetzt schon, weil sie im letzten Jahr Schulden gemacht haben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, weil sie nicht liquid sind!

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Das ist ein Problem, da kann man ja darüber nachdenken bzw. auch die Ursachenforschung machen, warum das passiert ist. Das kann ja vorkommen und über das kann man seriös debattieren. Aber das ist auch ein bisschen der Zusammenhang zwischen dem Antrag jetzt und der Sache davor. Das Problem, das ich auch ein bisschen habe, und da bin ich bei dir Gerhard und auch bei dir David, ist das, dass man eigentlich mit professionellen Unterlagen arbeiten muss und jeder Projektwerber muss einen Finanzplan vorlegen, muss einen Tätigkeitsbericht vorlegen, muss sämtliche Unterlagen vorlegen. Ich glaube, dass das dieser Verein auch kann, weil scheinbar gibt es ja das Budget. Wir Grüne sind in diesem Beirat nicht drinnen, ich weiß überhaupt nicht, warum wir da nicht drinnen sind, aber wir sind da nicht vertreten, darum kenne ich dieses Budget auch nicht.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Förderbeirat!

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Wir haben über diese Geschichte auch schon im Kulturausschuss gesprochen, weil da sind auch schon Unklarheiten entstanden, um was geht es da eigentlich, wie schaut das Budget im kommenden Jahr aus, wie schaut das Programm aus. Das heißt, es ist da ein bisschen eine Unsicherheit und ich denke mir, die Geschichte vom Vorjahr hat mit heuer etwas zu tun; insofern dass man das abschließen muss, das sichern muss, damit der Verein „Musikfestival“ auch für das kommende Jahr seriös und professionell arbeiten kann. Ich denke, die Stadt soll zu dieser Förderung stehen, soll relativ rasch auch die Mittel zur Verfügung stellen, aber ich glaube, dass ein Gesamtkonzept notwendig ist, einerseits die Entschuldung, die die Stadt sicher nicht alleine machen kann, wo sie Partner braucht, und die Sicht nach vorne. So wie es bei jeden anderen verlangt wird; ich habe jetzt das Ansuchen vom AKKU, der nächste Tagesordnungspunkt, wo genau der Finanzplan drinnen steht, welche Veranstaltungen im letzten Jahr gemacht worden sind, wie der aktuelle Stand ist etc. Das muss bei einem seriösen Förderansuchen einfach dabei sein und wenn das bei dem Akt nicht ist – ich muss dazu sagen, ich habe mir den Akt nicht angeschaut, aber scheinbar ist er nicht so beieinander – dann müssen wir das einfordern.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion sind an und für sich vor dieser Sitzung zusammengekommen und haben auch über diesen Antrag gesprochen und darüber beraten und haben uns eigentlich geeinigt, dass wir diesem Antrag auf Zuerkennung einer Förderung von € 36.500,--, so wie in den vergangenen Jahren, die Zustimmung geben. Im Wissen, dass es Probleme gibt, mit den vom Kollegen Payrleithner angesprochenen € 60.000,-- des Vorjahres, hätten wir das auch noch in unsere Zustimmung mit einbeziehen können, aber wenn ich heute höre, dass entgegen den ursprünglichen Gepflogenheiten, dass alle anderen Vereine – und der Kollege Bremm hat das ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht – oder alle anderen Förderungswerber, die jährlich Geld bekommen, vorerst einmal einen Nachweis erbringen müssen, was sie mit dem Geld gemacht haben, dann muss ich ganz offen sagen, dann habe auch ich Probleme, dass ich diesem Antrag heute die Zustimmung gebe. Denn das ist wohl das Mindeste, dass wir wissen, was ist im Vorjahr mit dieser Subvention geschehen, bevor wir neuerlich hier eine Subvention beschließen. Das ist wohl das Mindeste, denn ich warne vor Folgewirkungen, dann kann jeder andere Verein auch herkommen, legt keine Unterlagen vor, verlangt aber dann eine Förderung für das kommende Jahr. So kann es wirklich nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, und Herr Bürgermeister, ich spreche dich insbesondere als Finanzreferent an, wir werden daher dem Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung selbstverständlich die Zustimmung geben.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liegt es an unserer Magistratsstelle, dass der Akt nicht vollständig ist, oder liegt es am Verein?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich weiß es nicht, der Förderverein hat mir diesen Finanzplan vorgelegt, warum er da nicht drinnen ist, das weiß ich nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich aufklären? Ich denke mir, ich kann es aufklären. Laut Auskunft der Kulturabteilung lag bis gestern keine Abrechnung für 2008 vor. Was es gab, waren beispielsweise – ich habe es ja nicht genau gesehen, weil ich es nicht sehen durfte, aber ich habe gesehen, dass es einiges gibt, ich habe vor allem gefragt, gibt es eine Abrechnung – und ein Auskunftsrecht habe ich ja, auch wenn man mir es nicht zeigen muss – und da hat es geheißen, eine Abrechnung für 2008 gibt es nicht, was es anscheinend gibt, sind einige an-

dere Unterlagen, aber das durfte ich ja nicht sehen. Ich möchte nur an das anschließen, was der Andi Kupfer gesagt hat, wir haben als nächsten Tagesordnungspunkt – verzeihen sie mir, ich muss jetzt gleich in die Schule, aber mir ist wichtig, das noch zu sagen, dass AKKU mit 29 Seiten für eine Förderung von € 30.000,--, die aber auch um € 75.000,-- ansuchen und die aber genug Grund haben, die im letzten Jahr 59 Veranstaltungen abgewickelt haben, die in Summe mehr Besucherzahlen hatten als das Musikfestival.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Zur Sache bitte!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zur Sache, wir dürfen Vereine nicht ungleich behandeln. Um das geht es und deshalb bitte ich sie, dem die Zustimmung zu geben. Wenn das AKKU es schafft, wirklich professionell das vorzulegen, dann denke ich mir, müssen wir diesen Maßstab auch an andere Vereine legen, weil sonst die Gleichbehandlung nicht gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Geschäftsordnung, Abstimmung zur Geschäftsordnung. Wer für die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 9 - 4 ÖVP, 3 FPÖ, 1 Bürgerforum, 1 Grüne (GR Apfelthaler). Wer ist dagegen? 21 – SPÖ. Eine Stimmenthaltung – 1 Grüne (GR Kupfer). Die Absetzung wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt wieder zum eigentlichen Tagesordnungspunkt, Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich möchte jetzt nicht mehr verlängern, ich glaube, im Sinne der Sache würde ich hier vorschlagen, weil wir werden einen Beschluss fassen, dass wir den Zusatz zu dem Beschluss machen, bevor die Auszahlung des Betrages infrage kommt, dass der Verein den Finanzierungsplan beibringt, den es eh geben wird, weil im Förderbeirat sitzen ja eh alle drinnen.

Zwischenruf: Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Fast alle, ich sitze nicht drinnen, aber ich höre es ja rundherum.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Die ÖVP sitzt auch drinnen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Schillhuber sitzt auch drinnen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Egal wer drinnen sitzt, ich würde vorschlagen, dass wir das morgen sofort einfordern.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Herr Fraktionsvorsitzender, ich höre dir auch immer aufmerksam zu, das hast du heute sogar bestätigt, ich brauche nur 1 Minute dazu.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber noch derweil hast du keinen Wechsel in den Fraktionsvorsitz gemacht, ich hoffe noch lange nicht, aber das Alter zerrt an uns. Wir werden vom Verein den Finanzierungsplan einfordern und sollten für die vorjährige Subvention die Nachweise über die Verwendung noch nicht eingebracht worden sein, dass das auch eingebracht wird, erst dann zahlen wir die Subvention für 2009 aus. Wie man hört, sind die Unterlagen alle da, im Akt sind sie nicht drinnen, also das ist eine Sache, die man in ein paar Stunden erledigen kann, dass der Verein dann auch zu dem Geld kommt. Ich würde ersuchen, dieser Vorgangsweise doch die Zustimmung zu geben und das gemeinsam zu beschließen.

Frau GR MMag. Michaela Frech verlässt um 18.06 Uhr die Sitzung

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sind alle einverstanden, dann stimmen wir jetzt über den Hauptantrag ab.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es ist alles gesagt und es hat sich ja geändert. Wir stimmen jetzt über den Hauptantrag inklusive dem Zusatzantrag ab. Wer ist dafür, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 26 – SPÖ, FPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? Niemand, wer übt Stimmenthaltung? 4 ÖVP. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um den schon angekündigten Antrag für das Kulturzentrum AKKU Steyr.

10) Fin-239/08
Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 16. Dezember 2008 wird dem Kulturzentrum AKKU Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2009 in der Höhe von

€ 30.000,--
(i. W. EURO dreißigtausend)

gewährt

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der **VA-Stelle 1/300000/757000** (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben im letzten Jahr einen Kulturentwicklungsplan erarbeitet, der ist auch im Gemeinderat beschlossen worden und sieht diverse Maßnahmen vor. Wir haben heute gerade die Tagesordnung für den Kulturausschuss, der nächste Woche stattfindet, bekommen, da findet sich der Punkt nicht auf der Tagesordnung, genauso wenig wie er sich das letzte Mal nicht auf der Tagesordnung befunden hat. Wir haben im letzten Kulturausschuss ausgemacht, dass die erste Umsetzungsmaßnahme, nämlich die Einsetzung des Stadtkulturbeirates, noch im Dezember 2008 stattfinden soll, das ist nicht passiert, die ausgewählten Mitglieder sind bis dato noch nicht einmal informiert worden, dass sie ausgewählt worden sind und wir haben den Punkt Stadtkulturbeirat auch nicht auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung. Warum bringe ich das in Zusammenhang mit dem AKKU? Weil ich glaube, dass es dringend notwendig ist, dass wir das, was wir den Kulturtreibenden versprochen haben, auch wirklich in die Realität umsetzen. Das Problem, mit dem das AKKU, und nicht nur das AKKU, sondern alle Kulturvereine in Steyr, konfrontiert sind, das zeigt sich in dem Ansuchen, das sie an die Stadt gestellt haben. Das Ansuchen ist ja bei € 75.000,-- und nicht nur bei den zugesagten € 30.000,--, das ist das, dass die Kulturvereine in den letzten 10 Jahren keine Erhöhung bekommen haben, das heißt, es hat keine Indexanpassungen gegeben, wobei die Kosten in allen Bereichen steigen. Das ist der eine Punkt, und der zweite Punkt ist der, dass die Bedeutung von jenen Vereinen, die das ganze Jahr ein Programm machen, schon sehr wichtig ist, und ich möchte da schon ein bisschen einen Verweis auf die Kulturhauptstadt von Linz 09 machen, wo Linz ganz klar die Bedeutung von Kultur und Bildung in diesem Jahr erkannt hat und sich da sehr vielen Wertschöpfungsketten anschließen. Steyr ist natürlich anders wie Linz und AKKU ist eine kleine, feine Ein-

richtung. Aber ich will das AKKU bei diesem Punkt auch symbolisch für das heranziehen, dass wir im Kulturbereich und insbesondere im Kulturausschuss vor die Problematik gestellt sind, alle meine Mitkollegen vom Kulturausschuss wissen das, dass wir in dem Kulturausschuss eigentlich nichts zu tun haben. Wir beschließen jene Punkte, die im Budget bereits im Dezember beschlossen worden sind, die geben wir frei, jene Ansuchen, die dann so über das Jahr hereinkommen, zu denen müssen wir alle sagen, es gibt kein Geld, es gibt keinen Spielraum, weil der zuständige Stadtrat kein Portefeuille dafür hat. Wir sitzen sozusagen ein Jahr lang da drinnen, der Kollege Payrleithner und ich sitzen da immer miteinander, es ist eigentlich eine Kabarettveranstaltung, wie eine Kulturveranstaltung. Wir bekommen die halben Informationen nicht, bzw. wir müssen immer wieder vertrösten. Das Problem, auf das ich hinweisen möchte, ist das, die Kultur hat nicht die Bedeutung, die sie eigentlich haben müsste, sie hat sie nicht in die Richtung, dass wir eigentlich einen Spielraum bräuchten, interessante, innovative Projekte auch über das Jahr hin zu fördern und dass wir das, was wir in den Kulturentwicklungsplan hineingeschrieben haben, auch in ein Maßnahmenkorsett hineingeben. Wichtig wäre einerseits – und das ist jetzt der Blick an den Finanzreferenten – vor 5, 10 Jahren, wie ich in den Gemeinderat gekommen bin, da hat es in den einzelnen Sparten noch freie Budgets gegeben, die waren nicht groß, aber es hat sie zumindest noch gegeben, die waren so zwischen 10.000,-- und 30.000,-- Euro, man hat ein bisschen einen Spielraum gehabt, über das Jahr etwas zu tun, das haben wir jetzt überhaupt nicht mehr. Es ist jetzt alles in fixen Projekten geparkt, AKKU, Musikfestival etc., aber für kleine Geschichten haben wir überhaupt kein Geld. Ich sage nur, wenn wir den Kulturentwicklungsplan ernst nehmen wollen, dann gehört erstens der Stadtkulturbeirat so rasch wie möglich informiert und einberufen, meines Erachtens gehört er auf die Tagesordnung nächste Woche, und das Zweite ist, wir müssen uns überlegen, was wir mit dem Konzept machen, weil sonst haben wir das Selbe, wie in vielen anderen Bereichen auch, irgendwann kommt wieder irgendwer mit all diesen Konzepten, legt sie da her und sagt, viel Geld ist da hineingelaufen, aber es ist nicht belegt worden. Und das finde ich, ehrlich gesagt, schon ein bisschen schade.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Entschuldigung, Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht zwar bei diesem Tagesordnungspunkt um die Jahressubvention für den Kulturverein AKKU, aber zwei Sätze seien mir gestattet, nachdem der Kollege Kupfer freundlicherweise ein paar grundsätzliche Dinge über die Kulturaktivitäten, den Kulturausschuss und die handelnden Personen im Kulturausschuss angesprochen hat. Ich glaube, zumindest spätestens nach der Wahl, müssen wir uns überlegen, wie es in diesem Kulturausschuss weiter gehen soll, weil derzeit herrscht dort eigentlich nur Selbstlähmung, wir debattieren dort nur – die anderen Kollegen des Kulturausschusses werden das bestätigen können – eine halbe Stunde oder Stunde über das Protokoll, über einzelne Wörter, die dort drinnen gestanden sind, die da nicht drinnen gestanden sind, und im besten Fall beschließen wir dann € 100,--, € 200,-- oder € 300,-- an Subvention für einen Verein. Bitte das ist einer Statutarstadt nicht würdig, dass sich der Kulturausschuss auf derartigem Niveau bei den Sitzungen abhandelt und beschäftigt. Das gehört grundsätzlich auf ganz andere Füße gestellt, es muss eine andere Basis zwischen Ausschussvorsitzenden und Kulturbeamten hergestellt werden. Auf dieser Basis können wir dort nicht mehr weiter tun, da ist glaube ich schade um die Zeit, da gehen wir lieber zum Mader auf ein Seidel Bier, da geht mehr weiter. Es ist wirklich lähmend, ich sage das ganz in dieser Offenheit, wenn wir schon einmal darüber reden, dann soll man das auch einmal sagen, und vielleicht, jetzt haben wir eh noch ein paar Monate Zeit, können wir bei diesen Dingen zu einer Neuorientierung kommen und zu einem neuen Stil. Man muss dort wirklich einmal sagen, wir ha-

ben Menschen in dieser Stadt gefundne, die dort mitarbeiten wollen, und jetzt stoßen wir sie wieder vor den Kopf und sie bekommen nicht einmal eine Mitteilung. Es nimmt uns dort wirklich keiner mehr Ernst, ich glaube, so kann es dort nicht mehr weiter gehen, wie hat der Kollege Bremm gesagt, wir sind ja nicht ein kleines Dörfchen, so kann es nicht weitergehen, dieser Spuk muss im September ein Ende haben, damit endlich einmal Kulturpolitik gemacht werden kann und nicht Wortglauberein und kindische Streitereien im Kulturausschuss.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Ich kann meinen Vorrednern zum Teil wirklich nur Recht geben, aufgrund personeller Veränderungen hat sich im Kulturausschuss leider wirklich eine Situation entwickelt, die bis geraumer Zeit wirklich nicht so vorgefunden wurde, sondern da wurde wirklich relativ gut gearbeitet. Betreffend dem Kulturbeirat möchte ich an sich sagen, dass es Gespräche mit der Steuerungsgruppe gegeben hat, neue Wünsche der Steuerungsgruppe, die jetzt entsprechend eingearbeitet werden müssen, und die jetzt einer neuerlichen Beratung zugeführt werden müssen. Das ist die Situation des Kulturbeirates, also nicht auf meinem Mist gewachsen, ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Nein, das ist an sich nicht so, weil die Steuerungsgruppe gesagt hat, so nicht, weil an und für sich ist im Kulturentwicklungsplan ja mit drinnen, dass die erste Bestellung des Kulturbeirates auch durch die Steuerungsgruppe erfolgt, das steht an und für sich so drinnen. Die haben jetzt noch zusätzliche Wünsche geäußert, die entsprechend einzuarbeiten sind. Wir haben ein fertiges Papier gehabt, da haben sie dann gesagt, nein wir wollen das doch nicht ganz so, wir wollen das wieder ein bisschen anders haben. Ich denke, dass es durchaus auch möglich ist, dass wir nächste Woche beim Kulturausschuss – ob jetzt der Tagesordnungspunkt drauf ist oder nicht, ich glaube so weit sind wir flexibel, dass wir das entsprechend behandeln können.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um ausgesprochen wenig Geld.

11) Fin-242/08
Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2009; Akontozahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 21. Januar 2009, wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2009 in Höhe von € 484.350,-- (exkl. USt.), also insgesamt € 1.937.400,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von € 1.937.400,-- (exkl. USt.) bei der VASt 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2009 genehmigt.

Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist Herr StR Wilhelm Hauser.

BE:STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Ich habe heute hier drei Anträge vorzutragen und ersuche schon im Vorhinein, sie wohlwollend zu unterstützten. Der erste Antrag geht um den Bescheid der E-Control Kommission vom 12. 11. 2008, der über die Leistungen der Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber der Stadtwerke Steyr für den Zeitraum 2007 und 2008 erlassen wurde, und wo es darum geht, dass wir wieder Beschwerde beim Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof einbringen, weil dieser Bescheid sozusagen darauf fußt, was die ursprünglichen Vorgaben waren, und wo ja der Verfassungsgerichtshof schon den vorhergehenden Bescheid aufgehoben hat, aber 1 ½ Jahre zur Reparatur dieses Gesetzes, bzw. dieser Verordnung zur Verfügung gestellt hat und somit dieser neuerliche Bescheid wieder auf den alten Bedingungen fußt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht dabei – darf ich kurz um Aufmerksamkeit ersuchen, weil es ist doch eine Summe, die nicht unerheblich ist – es geht dabei immerhin um eine Ausgleichszahlungssumme von € 560.237,39. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte euch schon kurz sagen, dass es dabei nicht nur darum geht, dass wir hier einen Einspruch beim Verfassungsgerichtshof erheben, sondern da geht es um eine existenzielle Angelegenheit für die Stadtwerke und das Gaswerk. Andererseits habe ich mich natürlich auch bemüht, hier Verbindungen mit der E-Control aufzunehmen und es hat mittlerweile auch schon ein Gespräch mit der Stadtwerkedirektion und meiner Wenigkeit mit den Verantwortlichen, die für die Tarifbescheide zuständig sind, gegeben. Wir hoffen, dass wir hier sozusagen einmal zu einer Oberösterreichlösung kommen, denn diese Ausgleichszahlungen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind dazu notwendig, damit wir in Oberösterreich einen einheitlichen Netzkostenpreis haben. Wenn ich mir vorstelle, dass es für diesen einheitlichen Netzkostenpreis und für die Feststellung dieser Ausgleichszahlungen notwendig ist, einzumelden welche Kosten denn die einzelnen Gaslieferanten bzw. Netzbetreiber haben und wir das auch ordnungsgemäß tun und das in einem Benchmarksystem über verschiedenste Städte und Lieferanten in Österreich darüber gelegt wurde und uns mitgeteilt wird, dass wir der effizienteste Betrieb im Rahmen der Verwaltung in ganz Österreich sind und wir damit bestraft werden, dass wir höhere Ausgleichszahlungen leisten müssen, damit der Netzkostenbeitrag überall gleich bleibt und wenn ich mir vorstelle, dass hier ein Teil unserer Ausgleichszahlungen der Ferngas Oberösterreich zufließen, obwohl die zweistellige Millionengewinne im Gashandel machen und wir von denen das Gas teurer kaufen, als was sie es an die Betriebe abgeben, dann frage ich mich ganz einfach, ob das sinnvoll und gescheit ist. Daher haben wir gesagt, es ist notwendig, dass wir uns zusammensetzen und dass hier auch eine Form von Ausgleich im Rahmen des Gashandels stattfinden muss. Das muss zumindest gegengerechnet werden, weil es kann nicht sein, dass sozusagen ein Betrieb der Millionengewinne im Gashandel macht, Ausgleichszahlungen im Bereich des Netzbetriebes bekommt, nur weil wir im Rahmen der Verwaltung, der Instandsetzung und Erneuerung effizienter arbeiten.
Aus diesem Grund ersuche ich euch, hoher Gemeinderat, diesem Dringlichkeitsbeschluss, der einfach notwendig war, aufgrund dessen, dass wir hier die Einspruchsfrist nicht übersehen, zuzustimmen und den nachträglich hier im Gemeinderat zu genehmigen.

12) STW-165/08
Bescheid der E-Control Kommission vom 12.11.2008 über die Leistung von Ausgleichszahlungen durch den Netzbetreiber Stadtwerke Steyr für den Zeitraum 2007 und 2008;
Beschwerde bei Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof; Dringlichkeitsbeschluss des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates wegen des kurzen Einspruchstermins bis 19.12.2008; nachträgliche Genehmigung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 15.12.2008, worin gem. § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Beschwerdeerhebung geben den Bescheid der E-Control Kommission vom 12.11.2008 zu GZ K AGZ G 01/08 beim Verfassungsgerichtshof und beim Verwaltungsgerichtshof durch die Rechtsanwaltskanzlei Draxler & Partner durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde und die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurden, wird genehmigt.

Die Frist für die Beschwerdeerhebung endet am 26.12.2008. Da dies ein Feiertag ist, verlängert sich die Frist auf Montag 29.12.2008.

Der Verwaltungsausschuss als vorberatendes Organ ist am 15.12.2008 und der Gemeinderat als zuständiges Organ für die Einbringung der Beschwerde findet aufgrund des Sitzungskalenders, der durch die Magistratsdirektion festgelegt wird, bereits am 11.12.2008 statt und die nächste darauffolgende Gemeinderatssitzung am 22.1.2009. Damit wäre die Beschwerde verfristet. Durch diese Verfristung aufgrund einer derart späten Entscheidung des an sich zuständigen Gemeinderates würde den Stadtwerken ein massiver wirtschaftlicher Nachteil in der gegenständlichen Sache entstehen. Aus diesem Grund ist die Dringlichkeit durch die Befassung des Verwaltungsausschusses anstelle des Gemeinderates gegeben. (Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman, du meldest dich nicht zu Wort, ich bin enttäuscht.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Das haben wir im Ausschuss schon x-mal diskutiert und ich kann das nur unterstreichen was der Kollege gesagt hat.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Mein zweiter Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, befasst sich mit der Anschaffung eines sogenannten Prognosetools für die Ermittlung der voraussichtlichen Gasmengen des nächstes Tages, pro Stunde, für den Arbeitsplatz Gaseinkauf. Ihr wisst ja, dass wir im Jahr 2008 einen neuen Gasvertrag mit der Econ Gas beschlossen haben, wo es darum geht, dass wir seit 1.11.2008 einen neuen Gasliefervertrag haben, dahingehend, dass wir erstens selber Bilanzgruppe geworden sind und ab dem Jahr 2011 dann die Möglichkeit haben, selbst Gas am offiziellen Gasmarkt einzukaufen und nicht mehr verpflichtet sind, unbedingt über die Econ Gas einzukaufen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in dem Vertrag wurde vereinbart, dass uns die Unterstützung für diese Schulung für diesen Arbeitsplatz 14 Monate zur Verfügung steht, vom 1. November 2008 bis zum 31.12.2009 und das bedeutet, dass wir ab dem 1.1.2010 selbst dafür verantwortlich sind, wie wir die Prognosen erstellen, um Gas in den richtigen Mengen angeliefert zu bekommen. Nachdem das notwendig ist, brauchen wir auch das Prognosetool dazu und das wird uns eben zur Verfügung gestellt, einerseits durch die Zentralanstalt für Metrologie und Geodynamik und andererseits durch eine Firma, die sozusagen diese Software hier produziert und uns diese auch zur Verfügung stellt und dementsprechend wartet. Wir haben uns hier die Anbote erstellen lassen und das bedeutet, dass wir hier für diese Angelegenheit, wie sie im Amtsbericht aufgelistet ist bzw. im Antrag, für diese tägliche 24 Stunden Prognose eben pro Monat Euro 580,-- brauchen, für die einmaligen Einrichtungskosten Euro 200,--, für die 12 Monate historische Analyse Euro 1.500,--, für die Prognosesoftware einmalig Euro 35.000,--, für die Projektkosten Euro 5.440,-- und dann jährlich für die Wartung Euro 7.000,--. Daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist das gemeinderatspflichtig und ich ersuche, meinen Antrag in dieser Angelegenheit zu diskutieren, bzw. diesem die Zustimmung zu geben.

13) STW-166/08
Städt. Gaswerk – Gashandel; Anschaffung Prognosetool für die Ermittlung der voraussichtlichen Gasmengen des nächsten Tages, pro h. und der jeweiligen Wartungen für 1 Jahr, für den Arbeitsplatz Gaseinkauf, für den Gashandel Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 25.11.2008 wird der Freigabe der Beschaffung des Prognosetools zugestimmt.

Leistungselemente:
1) ZAMG täglich 24 h Prognose,
Dauer 1 J
€ 580,-- p.m.

2) ZMAG einmalige Einrichtekosten
€ 200,--

3) ZMAG 12 Monate historische Analyse
€ 1.500,--

4) HAKOM Prognosesoftware
€ 35.000,--

5) HAKOM Projektkosten
€ 5.440,--

6) HAKOM Wartung p.a. Dauer 1 J.
€ 7.000,--

(Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist auch notwendig, unsere Friedhofsordnung für den Urnenfriedhof dementsprechend zu verfassen bzw. auszustatten. Sie fußt auf ein Landesgesetz und ist notwendig dafür, weil wir ja eine sogenannte Verkehrssicherungspflicht des Friedhofsbetreibers benötigen und da steht unter anderem auch drinnen, dass man keine fremden Grabstätten betreten darf, wenn dort etwas passiert, dass man selber verantwortlich ist.
Ich ersuche diese notwendige Friedhofordnung, die also dann mit 1. Februar des heurigen Jahres in Kraft treten würde, zu beschließen.

14) STW-168/08
Friedhofsordnung für Urnenfriedhof der Stadt Steyr 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 01.12.2008 wird der Inkraftsetzung der Friedhofsordnung für den städtischen Urnenfriedhof und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke Steyr entsprechend der Beilage zugestimmt.

Als Wirksamkeitsbeginn für die Friedhofsordnung wird der 01.02.2009 festgelegt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, der nächste Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die jährliche Subvention an den Tourismusverband.

15) Fin-234/07
Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 2. Jänner 2009 wird dem Tourismusverband Steyr, eine

einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von EUR 184.000,-- gewährt.
Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

EUR 184.000,--
(in Worten: Euro einhundertvierundachtzigtausend)

aus der VASt. 1/771000/757000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft eine Verlängerung des Neuplanungsgebietes Hausleiten. Das ist mittlerweile schon in der Begutachtung, das heißt, die Einwände der Anrainer sind schon da, das geht in den nächsten Tagen zum Baurechtsamt.

16) BauGru-55/04
Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Verordnung; 2. Verlängerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 2. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 5 – Hausleiten beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom ……..

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 6.10.2004 und mit Gemeinderatsbeschluss vom 22.09.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet „Hausleiten“ der Stadt Steyr wird gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 2. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 6.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.
Das Planungsgebiet wird im Westen durch die aufsteigende Geländekante zum Stadtteil Resthof, im Süden und Osten durch das unmittelbar angrenzende bzw. durch Ackerflächen getrennte Flussufer der Enns begrenzt. Im Norden stellen die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Tennishofes Rottenbrunner den Grenzbereich dar. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.
2. Die Festlegungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 24 vom 20.3.1962 (Zahl Bau 2-6831/60) inkl. dessen Teiländerung Nr. 1 vom 1. Februar 1990 (Zahl Bau 2-4180/88) sind uneingeschränkt anzuwenden. Für sämtliche Flächen des Neuplanungsgebietes, die außerhalb des Bereiches des Bebauungsplanes Nr. 24 gelegen sind, gelten folgende Einschränkungen:

a) Die vorderen Baufluchtlinien der Grundstücke mit den Nummern 1191/3, 1191/12, 1191/14-18, KG Gleink, werden in einem Abstand von 5 m zur ostseitigen Grundgrenze und als anbauverbindlich festgesetzt, die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 12 m, gemessen von der vorderen Baufluchtlinie, festgesetzt. Für alle anderen Grundstücke können aufgrund deren unterschiedlichen Konfiguration keine Baufluchtlinien festgelegt werden, in diesem Fall gilt: es ist die Bebauung einer Fläche mit max. 12 m x 12 m zulässig, wobei die Abstandsbestimmungen nach § 5 OÖ. BauTG einzuhalten sind.

b) Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit 1 Vollgeschoss begrenzt.

c) Die maximal zulässige Geschossflächenzahl darf 0,25 nicht überschreiten.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen. Der Gemeinderat kann die Erklärung zum Neuplanungsgebiet durch Verordnung höchstens zweimal auf je ein weiteres Jahr verlängern.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Stimmenhaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter, letzter Berichterstatter ist der Herr StR Walter Oppl.

BE: STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei meinem Antrag geht es um die Freigabe der Jahressubvention für das Kinderschutzzentrum „Wigwam“. Ich gehe davon aus, dass sie alle den Amtsbericht gelesen haben und ersuche daher um Freigabe dieser Mittel.

17) Fin-229/08
Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subventionsansuchen für 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial-, Senioren- und Familienservices vom 22.12.2008 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Leopold-Werndl-Str. 36, zur Förderung der Vereinsaktivitäten für das Jahr 2009 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 45.000,--
(Euro fünfundvierzigtausend)

gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VASt. 1/439000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von Euro 7.575.700,-- beschlossen.
Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18.30 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Eva-Maria Wührleitner eh.

GR Dr. Michael Schodermayr eh.